

Statistische Quartalsblätter

Referat Statistik
Heft 3 | 2024



IMPRESSUM:

Stadtmagistrat Innsbruck
Referat Statistik

Fallmerayerstraße 2, 1. Stock
6020 Innsbruck

Für den Inhalt verantwortlich: MMag. Dr. Mathias Behmann
Tel.: 0512/5360-4554 oder -4552
E-mail: post.statistik@innsbruck.gv.at
Homepage der Stadt Innsbruck: www.innsbruck.gv.at/statistik

Der besseren Lesbarkeit halber wird in dieser Publikation auf eine geschlechterunterscheidende Schreibweise verzichtet.

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit Quellenangabe gestattet.

Rechtlicher Hinweis; Haftungsausschluss:

Wir haben den Inhalt sorgfältig recherchiert und erstellt. Dennoch können Fehler nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Daher übernehmen wir keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität des Inhalts. Insbesondere übernehmen wir keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Eine Haftung der Autoren oder der Stadt Innsbruck aus dem Inhalt dieses Werkes ist gleichfalls ausgeschlossen.

INHALTSVERZEICHNIS

QUARTAL AKTUELL

Wetter	3
Lohn- und Einkommensteuerstatistik	5
Eheschließungen und Ehescheidungen	10
Zukünftiger Arbeitskräftemangel	15
Tourismus in den Sommermonaten	20

TABELLENTEIL

Bevölkerung	23
Wirtschaft & Wohnen	25
Verkehr	27
Tourismus & Kultur	29
Soziales & Gesundheit	31
Umwelt & Natur	33
Versorgung & Entsorgung	35

QUARTAL SPEZIAL

NATIONALRATSWAHL AM 29. SEPTEMBER 2024

Einleitung	37
Wahlberechtigte Personen und kandidierende Parteien	37
Das Ergebnis im Vergleich zur Nationalratswahl 2019	38
Das Ergebnis in den Hochburgen ausgewählter Parteien	41
Das Ergebnis für ausgewählte Parteien nach Gebietstypen und Sondersprengeln	42
Das Ergebnis in den Wahlsprengeln, Bezirken und Stadtteilen	45
Das Wahlkartenergebnis	48
Schwerpunktt Themen der Statistischen Quartalsblätter seit 2006	55

Zeichenerklärung und Abkürzungen

- Zahlenwert ist genau Null
- 0 Zahlenwert ist mehr als Null, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit
- . Zahlenwert ist unbekannt bzw. kann aus bestimmten Gründen (Datenschutz etc.) nicht veröffentlicht werden
- ... Zahlen lagen bei Redaktionsschluss noch nicht vor
- r Zahl wurde gegenüber früheren Veröffentlichungen berichtigt
- x Nachweis ist nicht sinnvoll

WETTER

Der **Juli** glänzte mit äußerst stabilen Sommertemperaturen. Lediglich die ersten vier Tage waren geringfügig zu „kalt“. Danach gab es ausschließlich positive Abweichungen von den langjährigen Tagesmitteltemperaturen, die sich in einer Bandbreite zwischen mindestens 0,2 °C (am 22.) und höchstens 6,2 °C (am 19.) bewegten. Am 17. wurde das bis zu diesem Zeitpunkt die Rangliste anführende höchste Minimum (maxMin) des 17. Juli 2009 egalisiert. An beiden Tagen fiel das Thermometer den ganzen Tag hindurch nicht unter 18,8 °C. Verglichen mit der Monatsmitteltemperatur eines „Normaljulis“ der 30-jährigen Zeitspanne 1981–2010, war der heurige Juli um 2,4 °C – und damit deutlich – zu warm. Statt Ø 19,0 °C wurden 21,4 °C erzielt. Den letzten noch wärmeren Juli bildete jener des Jahres 2014, der es auf ein Monatsmittel von 22,6 °C brachte und seither den Titel des wärmsten Julis der Langzeitreihe verteidigt. Überblickt man die 54 Julis seit 1971, so belegt der heurige zusammen mit dem Juli 2013 den geteilten dritten Rang. Den kältesten Juli (Monatsmittel: 16,2 °C) seit 1971 brachte das Jahr 1980 mit sich. Das Monatsmaximum lag 2024 am 31. bei nicht außergewöhnlichen 34,8 °C. Das Monatsminimum registrierten die Meteorologen mit 11,8 °C am 4. Dieses war mit Blick auf die historischen Vergleichswerte als hoch einzustufen, denn nur drei Mal hatte es noch höhere Juliminima gegeben (1994, 1995 und 2006). Mit dem konstant warmen Temperaturverlauf gingen unterm Strich 26 statt Ø 17,6 Sommertage (Temperaturmaximum \geq 25 °C) einher. Elf davon erreichten Tageshöchstwerte von \geq 30 °C und waren somit der Kategorie „Tropentage“ zuzuordnen (Ø 5,9).

Die Sonnenscheindauer übertraf das 105-jährige Mittel (218,5 Stunden) minimal, nämlich um drei Stunden, und markierte damit die neue untere Grenze des 2. Quartils. Die aufgrund der geografischen Lage theoretisch betrachtet mögliche maximale Juli-Sonnenscheindauer von 429,7 Stunden wurde im heurigen Juli zu 52% abgedeckt. Im Juli des Sommers 2013 lag der Vergleichswert bei 71%. Ein Ende gefunden hat im Juli auch die elfmonatige „Durststrecke“, die darin bestand hatte, dass kein Monat seit dem Vorjahresjuli in der Lage gewesen war, eine Leermeldung in Sachen „sonnenlose Tage“ zustande zu bringen. Dennoch war auch der Juli 2024 insgesamt betrachtet überdurchschnittlich bewölkt. So wurden z. B. 15 statt Ø 12,1 trübe Tage registriert.

Die Niederschlagsmarke fiel mit 105,3 Millimetern um einiges zu niedrig aus und schaffte es nur knapp ins 2. Quartil. Auf den langjährigen Durchschnitt fehlten 27,7 Millimeter (-20,8%). Die etwas zu niedrige Menge verteilte sich auf überdurchschnittliche 20 Niederschlagstage (Ø 17,9), d. h. es regnete zwar oft, aber nicht besonders viel. Die größte Menge fiel mit 25,0 Millimetern am 19. Vier Gewitter wurden im Umkreis der Wetterstation beobachtet – am 11., 19., 27. und 31.

Der **August** setzte in Sachen Hitze noch „eins drauf“. Von 31 Tagen blieben nur zwei, nämlich der 19. und der 26., geringfügig unter den Tagesmitteln der Langzeitreihe. Die Hitze erreichte ihren Höhepunkt zum Monatsende. Am 31. pendelte sich die Durchschnittstemperatur bei 24,0 °C ein (Ø 16,9 °C). Am Ende war der August mit einem Monatsmittel von 21,7 °C der zweitwärmste der Aufzeichnungsreihe. Minimal, um 0,1 °C, wärmer war lediglich der August des Jahres 2003. Insgesamt wurden vier neue Tagesextremwerte verzeichnet – jeweils zwei neue höchste Minima und zwei neue höchste Maxima. Der neue maxMax-Wert für den 12. August, der auf 34,9 °C lautet, bildete zugleich das Monatsmaximum. Es übertraf das Julimaximum um 0,1 °C. In den 79 Jahren seit 1946 lag das Augustmaximum 30 Mal über dem Julimaximum. 49 Mal wartete der Juli mit dem heißesten Tag auf. Für Aufsehen sorgte aber weniger das Monatsmaximum, als vielmehr das Monatsminimum, das am 26. mit 13,5 °C vom Thermometer abgelesen wurde. Es handelt sich um das höchste bislang im August aufgezeichnete.

Nur die ersten vier Julitage waren zu kalt. Insgesamt war es der drittwärmste Juli seit 1971. Das Monatsmittel lag bei 21,4 °C. Es gab 26 Sommer- und elf Tropentage.

Im Juli gab es zum ersten Mal seit elf Monaten eine „Leermeldung“ in puncto „sonnenlose Tage“. Die maximal mögliche Sonnenscheindauer wurde zu 52% abgedeckt.

Es war deutlich zu trocken. Das Niederschlagsdefizit summierte sich auf ein Fünftel der üblichen Menge. Es gab vier Gewitter.

Der August war noch heißer als der Juli. Rückblickend war nur der August des Rekordsommerjahres 2003 noch wärmer als der heurige. Das Monatsmaximum lag am 12. bei 34,9 °C.

Von den 31 Augusttagen waren 27 Sommertage – ein neuer Rekord.

Auch in Sachen Sommertage wurde ein neuer Allzeitrekord aufgestellt. Von den 31 Tagen kamen nicht weniger als 27 auf ein Maximum ≥ 25 °C (\emptyset 15,6). Auch Tropentage gab es deutlich zu viele, nämlich 15 statt \emptyset 4,8, auch wenn in dieser Wertung keine neue Bestmarke erzielt wurde. Drei Mal kamen rückblickend betrachtet noch mehr Tropentage vor, und zwar in den Augusten 2018 (19), 2015 (16) und 2003 (20).

Die Sonnenscheinmarke platzierte sich im 4. Quartil.

Die Sonnenscheindauer konnte sich sehen lassen und stieß mit 235,4 Stunden (\emptyset 210,4 Stunden) ins untere 4. Quartil vor. Auf das bisherige Maximum, generiert vom August des Rekordsommers 2003, fehlten 53,0 Stunden.

Der August war noch trockener als der Juli. Es fiel nur die Hälfte der normalen Regenmenge. Sieben der letzten 119 Auguste waren noch niederschlagsärmer.

Das Prädikat „trocken“ traf auf den August 2024 definitiv zu. Mit nur 60,6 Millimetern Niederschlag verfehlte er das Langzeitsoll um 49,4%. Es gab also nur halb so viel Regen wie in einem „normalen“ August. Der nicht gefallene Niederschlag sollte sich dann umso verheerender im September bemerkbar machen. Rückblickend betrachtet waren sieben der vergangenen 119 Auguste noch trockener. Die geringste Regenmenge sammelte sich im August 1991 mit nur 30,0 Millimetern in den Messgeräten. Wie bereits im Juli, so wurden auch im August vier Gewitter im Umkreis der Wetterstation beobachtet.

Der Sommer 2024 nimmt mit einer Mitteltemperatur von 20,7 °C den geteilten dritten Rang seit 1971 ein – zusammen mit dem Sommer 2022.

Der **Sommer 2024** war kurzgefasst heiß und niederschlagsarm, während die Sonnenscheindauer in der Norm lag. Temperaturmäßig kam die aus den Monaten Juni, Juli und August bestehende Jahreszeit auf einen Überschuss von 2,6 °C im Vergleich zum Mittelwert der 30 Sommer von 1981 bis 2010 (18,1 °C). Die 20,7 °C reichten für den geteilten dritten Rang aller Sommer seit 1971, zusammen mit dem Sommer 2022. An der Spitze steht nach wie vor der Rekordsommer 2003 mit einer Durchschnittstemperatur von 21,1 °C. Mit dem kältesten Sommer hatte man es im Jahr 1978 zu tun, als unterm Strich eine jahreszeitliche Mitteltemperatur von 16,1 °C stand.

Die Sonnenscheinmarke von 623 Stunden erfüllte die Norm.

Die Sonnenscheinmarke des Berichtssommers legte mit 623,3 Stunden beinahe eine „Punktlandung“ auf Höhe des 105-jährigen Langzeitmittels hin (626,8 Stunden). Über 700 Stunden offerierte zuletzt der Sommer 2022, über 800 Stunden stehen überhaupt nur einmal in den Auswertungstabellen – wenig verwunderlich: für den Rekordsommer 2003.

Im nassesten Sommer seit 1906, dem Sommer 1966, fiel doppelt so viel Regen.

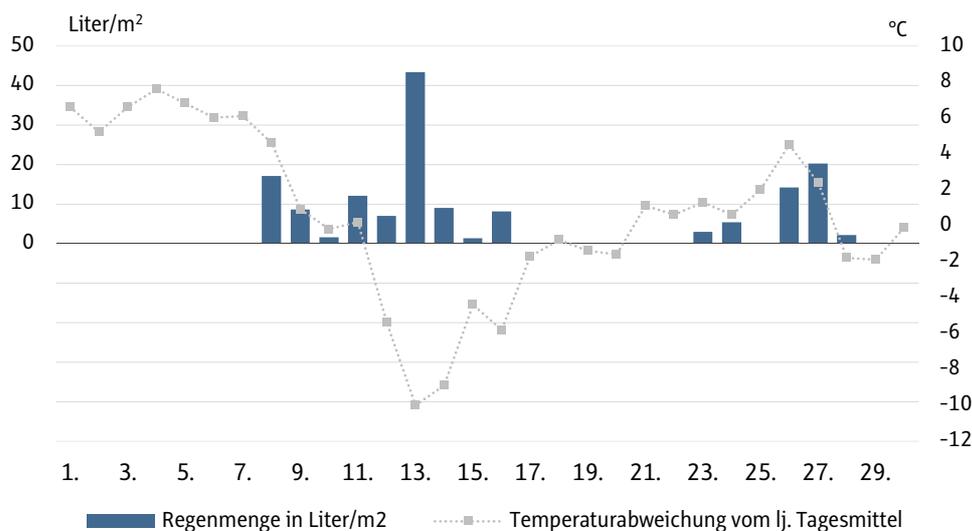
Zu niedrig ausgefallen ist die Niederschlagsmarke, die mit 333,9 Millimetern im 1. Quartil stecken blieb. Im nassesten Innsbrucker Sommer seit 1906, dem Sommer des Jahres 1966, fiel annähernd die doppelte Regenmenge (615,7 Millimeter). Sie hatte sich damals auf 60 Niederschlagstage verteilt. Im Sommer 2024 wurden um elf weniger gezählt.

Ab dem 12. September gab es ausgiebige Regenfälle, begleitet von einem Temperatursturz. Die Hochwasserlage war angespannt. Erst am 20. konnte Entwarnung gegeben werden. Unterm Strich war der September um 0,7 °C zu warm.

In der ersten **Septemberdekade** prolongierte sich das hochsommerliche Wetter, das sich Ende August eingestellt hatte. Ab dem 12. kam es dann zu ausgiebigen Regenfällen, begleitet von einem sehr ausgeprägten Temperatursturz. Starkregen kennzeichnete vor allem den 13., einhergehend mit Hochwasseralarm und entsprechenden Schutzvorkehrungen. An diesem Tag sank die Tagesmitteltemperatur auf 5,8 °C und unterschritt den Referenzwert um 10,0 °C. Die angespannte Hochwasserlage hielt, wie auch die Niederschläge selbst, bis zum 20. an. In weiterer Folge wurde es wieder wärmer, und die Temperaturen kletterten sogar leicht über das gewohnte Niveau. *Grafik 1* zeigt deutlich das gleichzeitige Auftreten von Starkregen und Temperatursturz. Am Ende kam eine Monatsmitteltemperatur von 15,1 °C zustande, womit der September 2024 leicht (+0,7 °C) zu warm ausfiel. Der letztjährige September, der mit einem Monatsmittel von 18,1 °C den wärmsten je gemessenen darstellt, war um 3,0 °C wärmer als der heurige. Der September 2024 hatte insgesamt fünf neue Tagesextremwerte im Gepäck, wobei z. T. sehr weit zurückliegende Rekorde gebrochen bzw. eingestellt wurden – so etwa ein maxMax-Wert aus dem Jahr 1911 oder ein maxMin-Wert aus dem Jahr 1912. Das Temperaturmaximum, das am 4. bei 31,4 °C lag, war verhältnismäßig hoch und brachte noch einmal einen Tropentag.

Tages-Niederschläge und -temperaturen im September 2024

Grafik 1



Auch die Sonnenscheindauer konnte mit der Bilanz des Vorjahres-Septembers nicht mithalten. Allerdings muss hinzugefügt werden, dass es sich bei dieser (256,8 Stunden) um die höchste jemals gemessene handelt. Der September 2024 brachte es auf 162,0 Stunden und verfehlte das Langzeitmittel (179,6 Stunden) um knapp zehn Prozent. Das Bewölkungsmittel lag mit 8,2 (Zehnteln der Himmelsfläche) deutlich über dem Durchschnitt (6,2). Damit korrespondierten 19 statt Ø 11 trübe Tage sowie eine Leermeldung in puncto „heitere Tage“ (Ø 4,3). Auf die Starkregenereignisse rund um die Monatsmitte wurde bereits hingewiesen. Summa summarum kamen bis zum Monatsende 152,9 Millimeter Niederschlag zusammen und damit annähernd doppelt so viel wie zu erwarten gewesen wäre (79,3 Millimeter). Seit 1906 hat es nur zwei September gegeben, die noch mehr Regen brachten – den September 1984 mit 173,1 Millimetern und den September 1922 mit 157,2 Millimetern.

Mit 19 trüben Tagen war der September überdurchschnittlich bewölkt.

Seit 1906 gab es nur zwei noch nassere September – in den Jahren 1922 und 1984.

LOHN- UND EINKOMMENSTEUERSTATISTIK

Die von Statistik Austria jährlich erstellte Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik beruht auf der Zusammenführung von Einkommen, die einerseits der Lohnsteuer (inkl. Pensionen) und andererseits der Einkommensteuer unterliegen. Außerdem finden Transferzahlungen wie Arbeitslosengeld, Notstandshilfe, Kinderbetreuungsgeld, Familienbeihilfe, Pflegegeld und sonstige Leistungen Eingang in die Statistik. Ziel ist es, das Gesamteinkommen von Personen so vollständig wie möglich abzubilden. Das „Gesamteinkommen“ setzt sich zusammen aus den um die Sozialversicherungsbeiträge gekürzten Jahresbruttobezügen aus der Lohnsteuerstatistik, den Einkünften aus der Einkommensteuerveranlagung sowie aus eventuell zugeflossenen Transferzahlungen. Als Erhebungseinheiten fungieren alle für das jeweilige Berichtsjahr vorliegenden Einkommensteuerbescheide, Lohnzettel sowie Belege über geleistete Transferzahlungen, die gemäß Steuerstatistik-Verordnung vom Bundesministerium für Finanzen in anonymisierter Form an Statistik Austria übermittelt werden. Aufgrund der relativ späten Verfügbarkeit der Einkommensteuerdaten stehen auch die Daten der Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik insgesamt erst 32 Monate nach Ende des Berichtsjahres zur Verfügung. Dementsprechend wird im Nachfolgenden über die Einkommensverhältnisse des Jahres 2021 berichtet, wobei auch eine Rückschau auf die vergangenen 20 Jahre erfolgt. Wichtig ist der methodische Hinweis, dass die Einkommensangaben aus der Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik in keiner Weise standardisiert werden und sich daher Konzentrationen bspw. von Saison- oder Teilzeitarbeit in niedrigeren Durchschnittswerten auswirken.

Das „Gesamteinkommen“ („Jahresbrutto“) setzt sich in der Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik aus den um die Sozialversicherungsbeiträge gekürzten Jahresbruttobezügen aus der Lohnsteuerstatistik sowie aus Einkünften aus der Einkommensteuerveranlagung und eventuell erhaltenen Transferzahlungen zusammen. Teilzeitarbeit wirkt sich in niedrigeren Durchschnittswerten aus.

Das gilt insbesondere auch für die Einkommensunterschiede zwischen Männern und Frauen.

Durchschn. Gesamteinkommen in Innsbruck nach Geschlecht Tabelle 1

Jahr	Durchschn. Gesamteinkommen in EUR			Eink. Männer > Eink. Frauen	
	Männer	Frauen	Insgesamt	absolut	in %
2001	28 037	16 416	22 137	11 621	70,8
2002	28 346	16 767	22 614	11 579	69,1
2003	29 056	17 514	23 164	11 542	65,9
2004	28 401	17 282	22 667	11 119	64,3
2005	28 516	17 597	22 895	10 919	62,1
2006	28 858	18 061	23 294	10 797	59,8
2007	29 818	18 503	23 992	11 315	61,2
2008	30 067	19 107	24 429	10 960	57,4
2009	30 783	19 625	25 024	11 158	56,9
2010	30 082	19 582	24 662	10 500	53,6
2011	30 290	19 985	24 982	10 305	51,6
2012	30 811	20 233	25 352	10 578	52,3
2013	30 913	20 586	25 593	10 327	50,2
2014	31 254	20 927	25 929	10 327	49,3
2015	31 861	21 396	26 473	10 465	48,9
2016	32 123	22 231	27 060	9 892	44,5
2017	32 727	22 591	27 566	10 136	44,9
2018	33 370	23 299	28 270	10 071	43,2
2019	34 926	24 273	29 546	10 653	43,9
2020	35 511	25 400	30 414	10 111	39,8
2021	36 031	26 239	31 089	9 792	37,3

Quelle: Statistik Austria, Integrierte Lohn- und Einkommensteuerstatistik 2001 – 2021

Seit 2001 hat sich das durchschnittliche Gesamteinkommen in Innsbruck um 40,4% auf 31.089 Euro erhöht. Die Kluft zwischen den Männer- und Fraueneinkommen hat sich von 70,8% auf 37,3% verringert.

Die Fraueneinkünfte sind seit 2001 um 59,8%, jene der Männer um 28,5% gestiegen. Als Grund kann eine stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen genannt werden.

In Innsbruck lag im Jahr 2021 das durchschnittliche Gesamteinkommen bei 31.089 Euro jährlich. Im Vergleich zum Jahr 2020 hat es sich um 675 Euro bzw. 2,2% erhöht. Vor 20 Jahren, im Basisjahr des in *Tabelle 1* dargestellten Beobachtungszeitraums, lag das Durchschnittseinkommen in der Tiroler Landeshauptstadt noch bei 22.137 Euro. Seither ist es um 8.952 Euro bzw. 40,4% nach oben geklettert. Eine geschlechtergetrennte Betrachtung zeigt, dass das durchschnittliche Gesamteinkommen der Männer in Höhe von 36.031 Euro zuletzt um knapp 9.800 Euro über jenem der Frauen (26.239 Euro) lag. Retrospektiv gesehen ist die prozentuelle Kluft zwischen den Männer- und den Fraueneinkommen seit Beginn der Aufzeichnungsreihe 2001 von 70,8% auf zuletzt 37,3% (2021) geschrumpft. Auch steht über den gesamten Beobachtungszeitraum hinweg betrachtet bei den Fraueneinkünften mit +59,8% eine doppelt so hohe Steigerungsrate zu Buche als bei den Männereinkünften, die um 28,5% zugelegt haben. In absoluten Zahlen ausgedrückt verdienten die Innsbrucker Männer im Jahr 2021 durchschnittlich betrachtet um 7.994 Euro pro Jahr mehr als noch vor 20 Jahren, während die Frauen im Mittel auf einen Zuwachs von 9.823 Euro kamen. Neben der jährlichen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Inflationsrate, ist hinter dem Zuwachs der Gesamteinkommen insbesondere auf Seiten der Frauen, die öfters als Männer in Teilzeit arbeiten, auch eine Aufstockung des geleisteten Stundenausmaßes sowie ein verstärktes Vordringen in höher qualifizierte und damit besser bezahlte Berufe anzunehmen.

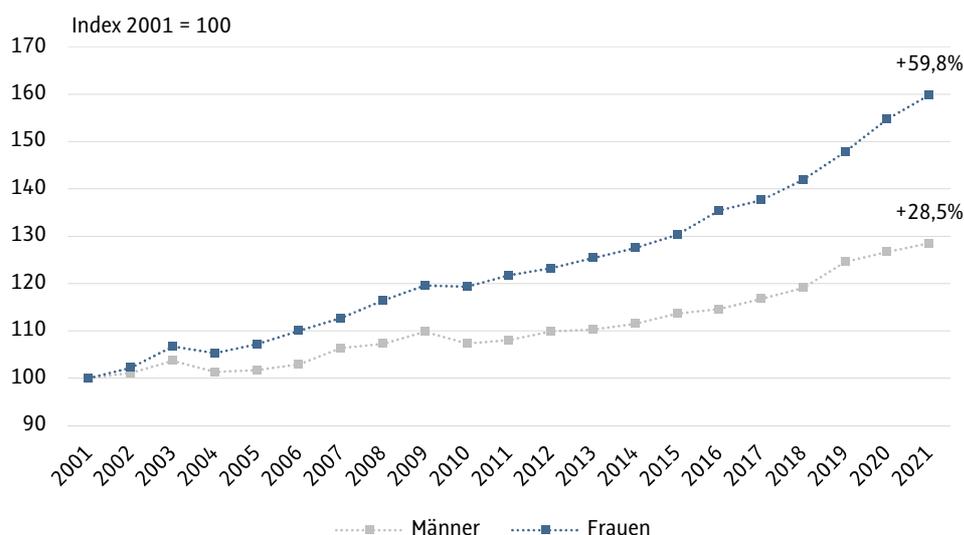
Eine andere Art der Betrachtung besteht, wie in *Grafik 3* geschehen, darin, die Anzahl der lohn- und einkommensteuerpflichtigen Männer und Frauen den unterschiedlichen, vordefinierten Einkommensklassen zuzuordnen.

Auch hier zeigt sich, dass es in den letzten zehn Jahren bei den Frauen zu einer deutlichen „Rechtsverschiebung“ gekommen ist, d. h. zu einem Aufsteigen in höhere Einkommensklassen. Hatten sich im Jahr 2011 noch die meisten Frauen, nämlich 16,5%, in der Kategorie „15.000 bis unter 20.000 Euro“ Jahresgesamteinkommen befunden, so zeigte 2021 die Kategorie „30.000 bis unter 40.000 Euro“ mit 14,5% aller Einkommensbezieherinnen den größten Besitz. In absoluten Zahlen ausgedrückt verfügten 7.671 Innsbruckerinnen über ein Einkommen in dieser Höhe.

2021 lagen die meisten Innsbruckerinnen (14,5%) in der Einkommensklasse „30.000 bis 40.000 Euro“ Jahresgesamteinkommen.

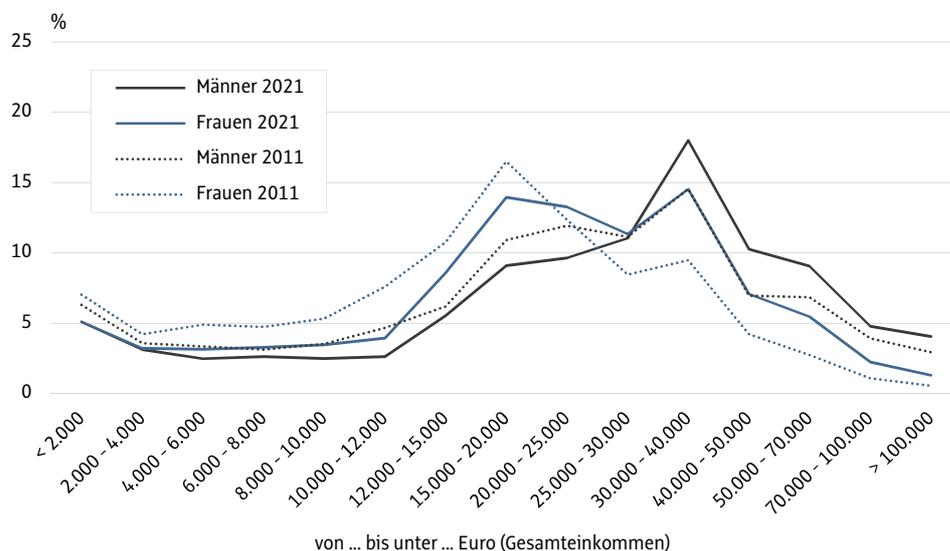
Einkommensentwicklung nach Geschlecht in Innsbruck seit 2001

Grafik 2



Prozentuelle Verteilung auf Einkommensklassen 2011 und 2021

Grafik 3



Dahinter folgen 7.369 Frauen (14,0%) der Einkommensklasse „15.000 bis unter 20.000 Euro“. Mehr als zehn Prozent der steuerpflichtigen Frauen scheinen darüber hinaus auch in den Einkommensklassen „20.000 bis unter 25.000 Euro“ (13,3%) und „25.000 bis unter 30.000 Euro“ (11,3%) auf. Abseits der genannten Einkommensstufen sinken die Quoten rapide ab. Insgesamt 16,1% aller Frauen verfügten 2021 über ein Jahresgesamteinkommen von mehr als 40.000 Euro. Vor zehn Jahren hatte der Vergleichswert noch bei 8,6% gelegen. Die geringste Besatzzahl wies mit 694 Frauen das oberste Einkommenssegment auf. Demnach verfügten im Berichtsjahr 1,3% aller steuerpflichtigen Innsbruckerinnen über Einkünfte von mehr als 100.000 Euro jährlich.

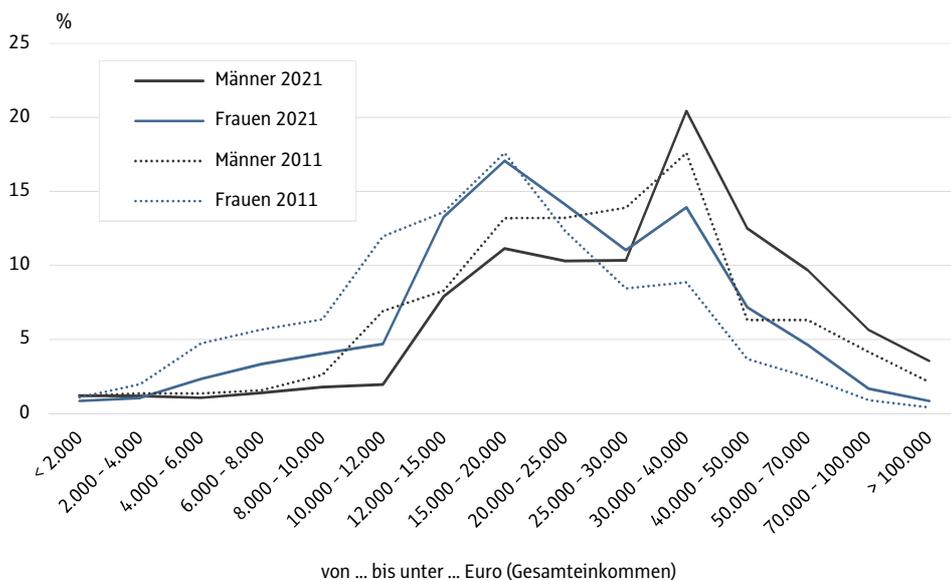
16,1% aller lohn- bzw. einkommensbeziehenden Innsbruckerinnen kamen 2021 auf ein jährliches Gesamteinkommen von mehr als 40.000 Euro.

Bei den Männern hat sich die Einkommenssituation seit 2011 weniger dynamisch entwickelt als bei den Frauen. In den Einkommensklassen > 40.000 Euro finden sich nach wie vor mehr Männer als Frauen.

30,8% hingegen (16.248 Frauen) wiesen ein Einkommen von weniger als 15.000 Euro auf (2011: 44,6%).

Bei den Männern ist die Verteilungskurve im Vergleich zu den Frauen noch etwas weiter nach rechts, und damit in Richtung der höheren Einkommenssegmente, verschoben, allerdings hat sich im Vergleich zu 2011 die Situation bei den Männern weit weniger dynamisch entwickelt als bei den Frauen. So wies bei den Männern im Jahr 2021, wie bereits im Jahr 2011, das Einkommenssegment „30.000 bis unter 40.000 Euro“ den größten Besatz bzw. Anteilswert auf, obgleich letzterer von 14,6% im Jahr 2011 auf 18,0% im Jahr 2021 zugelegt hat. In zwei weiteren Kategorien finden sich mehr als zehn Prozent der steuerpflichtigen Innsbrucker, nämlich „25.000 bis unter 30.000 Euro“ (5.724 Personen bzw. 11,0%) sowie „40.000 bis unter 50.000 Euro“ (5.320 Personen bzw. 10,3%). In den höheren Einkommensklassen ab 40.000 Euro jährlich sind, sowohl absolut als auch relativ betrachtet, nach wie vor mehr Männer als Frauen vertreten: 10,3% der Männer und 7,1% der Frauen fallen in das Segment „40.000 bis unter 50.000 Euro“; 9,1% der Männer und 5,5% der Frauen fallen in das Segment „50.000 bis unter 70.000 Euro“; 4,8% der Männer und 2,2% der Frauen fallen in das Segment „70.000 bis unter 100.000 Euro“. In der höchsten Kategorie („über 100.000 Euro“) stehen 2.110 Männern (4,1%) 694 Frauen (1,3%) gegenüber.

Prozentuelle Verteilung auf Einkommensklassen (Pensionsbezieher) Grafik 4



Höhere Aktivbezüge schlagen sich auch in höheren Pensionsbezügen nieder.

Ein ähnlicher Befund lässt sich im Hinblick auf jene Lohn- bzw. Einkommensteuerpflichtigen aus der Integrierten Lohn- und Einkommensteuerstatistik stellen, deren jährliches Gesamteinkommen zum größten Teil aus *Pensionsbezügen* besteht. Hier zeigt sich, dass die Männer nicht nur über höhere Aktivbezüge, sondern als Folge daraus im Durchschnitt betrachtet auch über deutlich höhere Einkünfte im Ruhestand verfügen. Wie aus *Grafik 4* abzulesen ist, sind die meisten Innsbrucker Pensionsbezieherinnen (3.013 Personen bzw. 17,1%) in der Einkommensklasse „15.000 bis unter 20.000 Euro“ angesiedelt, wohingegen die Männer den größten Besatz (2.591 Personen bzw. 20,4%) im Segment „30.000 bis unter 40.000 Euro“ aufweisen. Seit 2011 hat die Zahl der lohn- bzw. einkommensteuerpflichtigen Männer mit hauptsächlich Pensionsbezügen um 185 (von 12.867 auf 12.682) abgenommen, während sich jene der Frauen um 568 (von 17.088 auf 17.656) erhöht hat.

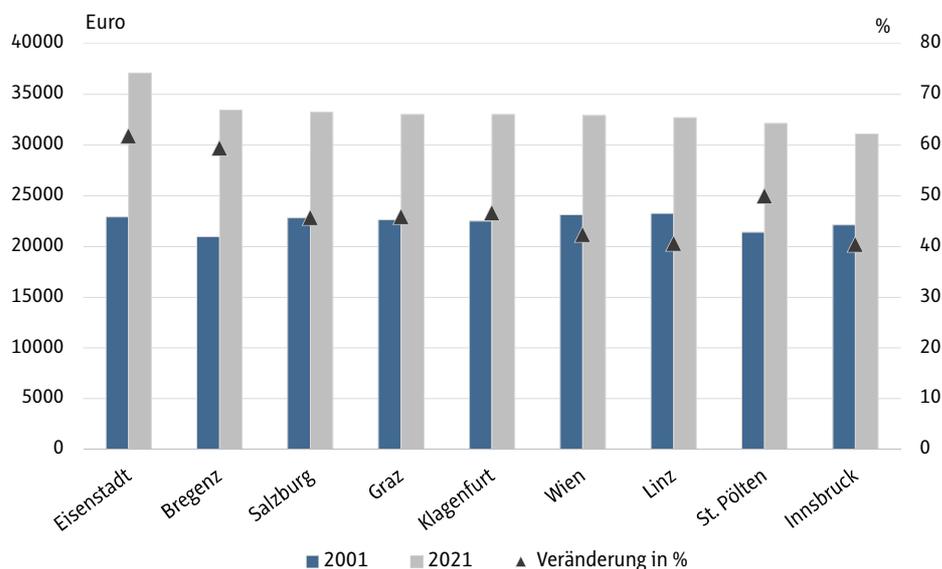
Innsbruck ist die Landeshauptstadt mit den niedrigsten Einkommen.

Im Vergleich der Einkommenssituation in den neun Landeshauptstädten steht Innsbruck an der letzten Stelle. Mit einem durchschnittlichen Gesamteinkommen in Höhe von 31.089 Euro wurde der bundesweite Durchschnitt von 32.066 um 977 Euro verfehlt.

In allen anderen Landeshauptstädten konnte das österreichweite Durchschnittseinkommen in einer Größenordnung zwischen +46 Euro (Sankt Pölten) und +5.025 Euro (Eisenstadt) übertroffen werden. Mit einem Einkommen von 37.091 Euro wurde auch 2021 die Rangliste wieder von Eisenstadt angeführt, gefolgt von Bregenz (politischer Bezirk) (33.437 Euro), Salzburg (33.229 Euro), Graz (33.023 Euro) und Klagenfurt (33.010 Euro). Vergleicht man, wie in *Grafik 5* geschehen, die Ausgangswerte des Jahres 2001 mit den Werten des Berichtsjahres 2021, so lassen sich in den neun Landeshauptstädten Steigerungsraten bei den Gesamteinkommen zwischen mindestens 40,4% (Innsbruck) und höchstens 61,8% (Eisenstadt) feststellen. In Eisenstadt sind die Einkünfte von 22.922 Euro (2001) auf 37.091 Euro (2021) in die Höhe geschwollen. Dahinter folgen die Landeshauptstädte Bregenz (politischer Bezirk) (+12.465 Euro bzw. +59,4%), Sankt Pölten (+10.703 Euro bzw. +50,0%) und Klagenfurt (+10.496 Euro bzw. +46,6%). Die durchschnittlichen Gesamteinkommen der Innsbruckerinnen und Innsbrucker sind im Beobachtungszeitraum, wie bereits erwähnt, um 8.952 Euro bzw. 40,4% angewachsen. Unmittelbar vor Innsbruck liegt Linz mit einer Steigerungsrate von +40,6% (+9.442 Euro).

Die höchsten Einkommen werden in Eisenstadt erzielt – im Schnitt um ca. 5.000 Euro mehr als im bundesweiten Mittel. In den letzten 20 Jahren sind in Eisenstadt die Durchschnittseinkommen um 61,8% nach oben geklettert.

Durchschn. Gesamteinkommen in den Landeshauptstädten 2001 und 2021 **Grafik 5**



Was die Tiroler Bezirke anbelangt, so wurden 2021 die höchsten Einkommen im Bezirk Innsbruck-Land erzielt (33.100 Euro). An der zweiten Stelle folgt, wie bereits in den Vorjahren, mit einem Abstand von rund 2.000 Euro Innsbruck-Stadt. In der Tiroler Landeshauptstadt wurde das Tiroler Durchschnittseinkommen (30.495 Euro) um 594 Euro bzw. 1,9% übertroffen. Bis 2009 hatte stets Innsbruck-Stadt das Tiroler Einkommensranking angeführt, ehe die dynamische Entwicklung in den Umlandgemeinden für eine nachhaltige Rangverschiebung gesorgt hat. Seit 2010 liegt ohne Unterbrechung der Bezirk Innsbruck-Land in Führung. Mit Ausnahme von Kufstein (30.869 Euro Gesamteinkommen) liegen alle übrigen Bezirke unterhalb des Landeschnitts. Auf dem vierten Platz befindet sich Schwaz mit 29.545 Euro, gefolgt von den Bezirken Reutte (29.184 Euro), Kitzbühel (28.987 Euro) und Imst (28.815 Euro). Die geringsten Einkünfte werden in Landeck (27.092 Euro) erzielt. Hier beträgt die Differenz zum landesweiten Durchschnitt bereits 3.400 Euro. Was den Einkommensunterschied zwischen den Geschlechtern betrifft, so liegt dieser lediglich in Innsbruck unterhalb der 50%-Marke – und das mit 37,3% sogar sehr deutlich. Das größte Ungleichgewicht herrscht in Imst vor. Hier übersteigen die (nicht standardisierten) Einkommen der Männer jene der Frauen um 65,3%. Ein Blick zurück zeigt allerdings, dass sich die Kluft in allen Bezirken deutlich verringert hat. Tirolweit belief sich der männliche Einkommensvorteil im Berichtsjahr auf 56,5% bzw. 13.383 Euro.

Unter den Tiroler Bezirken belegt Innsbruck den zweiten Platz hinter dem Bezirk Innsbruck-Land. Die geringsten Einkünfte werden mit einem durchschnittlichen Jahresgesamteinkommen von 27.092 Euro im Bezirk Landeck erzielt. Der Einkommensunterschied zwischen Männern und Frauen liegt nur in Innsbruck unter der 50%-Marke.

Österreichweit werden die höchsten Einkünfte in der Ostregion erzielt. Die höchsten Werte wiesen 2021 die Bezirke Mödling, Tulln und Korneuburg auf. Die niedrigsten Einkommen wurden für die Bezirke Südoststeiermark, Tamsweg und Murau registriert.

Erweitert man den Blick auf ganz Österreich, so zeigt sich, dass 2021 die höchsten Durchschnittseinkommen zum überwiegenden Teil im Osten des Bundesgebietes sowie in den Ballungsräumen zu finden waren. Von den 56 Bezirken (Wien als ein Bezirk), deren Einkommen über dem Durchschnitt aller 94 Bezirke (32.066 Euro) lagen, befinden sich 25 in der Ostregion. Den höchsten Wert außerhalb der Bundeshauptstadt wies der Bezirk Mödling mit 42.206 Euro auf, gefolgt von den Bezirken Tulln (37.793 Euro), Korneuburg (37.347 Euro), Eisenstadt-Stadt (37.091 Euro), Urfahr-Umgebung (36.239 Euro) und Feldkirch (34.941 Euro). Wien (als ein Bezirk) erreichte ein durchschnittliches Einkommen von 32.922 Euro und liegt damit an 24. Stelle. Innerhalb der Bundeshauptstadt lag der 1. Wiener Gemeindebezirk mit 56.401 Euro an der Spitze vor dem 13. Bezirk (43.948 Euro) und Wien 19 mit 42.716 Euro. Die niedrigsten Durchschnittseinkommen waren vorwiegend außerhalb der Ballungsräume und in Grenznähe zu finden. Im Bezirk Hermagor betrug das Gesamteinkommen je Einkommensbezieher 26.888 Euro, in Landeck 27.092 Euro, in Zell am See 27.276 Euro, im Bezirk Südoststeiermark 27.550 Euro, in Tamsweg 27.748 Euro und in Murau 27.912 Euro. In der Bundeshauptstadt wiesen der 15. Wiener Gemeindebezirk mit 26.421 Euro und Wien 20 mit 26.977 Euro die niedrigsten Einkommen auf.

EHESCHLISSUNGEN UND SCHEIDUNGEN

Seit den 1970er-Jahren verlieren die Ehe und der traditionelle Familientypus der Kleinfamilie tendenziell an Bedeutung. Damit einher gehen rückläufige Geburtenraten sowie ein Zuwachs an Singlehaushalten.

Seit Beginn der 1970er-Jahre hat die „Institution Ehe“ an Bedeutung verloren. In jenem Ausmaß, in dem alternative (vor- bzw. nichteheliche) Formen des Zusammenlebens bei jüngeren Menschen an Bedeutung gewonnen haben, ist das Terrain des traditionellen Familientypus, der durch Ehe zusammengehaltenen Kleinfamilie, auch wenn sie nach wie vor einen hohen Stellenwert besitzt, geschmälert worden. So zeigt ein Rückblick, dass in den 20 Jahren von 1950 bis 1969 in Innsbruck – bei weitaus geringerer Bevölkerung als heute – im Durchschnitt 1.038 Eheschließungen pro Jahr verzeichnet wurden. In den vergangenen 20 Jahren – von 2004 bis 2023 – waren es im Schnitt nur noch 541 Eheschließungen und damit nur noch halb so viele. Der Bedeutungsverlust der Ehe bzw. die abnehmende Heiratsneigung im Zuge der gesellschaftlich-kulturellen Modernisierung seit den 1970er-Jahren korrespondiert mit dem zeitgleich feststellbaren Sinken der Geburtenrate sowie einer Veränderung der Familien- und Haushaltsstrukturen (Zunahme von Singlehaushalten). Am Rückgang der Eheschließungsziffern vermochte im Wesentlichen auch die Einführung der Heiratsprämie im Jahr 1972 nichts zu ändern. Einzig zwei Ausreißer nach oben lassen sich im historischen Rückblick erkennen: 1983 hatten sich etwas mehr Paare als sonst zur Heirat entschlossen, und zwar deshalb, weil 1984 der Wegfall einer steuerlichen Begünstigung bei der Mitgift bevorstand. Und 1987, vor Abschaffung der Heiratsprämie (in Höhe von damals 15.000 Schilling), zeigt sich mit 1.002 Eheschließungen der größte Ausschlag nach oben. Im Jahr darauf (1988) entschieden sich dann nur noch 568 Paare für den Bund des Lebens. Dieser Rückgang hat sich, von einer leichten Steigerung in den 1990er-Jahren abgesehen, als nachhaltig erwiesen, wobei der niedrigste Wert mit 423 Eheschließungen im Jahr 2009 registriert wurde.

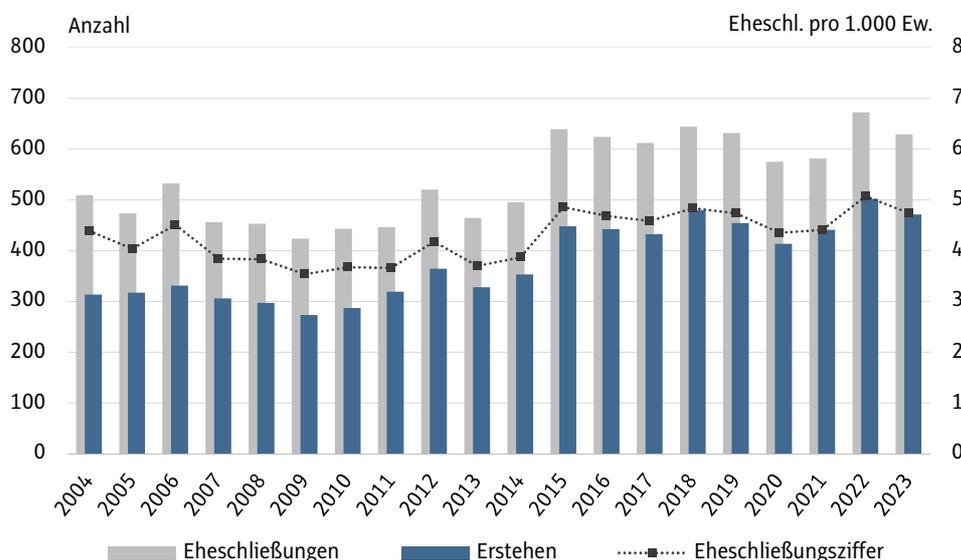
Seit 2015 werden in der Statistik auch im Ausland geschlossene Ehen von Personen mit Wohnsitz in Innsbruck erfasst.

Das vermeintliche „Ehe-Revival“, das sich in *Grafik 6* ab dem Jahr 2015 eingestellt zu haben scheint, ist deshalb kein solches, weil die Steigerung in allererster Linie auf eine veränderte Erhebungsmethodik zurückgeht. So ist es ab 2015 erstmals möglich geworden, auch im Ausland geschlossene Ehen von Personen mit Wohnsitz in Innsbruck statistisch zu erfassen. Zu einem geringeren Teil mag der Anstieg – oder besser gesagt: der seit 2015 nicht feststellbare weitere Rückgang – auch darin begründet liegen, dass das seit 2015 eingetretene Sinken der in Innsbruck wohnhaften einheimischen Population durch einen starken Anstieg der Ausländerbestandsziffer kompensiert worden ist und einige Nationalitäten aus kulturellen Gründen eine größere Eheaffinität aufweisen.

Ein Rückblick auf die Eheschließungszahlen der letzten 20 Jahre in untenstehender Grafik zeigt deutlich die beschriebene, methodisch bedingte Niveauerhöhung ab 2015. Auch die Eheschließungsziffer hat, da die zu ihrer Berechnung herangezogene Referenzgröße in Gestalt der Bevölkerungszahl *keiner* methodischen Änderung unterlegen ist, leicht zugenommen. Lag sie im Zeitraum 2004 bis 2014 noch bei durchschnittlich 3,9 Eheschließungen je 1.000 Einwohner, so hat sie sich in den neun Jahren von 2015 bis 2023 auf durchschnittlich 4,7 Eheschließungen je 1.000 Einwohner erhöht. Tatsächlich größer geworden ist die Quote der Ersten, d. h. der Anteil jener Ehen, bei denen zum Zeitpunkt der Heirat beide Brautleute ledig waren. Bis 2010 lag die Kennziffer im Durchschnitt bei knapp 65%. 2011 hat die Ersten-Quote erstmals die 70%-Marke übersprungen und dieses Niveau bis 2017 beibehalten (Durchschnitt 2011 bis 2017: 70,4%). Im Jahr 2018 hat die Quote der Ersten erstmals an der 75%-Grenze „gekratzt“ (74,4%). 2021 waren dann tatsächlich mehr als drei Viertel (75,9%) der damals 581 geschlossenen Ehen Ersten. Im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2023 liegt die Quote der Ersten bei 73,9%.

Die Quote der Ersten hat in den letzten 20 Jahren deutlich zugenommen und lag 2021 erstmals bei über 75%.

Eheschließungen 2004 – 2023 Grafik 6



Ähnlich wie bei der altersspezifischen Fertilität, die zeigt, dass Frauen ihren Kinderwunsch in zunehmend höherem Alter realisieren, besteht ein interessantes Faktum auch bei den Eheschließungen darin, dass diese, so sie denn stattfinden, zeitlich nach hinten verschoben werden. Das schlägt sich in einem kontinuierlichen Anstieg des Erstheiratsalters nieder (vgl. Grafik 7). Waren 1970 die Frauen zum Zeitpunkt der Eheschließung im Durchschnitt noch 25,6 Jahre und die Männer 29,1 Jahre alt, lagen die Vergleichswerte im Jahr 2023 bei 35,6 Jahren (Frauen) bzw. 38,5 Jahren (Männer). Demnach wird heutzutage im Schnitt zehn Jahre später geheiratet als noch vor etwa 50 Jahren.

Nicht nur der Kinderwunsch, auch die Eheschließung wird in zunehmend höherem Alter realisiert. Heute wird im Schnitt zehn Jahre später geheiratet als noch vor 50 Jahren.

In Tabelle 2 wird das altersspezifische Heiratsverhalten in zwei ausgewählten Jahrfünfteln einander gegenübergestellt – einmal ganz zu Beginn des 30-jährigen Analysezeitraums von 1994 bis 2023 (1994/98) und einmal ganz am Ende (2019/23). Innerhalb dieses zeitlichen Horizonts lassen sich merkliche Verschiebungen konstatieren. So spielt bei beiden Geschlechtern das Alterssegment „unter 20 Jahre“ so gut wie keine Rolle mehr. Nur 0,1% der Bräutigame waren in der Periode 2019/2023 zum Zeitpunkt der Eheschließung dieser Kategorie angehörig. Bei den Frauen ist der Prozentanteil von 2,7% im Zeitraum 1994/98 auf aktuell 1,0% gesunken. Bei den Männern sind im Vergleich der beiden Beobachtungsperioden überhaupt alle Werte bis einschließlich der Alterskategorie „30 bis unter 35 Jahre“ gesunken.

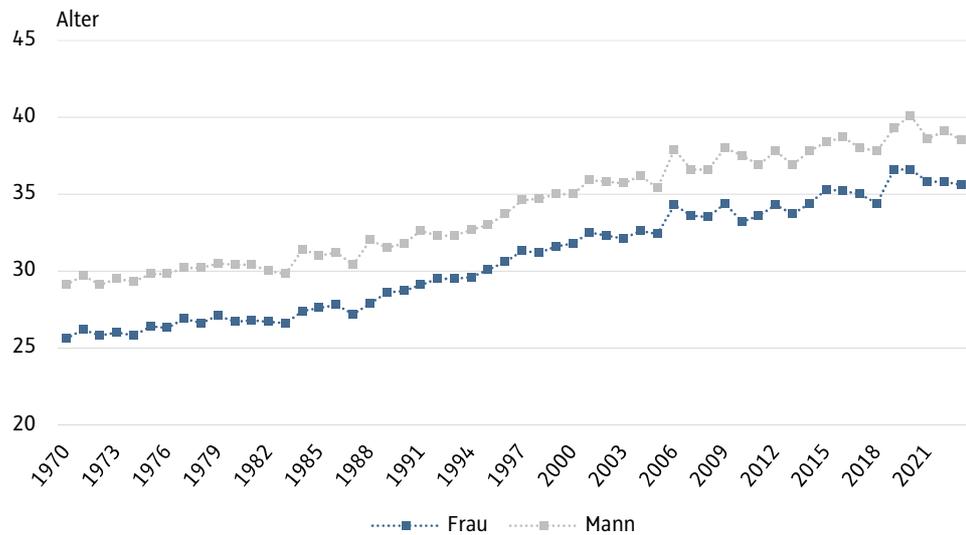
Das Alterssegment „unter 20 Jahre“ spielt bei Eheschließungen so gut wie keine Rolle.

Mittlerweile sind mehr Männer 40 bis 44 Jahre alt als 20 bis 24 Jahre alt, wenn sie sich für den Bund des Lebens entscheiden.

Frappierend ist das Minus von 13,1 Prozentpunkten in der Gruppe der 25- bis unter 30-jährigen. Fielen in der Periode 1994/98 noch 29,5% und damit die relative Mehrheit aller Bräutige in die besagte Kategorie, waren es in der Periode 2019/23 nur noch 16,4%. Zuletzt waren die meisten Männer zum Zeitpunkt der Eheschließung zwischen 30 und 35 Jahre alt (24,6%). In allen Alterskategorien „35+“ konnten teils deutliche Anteilssteigerungen errechnet werden. Mittlerweile sind z. B. mehr Männer 40 bis unter 45 Jahre (9,8%) als 20 bis unter 25 Jahre alt (5,6%), wenn sie sich für den Bund des Lebens entscheiden.

Durchschnittliches Heiratsalter nach Geschlecht seit 1970

Grafik 7



Eheschließungen nach Altersgruppen 1994/98 und 2019/23

Tabelle 2

Alter von ... bis unter ... Jahren	Eheschließende in % in den Jahren...				Veränderung + / - Prozentpunkte	
	1994 - 1998		2019 - 2023		m	w
	m	w	m	w		
unter 20	0,8	2,7	0,1	1,0	-0,7	-1,7
20 - 25	10,1	18,1	5,6	10,0	-4,5	-8,1
25 - 30	29,5	34,5	16,4	20,3	-13,1	-14,2
30 - 35	27,0	22,8	24,6	25,6	-2,4	2,9
35 - 40	12,9	10,0	16,3	14,1	3,4	4,2
40 - 45	6,6	4,9	9,8	8,3	3,2	3,4
45 - 50	4,1	3,1	6,0	6,0	1,8	2,9
50 - 55	3,8	2,1	6,4	6,5	2,6	4,4
55 - 60	2,9	1,3	6,8	4,5	3,9	3,2
60 u. >	2,3	0,8	8,0	3,8	5,6	3,0
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	-	-

Quelle: Statistik Austria

Nur noch jede fünfte Braut befand sich zuletzt in der Altersgruppe „20 bis 29 Jahre“. Mitte der 1990er-Jahre war es noch jede dritte Braut gewesen.

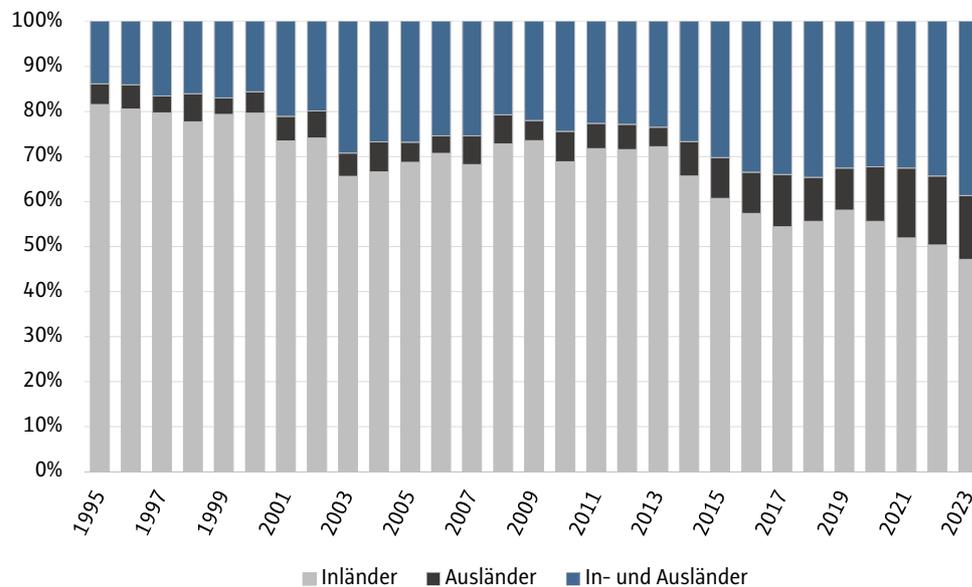
Auch auf der Frauenseite ist eine markante Verschiebung in höhere Alterssegmente nicht von der Hand zu weisen, auch wenn Frauen zum Zeitpunkt der Heirat generell jünger sind als Männer. So liegen die Prozentanteile bei den Frauen in allen jungen Altersklassen (bis einschließlich „30 bis unter 35 Jahre“) über jenen der Männer. Dies ändert aber nichts an der grundsätzlichen Entwicklung hin zu einem steigenden Heiratsalter. Während in der Beobachtungsperiode 1994/98 noch mehr als ein Drittel (34,5%) aller Bräute zwischen 25 und 29 Jahre alt gewesen war, ist dieser Wert im Verlauf des 30-jährigen Vergleichszeitraums um 14,2 Prozentpunkte auf 20,3% gesunken.

Auch „heiratswillige“ Frauen zwischen 20 und 24 Jahren drohen zunehmend eine „Rarität“ zu werden (-8,1 Prozentpunkte auf 10,0% in der Periode 2019/23). Nur noch jede zehnte Braut ist zum Eheschließungszeitpunkt jünger als 25 Jahre. Mit Blick auf das andere Ende der Altersskala lässt sich konstatieren, dass in der Periode 1994/98 lediglich 4,2% aller Frauen zum Zeitpunkt der Hochzeit über 50 Jahre alt gewesen waren, während der Wert zuletzt bei 14,8% lag.

Nur 10% aller Bräute waren in der Periode 2019/23 zum Eheschließungszeitpunkt jünger als 25 Jahre.

Staatsangehörigkeit der Brautleute 1995 – 2023

Grafik 8



Auch nach der Staatsangehörigkeit lassen sich die an einer Ehe Beteiligten aufschlüsseln. Dabei fällt auf, dass immer mehr Innsbruckerinnen und Innsbrucker mit österreichischer Staatsangehörigkeit einen ausländischen Lebenspartner ehelichen. Der Anteil jener Ehen, bei denen beide Eheleute zum Hochzeitszeitpunkt über eine österreichische Staatsangehörigkeit verfügen, ist im Untersuchungszeitraum von 81,5% (1995) auf zuletzt 47,2% (2023) abgestürzt (vgl. Grafik 8). Damit entfielen 2023 erstmals weniger als die Hälfte der in Innsbruck verzeichneten Eheschließungen auf solche zwischen zwei einheimischen Personen. Die Quote der Ehen, an denen sowohl In- als auch Ausländer beteiligt sind, hat sich im besagten Zeitraum auf der anderen Seite nahezu verdreifacht (von 13,8% im Jahr 1995 auf 38,6% im Jahr 2023). In Korrelation mit dem seit 2015 deutlich gestiegenen Ausländeranteil an der Gesamtbevölkerung, ist auch der Anteilswert der „reinen“ Ausländerehen signifikant angewachsen und betrug zuletzt 14,2%. Vor 30 Jahren rangierte der Anteilswert der Eheschließungen zwischen zwei nicht-österreichischen Personen noch bei 4,6%.

Immer mehr Innsbrucker und Innsbruckerinnen ehelichen einen ausländischen Lebenspartner. 2023 lag der Anteil der Ehen zwischen zwei österreichischen Ehepartnern erstmals unter der 50%-Marke.

Bei den Ehescheidungen kam es im Jahr 2023 zu einem Plus von 18,2% im Vergleich zum Vorjahr. Wurden 2022 noch 187 Ehen geschieden, waren es im Berichtsjahr 221 und damit erstmals seit fünf Jahren wieder mehr als 200. Wie Tabelle 3 zu entnehmen ist, trat der höchste Wert der vergangenen 20 Jahre mit 271 Scheidungen im Jahr 2006 auf, während 2017 mit 186 Scheidungen die wenigsten registriert wurden. Anhand der Ehescheidungsziffer lässt sich das Verhältnis von Eheschließungen und Ehescheidungen plakativ darstellen. Bis zum Jahr 2011 lag selbige stets bei rund 50% bzw. knapp darüber, d. h. dass auf zwei Eheschließungen eine Scheidung entfiel. In den Jahren 2012 bis 2014 ist mit der Anzahl der Ehescheidungen auch die Ehescheidungsziffer auf rund 40% gesunken. Das weitere Absinken des Kennwerts ab 2015 auf durchschnittlich 32,8% innerhalb der letzten neun Jahre hat demgegenüber in erster Linie mit der höheren Anzahl an Eheschließungen zu tun, die ihrerseits auf die weiter oben beschriebene Möglichkeit des Miterfassens von im Ausland geschlossenen Ehen ab 2015 zurückgeht.

221 Ehen wurden 2023 in Innsbruck geschieden – das waren 34 mehr als im Jahr 2022.

Sollten sich die ehedauerspezifischen Scheidungswahrscheinlichkeiten nicht ändern, werden 40 von 100 gegenwärtig geschlossenen Ehen vor dem Scheidungsrichter landen.

211 Kinder waren Leidtragende der 221 im Berichtsjahr geschiedenen Ehen. 86% der Ehen wurden einvernehmlich gelöst.

Als weiterer Indikator zur Illustration der „Haltbarkeit“ von Ehen fungiert die sogenannte Gesamtscheidungsrate. Sie gibt an, wie groß der Prozentsatz der Ehen ist, die durch eine Scheidung (und nicht durch den Tod eines der beiden Ehepartner) enden. Als Basis für die Berechnung dienen die im jeweiligen Jahr beobachteten Scheidungen, wobei sie in Beziehung zu jenen Eheschließungsjahrgängen gesetzt werden, aus denen sie stammen (ehedauerspezifische Scheidungsraten). Im Jahr 2023 lag die Kennziffer bei 39,6%, d. h. dass 40 von 100 gegenwärtig geschlossenen Ehen früher oder später vor dem Scheidungsrichter landen werden, sollte sich an den derzeitigen ehedauerspezifischen Scheidungswahrscheinlichkeiten nichts ändern.

Ein konkreter Blick auf die 221 Scheidungen des Jahres 2023 zeigt darüber hinaus folgende Details: Ein Viertel der geschiedenen Ehen dauerte nicht länger als fünf Jahre. Ein weiteres Viertel der Ehen hatte zumindest eine Bestandsdauer von fünf bis zehn Jahren. 35 Ehen (15,6%) wurden aufgelöst, obwohl die Eheschließung mehr als 25 Jahre zurücklag. Drei Ehen „überlebten“ das erste Jahr nicht. Die Quote der kinderlos geschiedenen Ehen lag im Berichtsjahr bei 46,7%. Aus 21,8% der geschiedenen Ehen ging ein Kind hervor, aus 24,4% zwei, und 7,1% der geschiedenen Ehen „hinterließen“ drei oder mehr Kinder. Insgesamt waren 211 Kinder Leidtragende der 221 Scheidungen, 120 davon waren zum Zeitpunkt der Scheidung jünger als 14 Jahre. 85,7% aller 2023 geschiedenen Ehen wurden einvernehmlich (§ 55a EheG) aufgelöst. Wegen Auflösung der häuslichen Gemeinschaft (§ 55) wurden im Berichtsjahr elf Ehen geschieden. 19 Mal war eine andere Eheverfehlung für den Bruch ursächlich. Bei jenen Ehen, die einer Klärung der Schuldfrage bedurft hatten, traf das Verschulden zum überwiegenden Teil den Mann (Verhältnis: 19:4).

Ausgewählte Scheidungsziffern 2004 – 2023

Tabelle 3

Jahr	Scheidungen		Scheidungs- ziffer ¹⁾	Gesamt- scheidungsrate ²⁾	Scheidungen ohne Kinder in %
	absolut	2004 = 100			
2004	270	100	53,0	45,2	51,1
2005	255	94	53,9	43,4	49,8
2006	271	100	50,9	46,7	46,9
2007	244	90	53,5	43,2	56,1
2008	232	86	51,2	42,0	57,3
2009	236	87	55,8	43,0	58,5
2010	220	81	49,7	38,2	51,8
2011	230	85	51,6	43,0	50,9
2012	218	81	41,9	41,3	58,7
2013	198	73	42,7	38,3	55,1
2014	193	71	39,0	37,5	47,7
2015	227	84	35,5	42,9	46,7
2016	226	84	36,2	44,9	42,5
2017	186	69	30,4	35,0	49,5
2018	231	86	35,9	44,2	49,8
2019	198	73	31,4	37,3	43,4
2020	189	70	32,9	35,2	43,7
2021	173	64	29,8	31,9	49,7
2022	187	69	27,8	34,2	41,8
2023	221	82	35,1	39,6	46,7

1) Ehescheidungen in Prozent der Eheschließungen

2) Ehescheidungen bezogen auf jene Eheschließungsjahrgänge, aus denen sie stammen

Quelle: Statistik Austria

ZUKÜNFTIGER ARBEITSKRÄFTEMANGEL

Der Begriff des „demografischen Wandels“, über Jahrzehnte ein weitgehend unbeachtetes Phänomen, hat sich in den vergangenen Jahren in verschiedensten Debatten zu einem der meistgenannten „gemausert“. Aus Sicht der Demografen, die über Generationen hinweg kaum etwas unversucht gelassen haben, um auf problematische Auswirkungen bestimmter Entwicklungen hinzuweisen, kommt diese Aufmerksamkeit gleichwohl eher fünf Minuten nach als fünf Minuten vor zwölf. Zu bewusst ist ihnen, dass ein „plötzlich“ auftretendes demografisches Problem – z. B. ein nicht konjunkturell, sondern demografisch bedingter Arbeitskräftemangel – als durchaus *vorhersehbare* Folge nicht oder zu spät gesetzter Maßnahmen in der Vergangenheit gesehen werden kann. Hinzu kommt, dass derartige Probleme, auch wenn man sich ihrer annimmt, nicht ohne „Kollateralschäden“ zu lösen sind, die sich ihrerseits über viele Jahrzehnte erstrecken. So lassen sich, um beim genannten Beispiel zu bleiben, in der Vergangenheit nicht stattgefunden Geburten nicht einfach nachholen, und heute geborene Kinder würden dem Arbeitsmarkt wiederum erst in gut 20 Jahren als Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Zum anderen ist auch die Alternative, die Kompensation von Geburtendefiziten durch Zuwanderung, auf Dauer nicht gänzlich von Begleiterscheinungen frei. Wie die jüngste Bevölkerungsprognose der Statistik Austria zu Tage gefördert hat, wird Österreich auch in Zukunft ausschließlich durch Zuwanderung wachsen bzw. ohne Zuwanderung langfristig auf das Niveau der 1950er-Jahre zurückfallen.

Gemeinhin ist mit dem Begriff des „demografischen Wandels“ die durch den Geburtenrückgang ab den 1970er-Jahren ausgelöste und seither schleichend in Gang befindliche demografische *Alterung* gemeint, d. h. das Entstehen eines zunehmenden Ungleichgewichts zwischen der älteren und der jüngeren Generation innerhalb eines Bevölkerungsganzen. Dieses Ungleichgewicht bringt den auf *demografische Stabilität* hin angelegten „Generationenvertrag“ sowie die an diesen geknüpften sozialen Sicherungssysteme zunehmend in eine schwer finanzierbare Schieflage. Nicht nur haben immer weniger Junge für immer mehr Ältere aufzukommen, es kann durch zu wenige Junge auch zu Engpässen in der auf Arbeitskräfte angewiesenen Wirtschaft (und Verwaltung) kommen – mit Auswirkungen auf die ökonomische Prosperität und damit indirekt auch auf die Möglichkeit der Aufrechterhaltung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Neben dem demografischen Strukturmerkmal „Alter“, das vor allem durch die natürlichen Bevölkerungsbewegungen (Geburten und Sterbefälle) beeinflusst wird, ist die Zusammensetzung der Bevölkerung, verursacht durch die globalen Wanderungsbewegungen, auch hinsichtlich des Merkmals „Staatsangehörigkeit“ Veränderungen unterworfen.

Nachfolgend wird der Fokus auf das Problem des demografisch induzierten Arbeitskräftemangels gelegt und der Versuch unternommen, anhand der *labour force replacement ratio*, also etwa der „Arbeitskräfte-Ersatzrate“, den zukünftig drohenden Arbeitskräftemangel einigermaßen seriös zu quantifizieren. Das Ergebnis eines solchen Unterfangens ist, wie noch zu zeigen sein wird, von zahlreichen Vorannahmen abhängig. Die Grundidee besteht darin, für jedes einzelne Jahr bis 2050 die Gruppe derjenigen, die den Arbeitsmarkt verlassen, also etwa die 61- bis 65-Jährigen, der Gruppe derjenigen gegenüberzustellen, die dem Arbeitsmarkt neu zur Verfügung stehen sollten, also etwa die 18- bis 22-Jährigen. Dabei wird untersucht, inwiefern aufgrund der unterschiedlichen Größe dieser Gruppen die permanenten Verschiebungen im Altersaufbau der betrachteten Population einen Arbeitskräftemangel herbeiführen können – etwa, wenn die in das Pensionsalter ausscheidende Gruppe über einen längeren Zeitraum stets größer ausfällt als die in das Erwerbsleben neu einsteigende. Abgemildert werden die dadurch entstehenden Verluste an Erwerbspersonen durch Zuwanderungsüberschüsse in den mittleren Segmenten des Erwerbsfähigenalters, insbesondere durch „klassische“ Arbeitsmigration bei den 25- bis 45-Jährigen.

Die großen demografischen Trends lassen sich gut vorausberechnen. Auch der demografisch bedingte Arbeitskräfteengpass war vorhersehbar. Er wird sich in den nächsten Jahren kontinuierlich verschärfen.

Durch die demografische Alterung geraten der „Generationenvertrag“ und die mit ihm verknüpften sozialen Sicherungssysteme in eine immer schwerer finanzierbare Schieflage.

Anhand der labour force replacement ratio, also der „Arbeitskräfte-Ersatzrate“, kann der drohende Arbeitskräftemangel einigermaßen seriös abgeschätzt werden. Gemildert wird der Mangel durch Arbeitsmigration in die mittleren Segmente des Erwerbsfähigenalters.

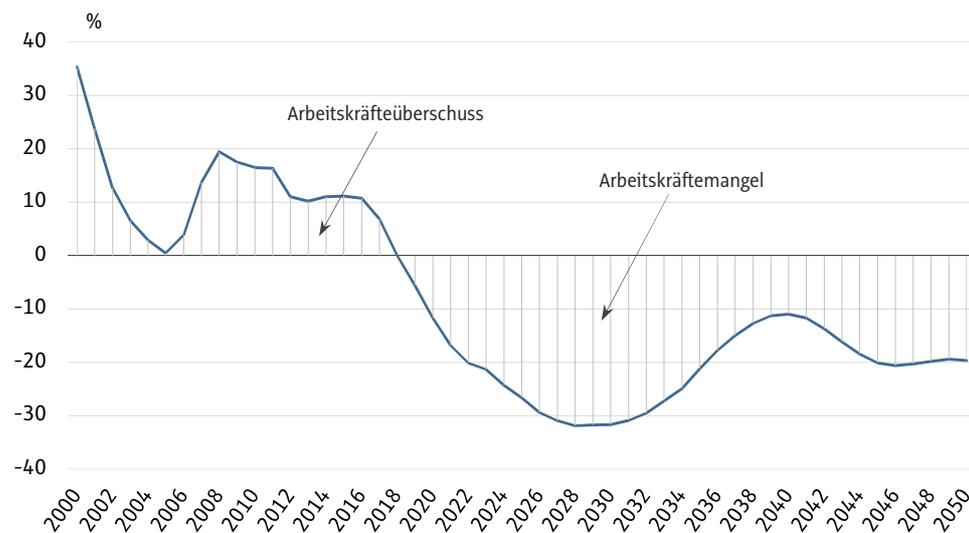
Für den Blick in die Zukunft wird auf die Hauptvariante der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria zurückgegriffen.

Unbekannte Einflussfaktoren auf den zukünftigen Arbeitskräftebedarf werden nicht berücksichtigt, z. B. technologischer Fortschritt oder eine schrumpfende Wirtschaft.

Die nachfolgenden Ausführungen basieren auf der *Hauptvariante* der Bevölkerungsprognose von Statistik Austria für Österreich und Tirol. Dieser liegen bestimmte Annahmen über zukünftige Entwicklungen in den Bereichen Fertilität und Mortalität einerseits sowie zum Wandlungsgeschehen (Migration) andererseits zugrunde. Würde anstelle der Hauptvariante eine andere Prognosevariante herangezogen (bspw. die Wachstumsvariante, die Schrumpfungsvariante etc.), so würden auch die Ergebnisse von den nachfolgenden, auf der Hauptvariante basierenden Ergebnissen abweichen. Wie bei jeder Prognose ist es so, dass das Eintreten der vorausgerechneten Werte vom Zutreffen der zugrundeliegenden Annahmen abhängig ist, wobei insbesondere die zukünftigen Wanderungsbewegungen schwer abzuschätzen sind.

Eine weitere methodische Anmerkung scheint im Hinblick auf die Interpretation der Ergebnisse notwendig: Wenn von einem zukünftigen Arbeitskräftemangel gesprochen bzw. ein solcher konkret quantifiziert wird, so geschieht dies auf der Grundlage einer als konstant angenommenen Wirtschaftsstruktur bzw. -leistung und damit eines gleichbleibenden Arbeitskräftebedarfs seitens der Wirtschaft sowie des öffentlichen Sektors. Mögliche Einflussfaktoren auf den zukünftigen Bedarf an Arbeitskräften wie technologischer Fortschritt, Produktivitäts- bzw. Effizienzsteigerungen, künstliche Intelligenz oder eine schrumpfende Wirtschaft finden, da sie nicht vorhersehbar sind, keine Berücksichtigung.

Arbeitskräfte-Ersatzrate für Österreich 2000–2050 Grafik 9



Eine positive Arbeitskräfte-Ersatzrate indiziert einen Arbeitskräfteüberschuss, eine negative einen Arbeitskräftemangel. In Österreich ist die Quote seit 2019 negativ. Es verlassen also seit fünf Jahren jedes Jahr mehr Personen den Arbeitsmarkt als „von unten“ neue nachrücken. Die Arbeitskräfte-Ersatzrate wird auch in Zukunft negativ bleiben.

Grafik 9 bildet das Verhältnis zwischen der Gruppe der aus dem Arbeitsmarkt Ausscheidenden und der in den Arbeitsmarkt Eintretenden für Gesamtösterreich ab. Ist der Quotient positiv, wie es zwischen 2000 und 2017 der Fall war, so ist die Gruppe der Ausscheidenden kleiner als jene der Eintretenden und es liegt ein potentieller Arbeitskräfteüberschuss vor. Der Prozentwert gibt an, um wieviel größer die Gruppe der Nachrückenden ist. In den Jahren 2000 bis 2017 bewegte sich der Überschuss in einer Größenordnung zwischen mindestens 0,5% (2005) und höchstens 35,3% (2000). Im Jahr 2018 betrug die Ersatzrate genau 0, d. h. die beiden Gruppen waren exakt gleich groß. 2019 fiel die Kennziffer erstmals negativ aus – es gab also mehr 61- bis 65-Jährige als 18- bis 22-Jährige. In Zukunft wird sich diese Entwicklung, bedingt durch das Ausscheiden der stark besetzten „Boomer“-Kohorten (1960er-Geburtsjahrgänge) aus dem Arbeitsmarkt, weiter verschärfen und in den Jahren 2027 bis 2031 mit Quoten von -30% ihren Höhe- bzw. Tiefpunkt erreichen. Das bedeutet, dass in diesem Zeitraum von Jahr zu Jahr die Gruppe der den Arbeitsmarkt verlassenden Personen die Gruppe der neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Personen quantitativ um ein gutes Drittel überragen wird, was zu entsprechenden Kompensationsproblemen führt.

Zudem kommt es zu einem Kumulationseffekt, der darin besteht, dass die im Jahr x fehlenden Arbeitskräfte im Jahr x+1 immer noch fehlen, während die im Jahr x+1 fehlenden Arbeitskräfte neu dazukommen usw. Auf der Basis der verwendeten Bevölkerungsprognose wird die Arbeitskräfte-Ersatzrate bis zum Ende des Beobachtungszeitraums (2050) negativ bleiben. Die leichte „Erholung“ ab 2035 auf -11,0% im Jahr 2040 bildet sozusagen das zeitversetzte, zweite demografische (und diesmal positive) Wirksamwerden des „Pillenkicks“ ab. Hier treten im Anschluss an die „Boomer“ weniger stark besetzte Jahrgänge den Ruhestand an (1970er-Geburtsjahrgänge). Die besagte „Erholung“ hat also weniger damit zu tun, dass mehr Jüngere nachrücken, sondern damit, dass weniger Ältere aus dem Erwerbsleben ausscheiden als in den Jahren davor.

Der doppelt wirksame volkswirtschaftliche Belastungseffekt der geschilderten Gesamtentwicklung besteht darin, dass sich, einen konstanten Bedarf vorausgesetzt, in den nächsten 25 Jahren nicht nur ein Arbeitskräftemangel einstellen wird, sondern dass eine unter diesem möglicherweise leidende Wirtschaft nicht mehr in der Lage sein könnte, jenes Steueraufkommen zu erwirtschaften, das notwendig wäre, um die gleichzeitig *stark wachsende Gruppe der Pensionisten* zu „versorgen“. Während im Jahr 2000 noch 1,2 Mio. Menschen 65 oder mehr Jahre alt gewesen waren, waren es im Jahr 2020 bereits 1,7 Mio., und im Jahr 2040 werden es annähernd 2,6 Mio. sein. Oder relativ ausgedrückt: Hatten sich im Jahr 2000 15,4% der Bevölkerung im Pensionsalter befunden, waren es 2020 bereits 19,0%, und im Jahr 2040 werden es nicht weniger als 26,5% sein.

Ein weiteres, damit unmittelbar verknüpft Problem betrifft die Pflege. Zum einen wird es aufgrund des Arbeitskräftemangels schwieriger, Personal zu rekrutieren, auf der anderen Seite steigt aber gerade in der Pflege durch die demografische Alterung (mehr Hochbetagte) gleichzeitig der Bedarf. Dieses „Pflegeproblem“ wird sich in seiner vollen Wucht frühestens zehn, spätestens aber 20 Jahre *nach* dem Problem des allgemeinen Arbeitskräftemangels einstellen, nämlich dann, wenn die stark besetzten „Boomer“-Jahrgänge in das Alterssegment „75+“ bzw. „85+“ hineingewachsen und d. h. potentiell pflegebedürftig geworden sein werden. Wird also die Dekade 2025 bis 2035 von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel geprägt sein, so könnte v. a. die Dekade 2045 bis 2055, bei anhaltendem allgemeinem Arbeitskräftemangel, ein Pflegeproblem im Sinne eines ausgeprägten *Pflegekräftemangels* mit sich bringen, zumal gerade im Bereich der Pflege Menschen kaum durch Technik zu ersetzen sind.

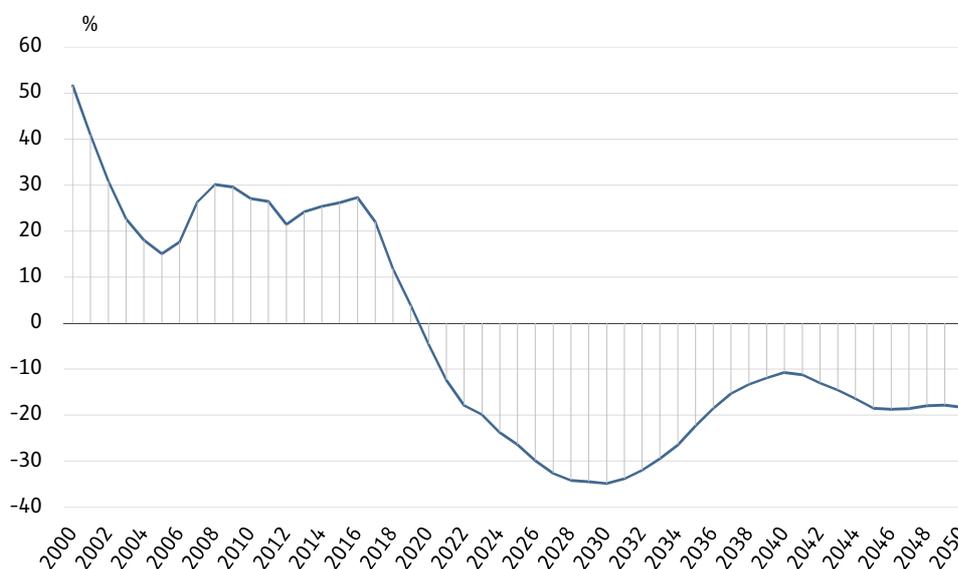
Erschwerend kommt ein Kumulationseffekt hinzu. Erst ab 2035 werden schwächer besetzte Jahrgänge den Ruhestand antreten.

Durch den Mangel an Arbeitskräften könnte die Wirtschaft Wachstumspotentiale ungenutzt lassen müssen. Umso schwieriger dürfte sich die Finanzierung des Pensionsystems gestalten.

Im Bereich der Pflege kommt zum allgemeinen Arbeitskräftemangel ein gleichzeitig steigender Bedarf. Zwischen 2045 und 2055 werden die „Boomer“ in das potentiell pflegebedürftige Alter gekommen sein.

Arbeitskräfte-Ersatzrate für Tirol 2000–2050

Grafik 10



Die Zahl der 75+-Jährigen wird bis 2040 auf 1,4 Mio. anwachsen.

Das beginnende demografische Problem wurde durch die „Corona-Krise“ überlagert. Die Situation in Tirol unterscheidet sich kaum von der bundesweiten. 2030 wird die Gruppe, die aus dem Berufsleben ausscheidet, um 35% größer sein als die „von unten“ nachrückende. Bis 2040 wird die Zahl der 75+-Jährigen auf 116.000 klettern.

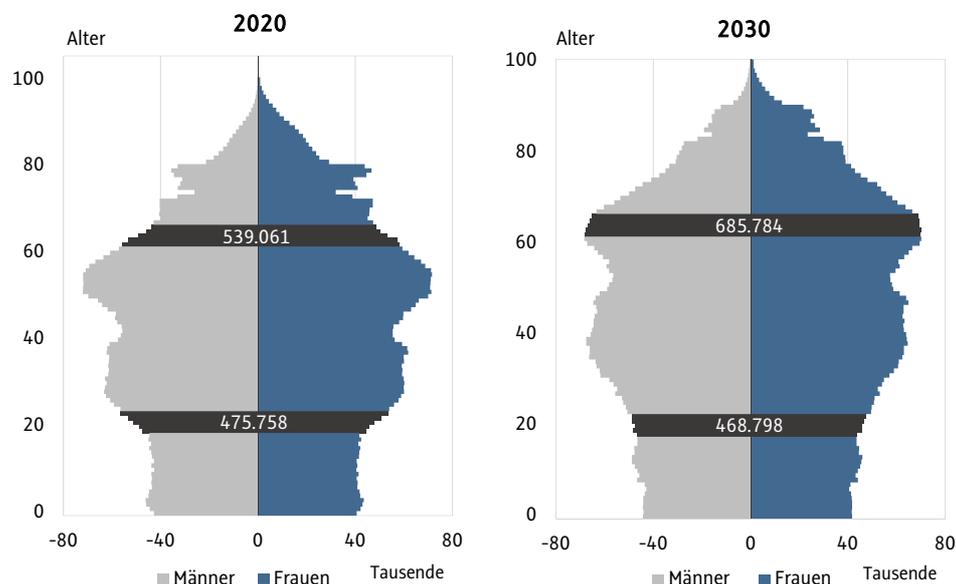
Innsbruck würde bei der Arbeitskräfte-Ersatzrate aufgrund der Studenten besser abschneiden.

Um auch für den Bereich der Über-75-Jährigen die Prognosezahlen zu nennen: 2020 hatten in Österreich noch 0,56 Mio. 75+-Jährige gelebt (7,0% der Bevölkerung), 2020 waren es bereits 0,85 Mio. (9,6% der Bevölkerung), und 2040 werden es annähernd 1,4 Mio. sein (14,0% der Bevölkerung).

In Tirol hat sich die demografische Situation in den Jahren 2000 bis 2017 besser gestaltet als im österreichweiten Durchschnitt. So zeigt sich in *Grafik 10*, dass die Arbeitskräfte-Ersatzrate in allen Jahren bis 2017 stärker positiv ausgefallen ist als im Bundesgebiet insgesamt. Zudem ist der Umschlagspunkt in Tirol zwei Jahre später, nämlich im Jahr 2020, eingetreten. In diesem Zusammenhang kann erwähnt werden, dass der Beginn des demografisch bedingten Arbeitskräftemangels (2019/2020) genau mit den Jahren der „Corona-Krise“ zusammengefallen ist. Durch die „Corona-Krise“, die ihrerseits zu Verwerfungen im Bereich des Arbeitsmarktes geführt hat, ist das beginnende demografische Problem gleichsam „übersehen“ oder jedenfalls in den Hintergrund bzw. aus verständlichen Gründen aus dem Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. Umso mehr drängt es sich heute auf, im mittlerweile sechsten (Österreich) bzw. fünften Jahr (Tirol) in Folge mit negativen Arbeitskräfte-Ersatzraten. Denn was die Zukunft anbelangt, so sind für Tirol dieselben Befunde gültig wie für Gesamtösterreich. Bis 2050 werden, sollte sich die zugrundeliegende Bevölkerungsprognose bewahrheiten, von Jahr zu Jahr mehr Personen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden als neue nachrücken. Die Quoten rangieren zwischen -34,9% im Jahr 2030 und -10,8% im Jahr 2040. Auch der Tiroler Arbeitsmarkt wird aller Voraussicht nach also mit erheblichen Kompensationsschwierigkeiten zu kämpfen haben. Und auch die Entwicklung der größer werdenden Gruppe der Älteren bzw. Hochbetagten unterscheidet sich nur unwesentlich von der gesamtösterreichischen Entwicklung: Hatte der Anteil der 65+-Jährigen im Jahr 2000 in Tirol noch bei 13,2% gelegen (88.000 Personen), wird er sich bis 2040 auf 26,9% (218.000 Personen) mehr als verdoppeln. Das im Zusammenhang mit dem Bereich Pflege relevante Alterssegment der 75+-Jährigen war im Jahr 2000 noch mit 39.000 Personen besetzt (5,8% der Bevölkerung) und wird in den nächsten 15 Jahren, bis 2040, auf 116.000 Personen klettern (14,3% der Bevölkerung).

Für Innsbruck selbst liegt keine für die Berechnung der *labour force replacement ratio* notwendige Bevölkerungsprognose nach Einzeljahrgängen vor. Klar ist aber, dass Innsbruck als Studentenstadt und dem damit einhergehenden starken Besatz in den studentisch geprägten Altersjahrgängen grundsätzlich besser aussteigen würde als Tirol oder Österreich insgesamt.

Bevölkerungsaufbau Österreichs in den Jahren 2020 und 2030 Grafik 11



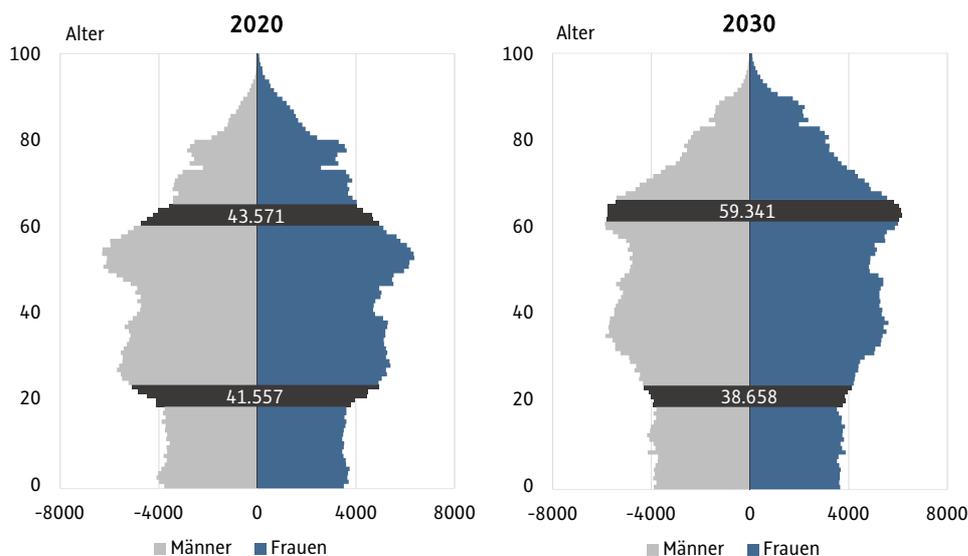
Andererseits wäre eine unbereinigte Fortschreibung der studentischen Kohorten in die Zukunft unseriös, da viele Studenten nach Abschluss des Studiums Innsbruck bekanntlich wieder verlassen.

Zur Verdeutlichung der geschilderten Entwicklungen sind in den *Grafiken 11* und *12* die Bevölkerungs-„Pyramiden“ für die Jahre 2020 und 2030 nebeneinander dargestellt – einmal für Österreich und einmal für Tirol. Zudem sind die für die Arbeitskräfte-Ersatzrate relevanten Alterssegmente der 61- bis 65-jährigen (aus dem Arbeitsmarkt Ausscheidende) sowie der 18- bis 22-jährigen (in den Arbeitsmarkt Eintretende) kenntlich gemacht. Dabei zeigt sich, dass es im Laufe der dargestellten zehn Jahre durch den veränderten Altersaufbau zu einem Auseinanderdriften der Proportionen zwischen Jüngeren und Älteren kommt. Standen 2020 in Österreich 539.061 61- bis 65-jährigen immerhin noch 475.758 18- bis 22-jährige gegenüber, so wird sich bis 2030 die Gruppe der den Arbeitsmarkt verlassenden Personen um 27% auf 685.784 erhöhen, während gleichzeitig die Gruppe der in den Arbeitsmarkt eintretenden Personen um 1,5% auf 468.798 abnehmen wird. Lag also die Arbeitskräfte-Ersatzrate, d. h. das Verhältnis der nachrückenden zur ausscheidenden Gruppe, 2020 noch bei -11,7%, wird sie in den nächsten sechs Jahren, bis 2030, auf -31,6% sinken. In Tirol standen 2020 41.557 Junge 43.571 Älteren gegenüber (Ersatzrate: -4,6%), 2030 werden 38.658 Jungen 59.341 Ältere gegenüberstehen (-34,9%).

Viele Studenten verlassen Innsbruck wieder.

Anhand der Bevölkerungs-„Pyramiden“ 2020 und 2030 lassen sich die Veränderungen plakativ illustrieren. In Zukunft werden die Älteren mehr und die Jüngeren noch weniger werden. Freie Stellen werden, einen konstanten Bedarf vorausgesetzt, schwieriger nachzubeseetzen sein.

Bevölkerungsaufbau Tirols in den Jahren 2020 und 2030 Grafik 12



Möchte man nun die zukünftig potentiell fehlenden Arbeitskräfte konkret beziffern, so lässt sich für jedes Jahr der Prognoserechnung die Differenz zwischen den Mittelwerten der fünf Jahre umfassenden Personengruppen bilden und diese Differenz als Arbeitskräftedefizit ausweisen. Da es sich bei der zugrundeliegenden Prognose genau genommen um eine Prognose der Gesamtbevölkerung unabhängig vom Erwerbsstatus der einzelnen Personen handelt, kann die ermittelte Größe unter der Annahme einer Erwerbsquote von 75% um ein Viertel reduziert werden. Damit wäre die bloße Einwohnerdifferenz auf die Erwerbspersonendifferenz reduziert und der Bedarf an Arbeitskräften realistischer abgeschätzt.

Bei der Berechnung der in Zukunft fehlenden Arbeitskräfte wird von einer Erwerbsquote von 75% ausgegangen.

Zu komplex gestalten würde sich die Berücksichtigung weiterer Einflussfaktoren im Sinne unbekannter Variablen. So könnte etwa die Befürchtung vorgebracht werden, es handle sich bei den aus dem Arbeitsmarkt Ausscheidenden in höherem Maße um Vollzeitbeschäftigte als dies bei den in den Arbeitsmarkt neu Eintretenden der Fall ist (für die jüngere Generation spielt eine ausgewogene „Work-Life-Balance“ eine größere Rolle), was den Arbeitskräftemangel zusätzlich verschärfen würde.

Für die jüngeren spielt eine ausgewogene „Work-Life-Balance“ eine größere Rolle.

Von einem allgemeinen Arbeitskräftemangel zu unterscheiden wäre ein branchenspezifischer Fachkräftemangel.

Zwischen 2024 und 2040 kumuliert sich der nicht durch nachrückende Generationen kompensierbare Arbeitskräftebedarf in Österreich auf 370.000 Personen. Durch Zuwanderung in die mittleren Segmente des Erwerbsfähigenalters reduziert sich das Defizit auf ca. 200.000 Personen.

In Tirol würde die Kluft bis 2040 auf 34.000 Personen anwachsen. In den nächsten zehn Jahren, bis 2034, dürften Arbeitskräfte im Ausmaß von 6,2% aller derzeit in Tirol Beschäftigten nicht durch nachrückende Generationen ersetzt werden können. Durch Zuwanderung in die mittleren Alterssegmente wird sich der „Erwerbspersonen-Schwund“ bei rund 21.000 Personen einpendeln.

Auch der Vorschlag, zur Kompensation eines allfälligen Arbeitskräftemangels auf arbeitslos gemeldete Personen zurückzugreifen, würde eine entsprechend passgenaue Qualifikationsoffensive voraussetzen. Denn ein gewisses Ausmaß an Arbeitslosigkeit hat stets mehr mit unzureichendem „matching“ zu tun als mit einem nicht vorhandenen Bedarf. Zum anderen sind in der oben genannten Definition von „Erwerbspersonen“ Arbeitslose bereits mitenthalten (Erwerbspersonen = Erwerbstätige plus Arbeitslose). In diesem Zusammenhang könnte zudem auch die Frage eines allgemeinen Arbeitskräftemangels von jener eines (branchenspezifischen) *Fachkräftemangels* unterschieden werden.

Hält man sich an die vorgeschlagene Berechnungsmethode, so lässt sich konstatieren, dass in Österreich im Durchschnitt der Jahre 2019 bis 2030 das jährliche Arbeitskräftedefizit (ohne Berücksichtigung von Zuwanderungsüberschüssen in den mittleren Alterssegmenten) bei 22.700 Personen liegt. Das würde bis 2030 zu einem kumulierten Bedarf von 270.000 Arbeitskräften führen. Da die Ersatzraten, wie *Grafik 9* gezeigt hat, nicht in jedem Jahr gleich hoch sind, sondern sich bis 2030 kontinuierlich verschärfen, steigern sich auch die jährlichen Defizite im genannten Zeitraum von 4.371 Arbeitskräften (2019) auf 32.548 Arbeitskräfte (2030) pro Jahr. Setzt man das Jahr 2024 als „Nullpunkt“, so ergäbe sich bis zum Jahr 2040, konjunkturelle und technologische Aspekte ausgeblendet, ein hypothetischer Arbeitskräftemangel in der Höhe von annähernd 370.000 Personen bzw. bis 2050 von 540.000 Personen. Gemildert werden diese Defizite durch Zuwanderungsüberschüsse in den Segmenten des mittleren Erwerbsfähigenalters. Stellt man für die Jahre 2024 und 2040 die gesamte potentiell erwerbsfähige Bevölkerung (15 bis 64 Jahre) einander gegenüber und reduziert sie unter der Annahme einer Erwerbsquote von 80% auf die *Erwerbspersonen*, so würde sich bis 2040 der „Erwerbspersonen-Schwund“ nicht auf 370.000, sondern „lediglich“ auf 200.000 Personen belaufen. Dennoch: *Trotz Zuwanderung können die Verluste über die negativen Ersatzraten nicht kompensiert, sondern nur gemildert werden. Obwohl die Bevölkerung durch Zuwanderung wächst und altert, werden bei gleichzeitig steigender Zahl zu versorgender Personen in Zukunft weniger Erwerbspersonen zur Verfügung stehen als heute.*

In Tirol, wo erstmals im Jahr 2020 ein rechnerisches Ersatzminus eingetreten ist, ergäbe sich bis 2030 (ohne Berücksichtigung von Zuwanderungsüberschüssen in den mittleren Alterssegmenten) ein kumuliertes Arbeitskräftedefizit von 22.500 Personen. Das jährliche Minus würde im Jahr 2030 mit einer Lücke von 3.100 Personen sein Maximum erreichen. Vom Jahr 2024 ausgehend, würde sich die Kluft bis 2040 auf 34.000 Personen und bis 2050 auf 46.000 Personen ausweiten. Ein relativer Kennwert mag bei der Einordnung der Dimensionen helfen: zuletzt haben in den Tiroler Arbeitsstätten rund 400.000 Beschäftigte (es handelt sich nicht um Vollzeitäquivalente) gearbeitet. In den nächsten zehn Jahren, 2025 bis 2034, würde sich der Arbeitskräfteabgang, der nicht durch nachrückende Generationen kompensiert werden kann, auf durchschnittlich 2.700 Personen pro Jahr belaufen und sich also auf 27.000 Personen summieren. Das wären jährlich 0,67% der derzeit Beschäftigten bzw. 6,7% der derzeit Beschäftigten bis 2034. Für Österreich insgesamt (4,8 Mio. Beschäftigte) ergäbe sich für den selben Beobachtungszeitraum ein durchschnittlicher jährlicher Abgang in der Größenordnung von rund 30.000 Arbeitskräften bzw. 0,62% der derzeit Beschäftigten, was bis 2034 einen kumulierten Bedarf von 300.000 Arbeitskräften bzw. 6,2% des gegenwärtigen Beschäftigtenvolumens zur Folge hätte. Auch für Tirol gilt selbstverständlich, dass die Defizite, die durch negative Ersatzraten eintreten, zumindest teilweise durch Zuwanderungsüberschüsse in den Segmenten des mittleren Erwerbsfähigenalters abgeschwächt werden. So dürfte die Erwerbspersonenzahl zwischen 2024 und 2040 nicht um 34.000, sondern „lediglich“ um 21.000 Personen schrumpfen. Gleichzeitig wird die Bevölkerung um 37.000 Einwohner wachsen und stark altern. Der Anteil der Personen im Pensionsalter (65+) wird von derzeit 19,3% auf 26,9% steigen.

Unter den Ansätzen, der besagten Entwicklung zu begegnen, finden sich in der derzeitigen Diskussionslandschaft u. a. folgende Punkte: Schaffung von Anreizen für ältere Arbeitskräfte, länger im Berufsleben zu verbleiben; Steigerung der Erwerbsquote insgesamt bzw. Steigerung der Erwerbsquote/des geleisteten Stundenausmaßes insbesondere der Frauen (was im Umkehrschluss entsprechende Kinderbetreuungsmöglichkeiten voraussetzen würde); qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland; Qualifizierung von Arbeitslosen.

Als Lösungsansätze werden u. a. eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung der Frauen oder qualifizierte Zuwanderung aus dem Ausland diskutiert.

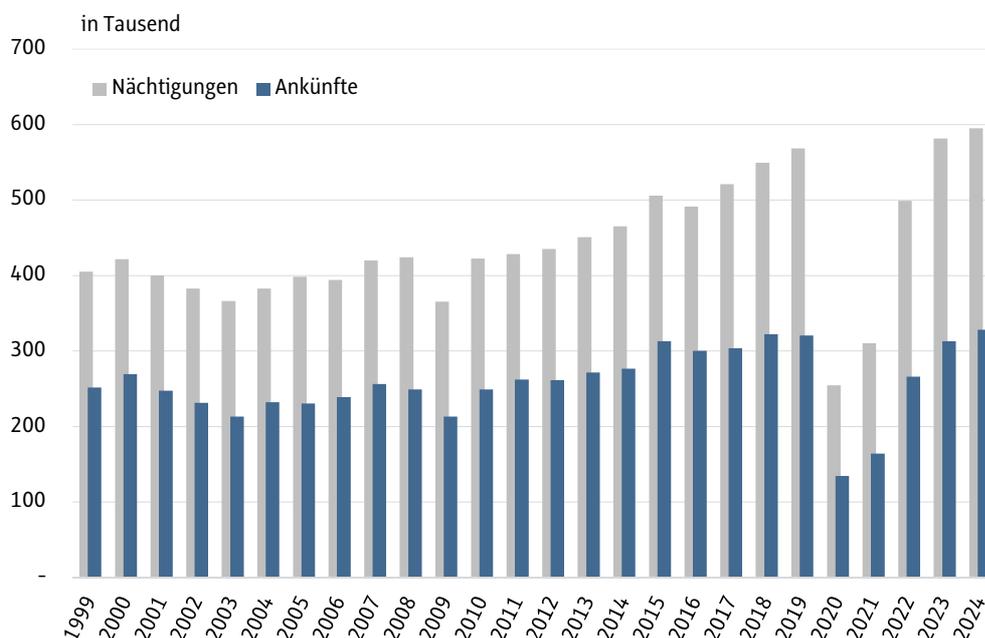
TOURISMUS IN DEN SOMMERMONATEN

Fasst man die drei Sommermonate Juni, Juli und August zum „Tourismus in den Sommermonaten“ zusammen, so hat dieser im Jahr 2024 in Innsbruck sowohl bei den Ankünften als auch bei den Nächtigungen für neue Rekordwerte gesorgt – jedenfalls unter Betrachtung der Reihe seit 1999. Insgesamt wurden in den gewerblichen und sonstigen Beherbergungsbetrieben 328.159 Ankünfte und 594.892 Nächtigungen verzeichnet. Die meisten Gäste suchten die Alpenmetropole im August auf (117.181), ganz knapp dahinter folgt der Juli (116.713). Der Juni lockte immerhin 94.265 Touristen an. Von den vergangenen 26 Junis brachte es nur der Juni des Jahres 2019 (96.219 Ankünfte) auf eine noch höhere Zahl. Auch der Juli musste sich rückblickend betrachtet nur einmal knapp geschlagen geben, nämlich dem Juli 2018 (117.412 Ankünfte). Es war dem August zu verdanken, dass unterm Strich der Sommertourismus 2024 vor allen anderen Sommern zu liegen kam. Er setzte sich mit einer beachtlichen Differenz von mehr als 6.000 Ankünften vom zweitplatzierten August, dem August 2018, ab. Im Gesamtergebnis führte dies zu einem Vorsprung im Ausmaß von 6.025 Ankünften vor dem Sommer 2018 (322.134 Ankünfte). Von den 328.159 Ankünften entfielen 298.522 bzw. 91,0% auf gewerbliche Beherbergungsbetriebe. Von diesen wiederum sicherten sich die Premiumbetriebe des 5/4-Sterne-Segments die Hälfte (148.455). Eine bemerkenswerte Steigerung hat sich in den letzten drei Jahren in der Kategorie der 2/1-Sterne-Unterkünfte ergeben. Verzeichneten diese im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2021 in den Sommermonaten rund 23.000 Ankünfte, so erhöhte sich die Gästeschar im Sommer 2022 auf 51.448, im Sommer 2023 auf 64.354 und im Sommer 2024 auf 70.086 Personen. Damit entfielen im Berichtssommer 23,5% aller gewerblichen Ankünfte auf die niedrigste Betriebskategorie.

Der Sommertourismus 2024 (Juni, Juli, August) brachte in Innsbruck mit 328.159 Ankünften und 594.892 Nächtigungen neue Rekordwerte. 23,5% aller Ankünfte des gewerblichen Bereichs (70.086) entfielen auf die 2/1-Sterne-Betriebe.

Tourismus in den Sommermonaten seit 1999

Grafik 13



Die Nächtigungszahl der Sommermonate 2024 überragte die bis dato gültige Rekordmarke des Sommers 2023 um 13.804 Nächtigungen.

Trotz schlechten Wetters schaffte auch der September 2024 leichte Steigerungsraten im Vergleich zum Vorjahresseptember.

Bei den Nächtigungen waren es die Monate Juli und August, die für neue Rekorde verantwortlich zeichneten. Im Juli wurden 219.951 Übernachtungen und damit annähernd 10.000 mehr als im Juli 2023 (209.985) verbucht. Der August generierte mit 212.864 Nächtigungen seinerseits einen Überschuss in der Höhe von rund 7.000 Nächtigungen im Vergleich zum Vorjahresaugust (205.886). Einzig der Juni blieb mit 162.077 Übernachtungen etwas hinter dem Juni 2023 (165.217) zurück. Unterm Strich standen für die drei Sommermonate 2024 594.892 Nächtigungen und damit 13.804 mehr als im Sommer 2023 zu Buche. Von den 594.892 Übernachtungen entfielen 523.837 und damit 88,1% auf Beherbergungsbetriebe des gewerblichen Bereichs. Von diesen wiederum ging das größte „Kuchenstück“ (47,0%) an die Hotels der 5/4-Sterne-Kategorie. Wie bei den Ankünften, so zeigte sich auch bei den Nächtigungen in den vergangenen drei Jahren eine beachtliche Steigerung im Bereich der Unterkünfte mit einem oder zwei Sternen. Im Durchschnitt der Jahre 1999 bis 2021 registrierten die Betriebe dieser Kategorie ca. 50.000 Übernachtungen. 2022 kam es zu einer Verdoppelung auf 102.507 und im Jahr 2023 zu einer weiteren Steigerung auf 130.853 Übernachtungen.

Trotz des verregneten Septembers fällt die Tourismusbilanz auch dann gut aus, wenn man anstelle der drei Sommermonate die Monate des 3. Quartals (Juli, August, September) einer Betrachtung unterzieht. Im Vergleich zum 3. Quartal 2023 konnte bei den Ankünften ein Plus von 4,1% und bei den Übernachtungen ein Plus von 2,9% vermeldet werden. Selbst der wettermäßig durchwachsene September brachte es im Vorjahresvergleich, wenn auch in weit geringerem Ausmaß als die Monate Juli und August, auf Steigerungsraten von 1,7% (Ankünfte) bzw. 0,4% (Nächtigungen). Im Vergleich zum Juli und August, die eine Bettenauslastung von 78,4% bzw. 76,7% aufgewiesen hatten, fiel selbige im September auf 63,6% ab.

Ankünfte in den Sommermonaten (Juni, Juli, August) seit 2005

Tabelle 4

Jahr	Gewerbliche Beherbergungsbetriebe				Sonstige ¹⁾	Insgesamt
	5/4-Sterne	3-Sterne	2/1-Sterne	zusammen		
2005	129 131	50 470	20 043	199 644	30 691	230 335
2006	128 608	56 253	24 133	208 994	29 653	238 647
2007	139 724	59 745	22 919	222 388	33 504	255 892
2008	128 457	58 751	22 330	209 538	39 285	248 823
2009	122 275	52 422	20 608	195 305	17 503	212 808
2010	145 471	56 739	23 241	225 451	23 416	248 867
2011	152 500	58 985	23 271	234 756	27 319	262 075
2012	143 720	72 397	22 657	238 774	22 221	260 995
2013	153 417	72 325	21 492	247 234	23 942	271 176
2014	156 953	71 246	23 532	251 731	24 753	276 484
2015	169 276	89 870	26 295	285 441	27 171	312 612
2016	160 666	88 324	22 041	271 031	29 037	300 068
2017	161 384	92 855	20 290	274 529	28 925	303 454
2018	166 934	95 587	28 405	290 926	31 208	322 134
2019	173 316	85 807	26 968	286 091	34 081	320 172
2020	70 170	34 375	15 741	120 286	14 166	134 452
2021	79 970	42 811	23 016	145 797	18 148	163 945
2022	130 257	56 346	51 448	238 051	27 722	265 773
2023	140 377	80 113	64 354	284 844	28 033	312 877
2024	148 455	79 981	70 086	298 522	29 637	328 159

1) Privatquartiere, Campingplätze, Jugendherbergen, Schulungsheime, Schutzhütten

Quelle: Stadt Innsbruck; Tourismusverband Innsbruck und seine Feriendörfer

EINBÜRGERUNGEN

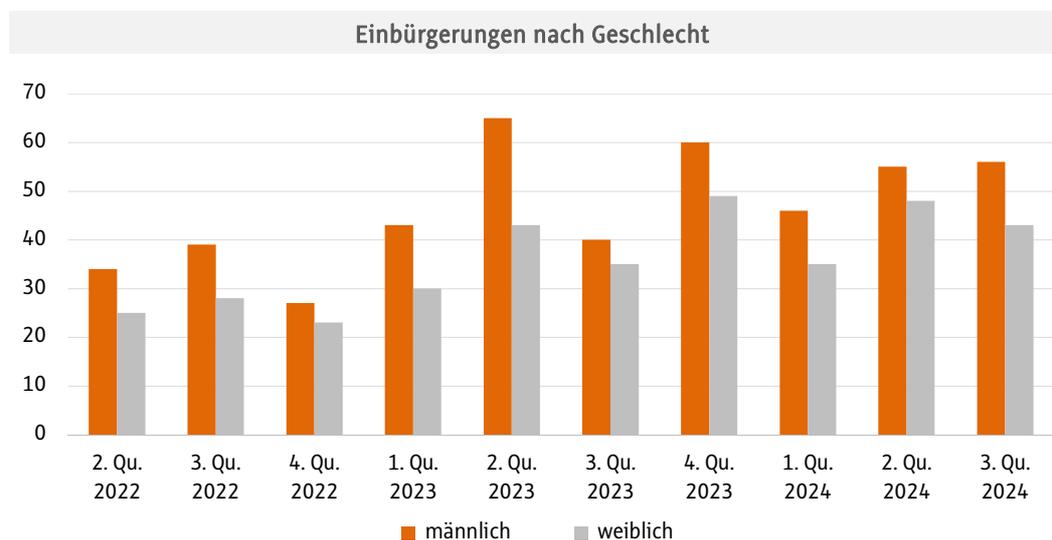
Merkmal	3./2024	2./2024	1./2024	4./2023	3./2023
Einbürgerungen	99	103	81	109	75
davon männlich	56	55	46	60	40
davon weiblich	43	48	35	49	35
Erwerbsgrund ¹⁾					
Ermessen	5	4	11	11	8
Rechtsanspruch	64	69	48	79	36
Erstreckung	30	30	22	19	31
Einbürgerungsrate ²⁾	0,23	0,24	0,19	0,26	0,18

1) Einbürgerungen nach StbG 1985 idF Novelle 2013: Ermessen: §10; Rechtsanspruch: §§11a, 11b, 12-14, 25, 57, 58c, 64a Art. I; Erstreckung: §§ 16, 17; 2) Anzahl der Einbürgerungen auf 100 in Innsbruck lebende Ausländer

Quelle: Statistik Austria; vorläufige Werte

HAUPTWOHNSITZWANDERUNG

Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023
<i>Zuzüge insgesamt</i>	<i>1 026</i>	<i>938</i>	<i>1 371</i>	<i>3 335</i>	<i>3 408</i>
darunter Ausländer	714	663	1 048	2 425	2 470
Alter der Zuwandernden					
unter 20 Jahre	155	137	226	518	572
20 bis unter 40 Jahre	664	619	972	2 255	2 286
40 bis unter 60 Jahre	166	154	142	462	437
über 60 Jahre	41	28	31	100	113
<i>Wegzüge insgesamt</i>	<i>1 249</i>	<i>1 051</i>	<i>931</i>	<i>3 231</i>	<i>3 204</i>
darunter Ausländer	786	658	588	2 032	1 936
Alter der Wegziehenden					
unter 20 Jahre	168	139	90	397	479
20 bis unter 40 Jahre	830	694	654	2 178	2 098
40 bis unter 60 Jahre	185	160	149	494	494
über 60 Jahre	66	58	38	162	133
Wanderungssaldo (+/-)					
<i>Hauptwohnsitz insgesamt</i>	<i>-223</i>	<i>-113</i>	<i>440</i>	<i>104</i>	<i>204</i>
davon Inländer	-151	-118	-20	-289	-330
davon Ausländer	-72	5	460	393	534



Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023

NEBENWOHNSITZWANDERUNG

<i>Zuzüge insgesamt</i>	360	359	1 324	2 043	1 800
darunter Ausländer	243	232	849	1 324	1 245
Alter der Zuwandernden					
unter 20 Jahre	59	57	480	596	563
20 bis unter 40 Jahre	209	215	753	1 177	983
40 bis unter 60 Jahre	52	53	68	173	169
über 60 Jahre	40	34	23	97	85
<i>Wegzüge insgesamt</i>	672	548	474	1 694	1 656
darunter Ausländer	423	338	301	1 062	1 073
Alter der Wegziehenden					
unter 20 Jahre	46	29	19	94	110
20 bis unter 40 Jahre	503	405	325	1 233	1 243
40 bis unter 60 Jahre	86	69	82	237	226
über 60 Jahre	37	45	48	130	77
Wanderungssaldo (+/-)					
<i>Nebenwohnsitz insgesamt</i>	-312	-189	850	349	144
davon Inländer	-132	-83	302	87	-28
davon Ausländer	-180	-106	548	262	172

INNERSTÄDTISCHE UMZÜGE (Zieladresse Hauptwohnsitz)

<i>Umzüge insgesamt</i>	1 089	834	1 017	2 940	3 105
Alter der Umziehenden					
unter 20 Jahre	173	120	168	461	488
20 bis unter 40 Jahre	654	533	631	1 818	1 908
40 bis unter 60 Jahre	167	121	133	421	458
über 60 Jahre	95	60	85	240	251

INNERSTÄDTISCHE UMZÜGE (Zieladresse Nebenwohnsitz)

<i>Umzüge insgesamt</i>	142	135	166	443	437
Alter der Umziehenden					
unter 20 Jahre	8	8	3	19	27
20 bis unter 40 Jahre	118	115	154	387	378
40 bis unter 60 Jahre	11	6	8	25	19
über 60 Jahre	5	6	1	12	13

BEVÖLKERUNGSSTAND (gemeldete Personen) ¹⁾

<i>Einwohner mit Hauptwohnsitz</i>	132 273	132 159	132 581	132 338	131 578
davon Ausländer	42 101	42 120	42 567	42 263	40 757
<i>Einwohner mit Nebenwohnsitz</i>	26 718	26 474	27 275	26 822	25 989
davon Ausländer	13 339	13 180	13 680	13 400	12 746
<i>Anwesende Bevölkerung</i>	158 991	158 633	159 856	159 160	157 566
davon Ausländer	55 440	55 300	56 247	55 662	53 503

1) Stand Monatsende

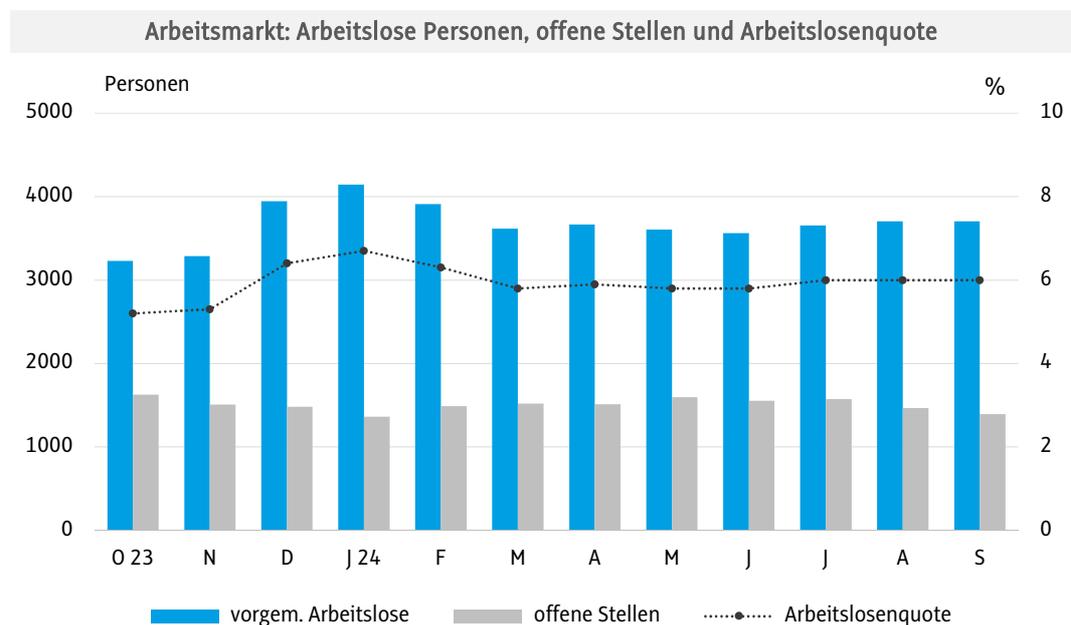
Quelle: Lokales Melderegister

ARBEITSMARKT

Merkmal	September				
	Jul.	Ende Aug.	Sep.	2023	2022
Gemeldete offene Stellen	1 570	1 465	1 390	1 701	2 009
Vorgemerkte Arbeitslose insgesamt	3 653	3 703	3 702	3 118	3 039
<i>Männliche Arbeitslose</i>	2 153	2 114	2 126	1 806	1 687
davon aus land- u. forstw. Berufen	11	14	14	11	14
Berufen in Industrie u. Gewerbe	867	821	789	718	647
Handels- u. Verkehrsberufen	347	346	363	300	289
Dienstleistungsberufen	390	399	432	334	316
Technischen Berufen	126	130	132	110	88
Verwaltungs- u. Büroberufen	240	238	230	191	181
Gesundheits- u. Lehrberufen	161	157	156	134	123
Unbestimmten Berufen	11	9	10	8	29
<i>Weibliche Arbeitslose</i>	1 500	1 589	1 576	1 312	1 352
davon aus land- u. forstw. Berufen	6	5	7	6	10
Berufen in Industrie u. Gewerbe	156	170	180	159	159
Handels- u. Verkehrsberufen	275	299	287	234	225
Dienstleistungsberufen	482	474	487	402	440
Technischen Berufen	62	63	50	45	34
Verwaltungs- u. Büroberufen	234	273	291	218	215
Gesundheits- u. Lehrberufen	272	295	260	239	240
Unbestimmten Berufen	13	10	14	9	29
Arbeitslose (15 bis 24 Jahre)	335	347	430	382	342
Arbeitslose (50 Jahre und älter)	982	955	948	837	897
Ausländische Arbeitslose	1 774	1 781	1 770	1 435	1 261
Arbeitslosenquote (%)	6,0	6,0	6,0	5,1	4,9
Stellenandrangziffer ¹⁾	2,3	2,5	2,7	1,8	1,5
Gemeldete offene Lehrstellen	185	169	159	144	160
Vorgemerkte Lehrstellensuchende	181	175	178	148	132

1) Arbeitslose je offener Stelle

Quelle: Arbeitsmarktservice Tirol (AMS)



Merkmal	3./2024	2./2024	1./2024	4./2023	3./2023
---------	---------	---------	---------	---------	---------

GEBÄUDEBESTAND ¹⁾

Gebäudeanzahl	16 669	16 617	16 588	16 549	16 463
Gebäude mit Wohnungen	11 466	11 462	11 462	11 455	11 425
Gebäude ohne Wohnungen	5 203	5 155	5 126	5 094	5 038

BESTAND AN NUTZUNGSEINHEITEN ¹⁾

Nutzungseinheiten	107 865	107 297	106 925	106 392	105 568
davon Wohnungen	79 612	79 484	79 396	79 212	78 791
davon sonstige NTZ	28 253	27 813	27 529	27 180	26 777

BAUTÄTIGKEIT ²⁾

Merkmal	3. Quartal				
	Jul.	Monat Aug.	Sep.	2024	2023
<i>Bewilligungen insgesamt</i>	70	158	26	254	170
davon in neuen Gebäuden	2	74	1	77	86
davon in bestehenden Gebäuden	68	84	25	177	84
Zahl der baubewilligten Wohnungen	39	56	10	105	77
<i>Fertigstellungen insgesamt</i>	199	54	46	299	610
davon in neuen Gebäuden	157	14	4	175	484
davon in bestehenden Gebäuden	42	40	42	124	126
Zahl der fertiggestellten Wohnungen	149	29	12	190	477

Fertiggestellte Wohnungen nach Statistischen Stadtteilen

Innenstadt	-	1	-	1	6
Mariahilf-St. Nikolaus	-	-	-	-	-
Dreiheiligen-Schlachthof	-	13	-	13	118
Saggen	1	1	-	2	2
Wilten	2	-	1	3	14
Sieglanger/Mentlberg	-	2	-	2	-
Pradl	138	1	-	139	221
Reichenau	-	-	-	-	48
Hötting	1	-	-	1	2
Höttinger Au	2	2	3	7	-
Hötting West	4	5	5	14	10
Hungerburg	-	-	1	1	3
Mühlau	1	3	1	5	7
Gewerbegebiet Mühlau/Arzl	-	-	-	-	-
Arzl	-	1	1	2	7
Olympisches Dorf	-	-	-	-	-
Amras	-	-	-	-	1
Gewerbegebiet Roßau	-	-	-	-	-
Vill	-	-	-	-	3
Igls	-	-	-	-	35

1) Die angegebenen Zahlen zum Gebäude- und Nutzungseinheitenbestand unterliegen einer ständigen Korrektur. Ihre Aktualität bezieht sich auf den Auswertungstichtag (Quartalsbeginn).

2) Auswertungstichtag: 1. Dezember; ohne Abbruch

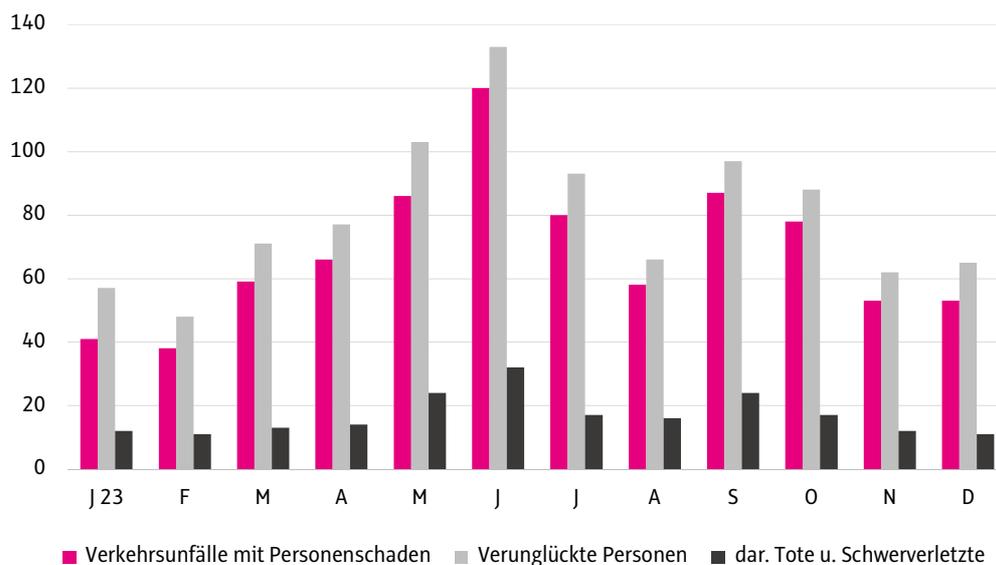
Quelle: AGWR II online

STRASSENVERKEHRSUNFÄLLE MIT PERSONENSCHADEN

Merkmal	Jahr				
	2019	2020	2021	2022	2023
<i>Straßenverkehrsunfälle insgesamt</i>	890	794	747	855	819
davon im Ortsgebiet	831	751	708	813	771
davon im Freiland	59	43	39	42	48
darunter Alkoholunfälle	55	36	40	58	56
<i>Verunglückte insgesamt</i>	1 058	961	887	1 003	960
davon im Ortsgebiet	978	897	828	946	897
davon im Freiland	80	64	59	57	63
davon getötet	1	5	4	3	7
davon schwer verletzt	190	185	163	197	196
davon leicht verletzt	867	771	720	803	757
davon Lenker	780	691	649	770	711
davon Mitfahrer	178	172	140	157	141
davon Fußgänger	100	98	98	76	108

Quelle: Statistik Austria

Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2023 nach Monaten



KRAFTFAHRZEUGBESTAND

Merkmal	Jahresende				
	2019	2020	2021	2022	2023
<i>Kraftfahrzeuge insgesamt</i>	75 255	75 967	76 784	76 261	76 374
darunter Personenkraftwagen	57 303	57 706	58 029	57 425	57 351
darunter Motorfahräder	3 053	2 960	2 849	2 707	2 571
darunter Motorräder	7 143	7 355	7 549	7 711	7 882
darunter Lastkraftwagen	5 940	6 083	6 401	6 399	6 453
darunter Zugmaschinen	617	627	636	641	657
darunter sonstige KFZ	1 002	1 054	1 138	1 212	1 269
Anhänger mit/ohne Nutzlast	4 178	4 206	4 241	4 205	4 193

Quelle: Statistik Austria

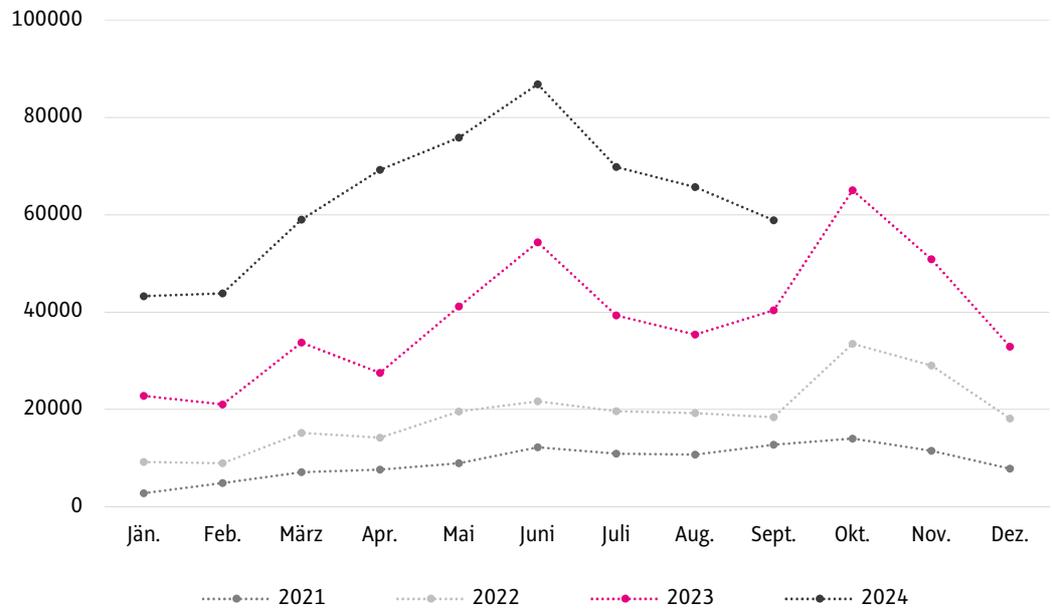
Merkmal	Monat				
	Jul.	Aug.	Sep.	3. Quartal	
				2024	2023

ÖFFENTLICHE VERKEHRSMITTEL

<i>Straßenbahnlinien 1, 2, 3 und 5</i>					
beförderte Personen	2 590 967	2 504 468	2 468 598	7 564 033	7 363 221
<i>Straßenbahnlinie 6 (Igeler)</i>					
beförderte Personen	5 721	5 530	5 451	16 702	1 733
<i>Stubaitalbahn</i>					
beförderte Personen	96 854	94 652	126 266	317 772	323 459
<i>Omnibuslinien im Ortsverkehr</i>					
beförderte Personen	3 396 842	3 284 974	3 234 909	9 916 725	9 043 767
<i>Omnibuslinien im Nahverkehr</i>					
beförderte Personen	784 661	764 272	817 206	2 366 139	2 065 415

Quelle: Innsbrucker Verkehrsbetriebe GmbH

Entlehnung von „Stadträdern“ in Innsbruck nach Monaten



FAHRRADVERLEIHSYSTEM „STADTRAD INNSBRUCK“

Verleihstationen	49	50	51	50	48
Räder	515	515	515	515	433
Ausleihungen	69 794	65 673	58 836	194 303	115 086

Quelle: Innsbrucker Verkehrsbetriebe GmbH

FLUGVERKEHR

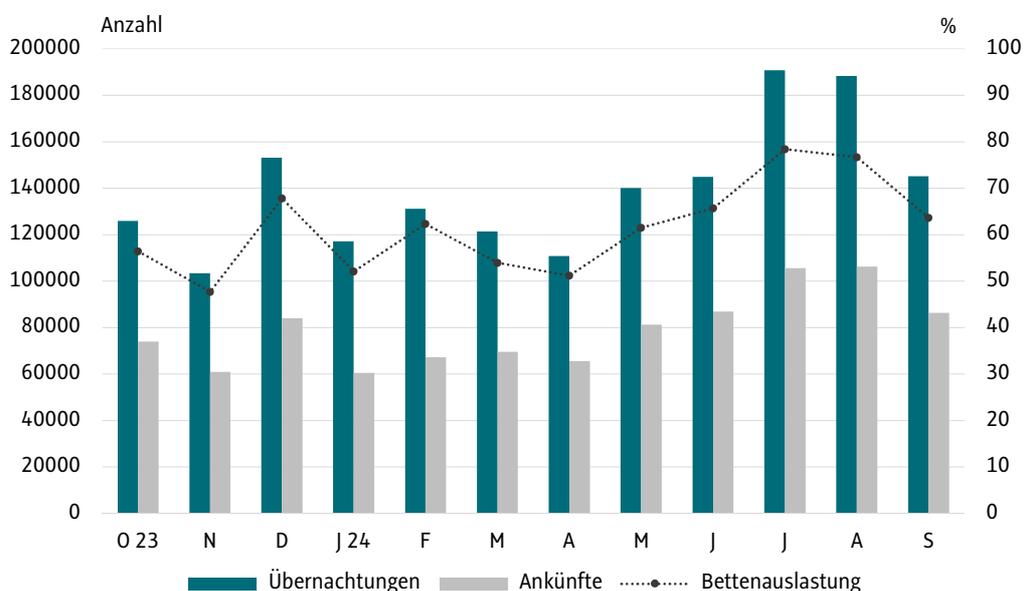
An- bzw. Abflüge	359	343	333	1 035	1 490
davon Linienflüge	236	234	214	684	1 242
davon Charterflüge	123	109	119	351	248
Fluggäste (Linien und Charter)	34 310	34 739	31 866	100 915	135 010
Allgemeine Luftfahrt (Flüge)	3 111	3 329	2 234	8 674	9 378

Quelle: Tiroler Flughafens Betriebs-GmbH

GEWERBLICHE BEHERBERGUNGSBETRIEBE

Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023
Betriebe	109	111	109	110	103
Betten	7 849	7 917	7 586	7 784	7 560
<i>Ankünfte insgesamt</i>	<i>105 560</i>	<i>106 161</i>	<i>86 231</i>	<i>298 042</i>	<i>286 406</i>
davon aus Österreich	18 114	18 085	19 186	55 385	53 718
davon aus dem Ausland	87 446	88 076	67 135	242 657	232 688
davon in Betrieben mit ... Sternen					
5/4 Sterne	51 834	52 530	43 286	147 650	141 939
3 Sterne	28 239	28 370	23 400	80 009	82 523
2/1 Sterne	25 487	25 261	19 635	70 383	61 944
<i>Übernachtungen insgesamt</i>	<i>190 783</i>	<i>188 208</i>	<i>145 174</i>	<i>524 165</i>	<i>509 366</i>
davon aus Österreich	31 210	32 489	31 944	95 643	98 778
davon aus dem Ausland	159 573	155 719	113 230	428 522	410 588
darunter aus Deutschland	37 020	42 859	34 725	114 604	113 115
Frankreich	4 393	7 172	2 538	14 103	14 298
Italien	6 252	19 845	5 499	31 596	29 585
Schweiz/Liechtenstein	8 037	6 684	6 232	20 953	21 282
Spanien	4 083	5 527	2 307	11 917	16 161
Vereinigtes Königreich	7 283	7 212	5 941	20 436	17 065
Australien u. Neuseeland	2 832	2 366	3 406	8 604	8 351
USA	25 099	14 336	15 517	54 952	51 958
Russland	189	256	190	635	578
davon in Betrieben mit ... Sternen					
5/4 Sterne	86 840	87 605	70 075	244 520	234 843
3 Sterne	49 805	52 322	39 835	141 962	149 843
2/1 Sterne	54 138	48 281	35 264	137 683	124 680

Ankünfte und Übernachtungen in gewerblichen Beherbergungsbetrieben



Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023
GEWERBLICHE BEHERBERGUNGSBETRIEBE					
Durchschn. Aufenthaltsdauer in Tagen	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8
davon in Betrieben mit ... Sternen					
5/4 Sterne	1,7	1,7	1,6	1,7	1,7
3 Sterne	1,8	1,8	1,7	1,8	1,8
2/1 Sterne	2,1	1,9	1,8	2,0	2,0
Durchschn. Bettenauslastung (%)	78,4	76,7	63,6	73,1	73,9
davon in Betrieben mit ... Sternen					
5/4 Sterne	79,6	80,3	66,4	75,5	73,0
3 Sterne	74,1	77,9	61,0	71,1	75,1
2/1 Sterne	80,8	69,9	61,7	71,2	74,3

SONSTIGE BEHERBERGUNGSBETRIEBE ¹⁾

Fremdenankünfte	11 153	11 020	6 402	28 575	28 199
Fremdenübernachtungen	29 168	24 656	15 568	69 392	67 983

1) Privatquartiere, Campingplätze, Jugendherbergen, Schulungsheime, Schutzhütten
 Quellen: MA I, Statistik; Tourismusverband Innsbruck und seine Feriendörfer

CONGRESS UND MESSE INNSBRUCK

Kongresse, Ausstellungen	3	-	9	12	19
Veranstaltungen	8	8	17	33	36
Teilnehmer	5 830	3 745	23 490	33 065	32 321

Quelle: Congress und Messe Innsbruck GmbH

LANDESTHEATER

Vorstellungen	8	-	12	20	20
Besucher	3 456	-	3 629	7 085	8 008
Durchschnittliche Platzausnützung (%)	88,9	-	62,9	75,9	88,8

Quelle: Tiroler Landestheater und Orchester GmbH Innsbruck

KAMMER-, MEISTER- UND SYMPHONIEKONZERTE

Besucher	-	-	-	-	-
----------	---	---	---	---	---

Quelle: Tiroler Landestheater und Orchester GmbH Innsbruck; Innsbrucker Festwochen der Alten Musik GmbH

INNSBRUCKER ALPENZOO

Besucher	40 783	41 106	22 643	104 532	102 400
----------	--------	--------	--------	---------	---------

Quelle: Innsbrucker Alpenzoo

BÄDER UND SAUNEN

Besucher der städtischen ...					
Hallenbäder	19 463	11 128	29 793	60 384	59 058
Freibäder	116 069	115 850	21 440	253 359	244 660
Saunen	2 017	2 499	7 506	12 022	8 929

Quelle: Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023

KINDER- UND JUGENDHILFE

Minderjährige Mütter	3	1	1	2	2
Rechtsvertretung	1 193	1 200	1 193	1 195	1 161

Quelle: MA II, Referat Kinder- und Jugendhilfe - Rechtsvertretung

KRANKENANSTALTEN

Bettenzahl	1 623	1 623	1 623	1 623	1 711
Zahl der Patienten					
Stationäre Aufnahmen	6 590	6 183	6 170	18 943	17 946
Spitalsentlassungen	6 397	6 254	6 095	18 746	18 115
Stand am Monatsende	905	834	909	883	915
Verpflegstage	35 076	35 062	34 821	104 959	103 982
Ø Bettenausnutzung (%)	69,7	69,7	71,5	70,3	66,1
Verweildauer (Tage)	5,5	5,6	5,7	5,6	5,7

Quelle: TILAK; Sanatorium der Barmherzigen Schwestern; Militärspital

INNSBRUCKER MENÜ SERVICE

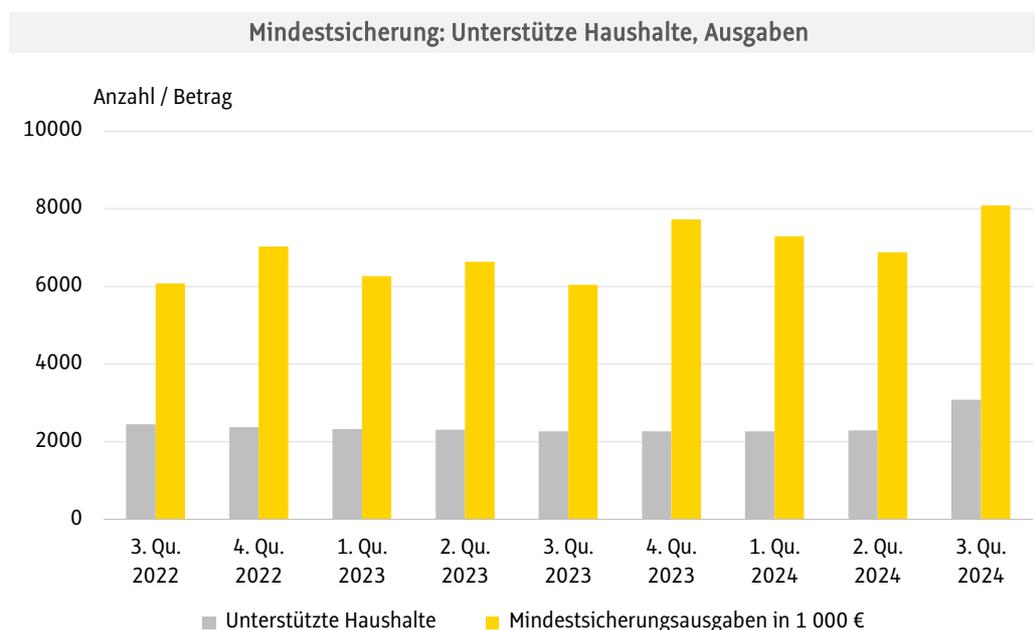
Versorgte Personen	778	799	799	792	814
Verabreichte Essen	16 507	16 511	16 157	49 175	51 193

Quelle: Innsbrucker Soziale Dienste gemeinnützige GmbH

MINDESTSICHERUNG

Merkmal	Nettoausgaben in 1.000 Euro				
	3./2024	2./2024	1./2024	4./2023	3./2023
Mindestsicherungsausgaben insgesamt	8 083	6 878	7 291	7 720	6 039
dav. Sicherung des Lebensunterhalts	3 634	3 611	3 610	3 092	2 997
dav. Sicherung des Wohnbedarfes	3 925	2 848	3 256	4 210	2 562
Schutz bei Krankheit/Krankenversich.	412	402	399	371	366

Quelle: MA II, Referat Mindestsicherung



Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023
HAUSKRANKENPFLEGE ¹⁾; PFLEGEHILFE UND HAUSHALTSHILFE					
Haushalts- und Altenhilfe					
<i>Versorgte Personen; Einrichtungen</i>	629	634	641	635	679
männlich	232	232	236	233	246
weiblich	397	402	405	401	433
davon in keiner Pflegestufe	175	178	187	180	207
Pflegestufe 1	146	147	143	145	141
Pflegestufe 2	100	102	101	101	127
Pflegestufe 3	137	135	140	137	134
Pflegestufe 4	57	58	55	57	53
Pflegestufe 5	10	10	11	10	12
Pflegestufe 6	3	3	3	3	5
Pflegestufe 7	1	1	1	1	0
darunter bis 40. Lebensjahr	8	9	11	9	11
41 bis 50	21	21	22	21	26
51 bis 60	51	49	48	49	52
61 bis 65	42	42	43	42	38
66 bis 70	38	37	38	38	45
71 bis 75	62	62	62	62	71
76 bis 80	105	100	103	103	120
81 bis 85	141	147	146	145	155
86 bis 90	100	104	103	102	95
über 90	61	63	65	63	66
Pflegestunden insgesamt	4 297	4 114	4 003	12 414	12 808
Haushaltshilfe	2 192	2 063	1 961	6 216	6 425
Pflegehilfe	995	873	957	2 826	2 974
Hauskrankenpflege ¹⁾	488	608	504	1 600	1 595
Hauskrankenpflege (medizin.)	80	75	66	221	177

1) nichtmedizinische Hauskrankenpflege

VERANSTALTUNGEN IN SOZIALZENTREN

Eigenveranstaltungen	37	23	32	92	97
Teilnehmer	474	283	938	1 695	2 887
Fremdveranstaltungen	143	72	217	432	428
Teilnehmer	1 613	646	2 200	4 459	6 158

Quelle: Innsbrucker Soziale Dienste gemeinnützige GmbH

MITTAGSTISCH IN STÄDTISCHEN SCHULEN, KINDERGÄRTEN, HORTEN

<i>Mittagstisch in städt. Schulen</i>					
Tagesheimschulen	30	30	30	30	30
betreute Kinder	2 220	-	3 031	2 626	2 396
konsumierte Essen	5 973	-	26 612	32 585	27 807
<i>Mittagstisch in st. Kindergärten ¹⁾</i>					
Kindergärten	-	9	29	29	30
betreute Kinder	-	761	906	834	772
konsumierte Essen	-	13 100	8 983	22 083	19 761
<i>Mittagstisch in städt. Horten ¹⁾</i>					
Horte	-	3	9	9	9
betreute Kinder	-	243	322	283	306
konsumierte Essen	-	3 465	3 733	7 198	7 234

1) Die für den Monat August ausgewiesenen Daten umfassen den gesamten Ferienbetrieb im Juli, August und September

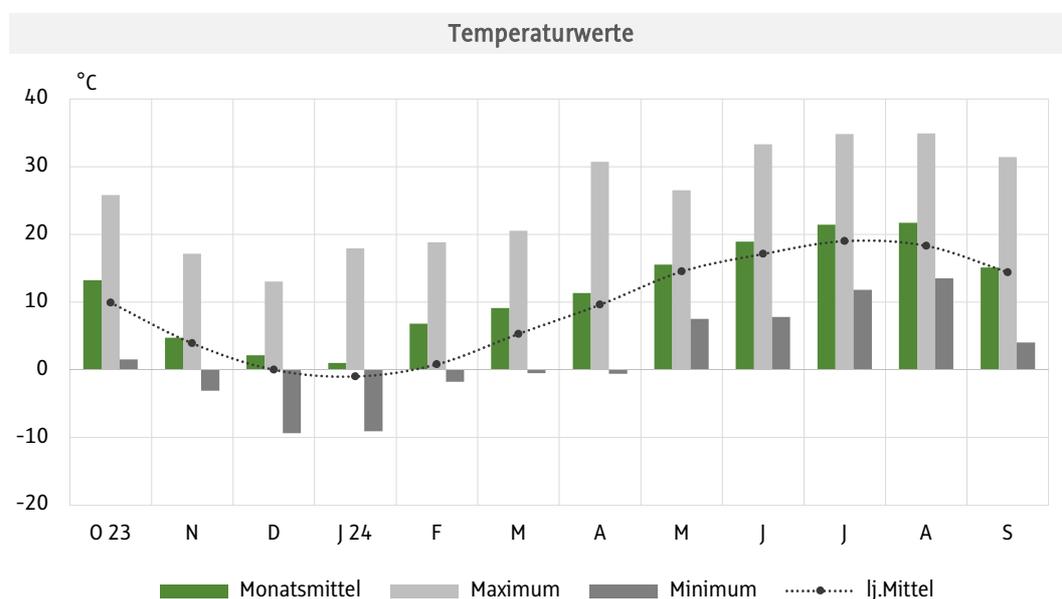
Quelle: MA V, Referat Nachmittagsbetreuung, Referat Standortentwicklung und Tagesbetreuung

Merkmal	3. Quartal				
	Jul.	Monat Aug.	Sep.	2024	2023

WITTERUNGSÜBERSICHT

Luftdruck-Monatsmittel (hPa)	945,4	946,1	944,8	945,4	946,6
Maximum	953,3	952,9	956,4	956,4	957,0
Tag	28.	10.	29.	29.9.	4.9.
Minimum	937,1	938,9	932,6	932,6	931,4
Tag	6.	18.	26.	26.9.	2.8.
Lufttemperatur-Monatsmittel (°C)	21,4	21,7	15,1	19,4	19,6
Maximum	34,8	34,9	31,4	34,9	37,3
Tag	31.	12.	4.	12.8.	11.7.
Minimum	11,8	13,5	4,0	4,0	5,4
Tag	4.	26.	14.	14.9.	25.9.
Mittlere relative Feuchtigkeit (%)	68	69	71	69	70
Sonnenscheindauer (Stunden)	221,5	235,4	162,0	618,9	675,5
Bewölkungsmittel (Zehntel)	7,7	7,3	8,2	7,7	6,8
Niederschlagsmenge (mm)	105,3	60,6	152,9	318,8	341,1
Größte Tagesmenge (mm)	25,0	14,7	43,3	43,3	61,4
Tag	19.	20.	13.	13.9.	27.8.
Summe der Neuschneehöhen (cm)	-	-	-	-	-
Tage mit Niederschlägen	20	10	14	44	44
davon mit Regen	20	10	14	44	44
davon mit Schneeregen	-	-	-	-	-
davon mit Schneefall	-	-	-	-	-
Tage mit Schneedecke	-	-	-	-	-
Gewitter	4	4	1	9	13
Tage mit Südföhn	1	-	5	6	7
Frosttage (Minimum < 0 °C)	-	-	-	-	-
Eistage (Maximum < 0 °C)	-	-	-	-	-
Sommertage (Maximum > 25 °C)	26	27	9	62	60
Tropentage (Maximum > 30 °C)	11	15	2	28	31
Heitere Tage (Bewölkung \leq 2,0)	-	2	-	2	6
Trübe Tage (Bewölkung \geq 8,0)	15	16	19	50	37
Tage ohne Sonne	-	-	5	5	8

Quelle: geoSphere, Station Innsbruck-Universität



Merkmal	Standort	Monat			3. Quartal	
		Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023

MESSERGEBNISSE DER IMMISSIONSÜBERWACHUNG

Schwefeldioxid (SO₂)

Monatsmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	0	1	1	1	1
Max. Tagesmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	1	1	1	1	2

Stickstoffdioxid (NO₂)

Monatsmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	11	12	14	12	14
	Andechsstr.	9	10	13	11	13
	Sadrach	5	6	7	6	7
Max. Tagesmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	14	16	24	24	28
	Andechsstr.	11	15	22	22	27
	Sadrach	7	7	11	11	13
Max. Achtstundenmittel im Monat (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	19	22	31	31	44
	Andechsstr.	17	22	33	33	41
	Sadrach	10	10	14	14	17

Ozon (O₃)

Monatsmittel (µg/m ³)	Andechsstraße	54	51	50	52	47
	Sadrach	62	62	61	62	58
	Nordkette	92	99	94	95	90
Max. Tagesmittel (µg/m ³)	Andechsstraße	74	67	83	83	85
	Sadrach	80	82	87	87	92
	Nordkette	115	126	126	126	113
Max. Achtstundenmittel im Monat (µg/m ³)	Andechsstraße	100	106	107	107	117
	Sadrach	108	113	113	113	120
	Nordkette	144	132	132	144	123

Feinstaub PM₁₀ grav.

Monatsmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	12	14	10	12	14
	Andechsstr.	12	13	9	11	13
Max. Tagesmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	30	21	21	30	33
	Andechsstr.	28	19	20	28	31

Feinstaub PM_{2,5} grav.

Monatsmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	8	10	6	8	7
Max. Tagesmittel (µg/m ³)	Fallmerayerstr.	16	15	12	16	18

Kohlenmonoxid (CO)

Monatsmittel (mg/m ³)	Fallmerayerstr.	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
Max. Tagesmittel (mg/m ³)	Fallmerayerstr.	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3

Quelle: Amt der Tiroler Landesregierung, Abteilung Waldschutz - Luftgüte

Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023

WASSERVERSORGUNG

Wasserdargebot aller eingeleiteter Quellen					
<i>insgesamt (1.000 m³)</i>	4 327	4 138	3 362	11 827	9 703
Schüttung der Mühlauer Quellen					
Max. Schüttung (l/sec.)	1 481	1 464	1 285	1 481	1 136
Min. Schüttung (l/sec.)	1 350	1 291	1 197	1 197	1 083
Wasserabgabe insgesamt (1.000 m ³)	969	958	905	2 832	2 688
Angeschlossene Objekte	12 755	12 757	12 760	12 757	12 732

Quelle: Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

STROMVERSORGUNG – NETZSTATISTIK (MWh)

Bruttoeinspeisung	66 965	63 819	63 970	194 754	187 871
davon aus dem TIWAG-Netz	21 875	26 126	31 319	79 319	75 253
davon von Stromerzeugern	45 090	37 694	32 651	115 435	112 618
Netzverluste	2 624	2 565	2 585	7 775	7 589
Lieferung in das TIWAG-Netz	2 707	995	714	4 415	1 225
Abgabe aus dem Netz an Verbraucher	61 634	60 259	60 671	182 564	179 057

Quelle: Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

GASVERSORGUNG

Gasbezug (1.000 Nm ³)	1 625	1 553	2 719	5 897	4 916
Angeschlossene Objekte	7 148	7 148	7 147	7 148	7 170

Quelle: TIGAS-Erdgas Tirol GmbH

INNSBRUCKER KLÄRANLAGE ¹⁾

Behandelte Abwassermenge (1.000 m ³)	2 416	1 623	1 762	5 801	5 144
Schmutzstoffe					
Organische Verschmutzung (BSB ₅ ²⁾)					
Zulaufrecht (in Tonnen)	489,0	542,0	635,0	1 666,0	1 496,0
Restverschmutzung (Tonnen)	8,9	4,1	6,0	19,0	20,8
Reinigungsleistung in %	98,0	99,0	99,0	98,9	98,6
Stickstoff					
Zulaufrecht (in Tonnen)	79,9	77,3	85,0	242,2	233,8
Restverschmutzung (Tonnen)	24,1	8,1	12,0	44,2	41,8
Reinigungsleistung in %	70,0	90,0	86,0	81,8	82,1
Phosphor					
Zulaufrecht (in Tonnen)	9,5	9,6	9,6	28,7	28,7
Restverschmutzung (Tonnen)	1,2	0,3	0,5	2,0	1,8
Reinigungsleistung in %	88,0	97,0	95,0	93,0	93,7

1) Das Entsorgungsgebiet umfasst Innsbruck und 14 Umlandgemeinden; Rundungsfehler nicht ausgeglichen

2) BSB₅: Biologischer Sauerstoffbedarf in 5 Tagen

Quelle: Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

Merkmal	Monat			3. Quartal	
	Jul.	Aug.	Sep.	2024	2023

MECHANISCHE ABFALLSORTIERANLAGE AHRENTAL ¹⁾ (in Tonnen)

Anlieferung insgesamt	6 094,0	5 462,3	6 103,9	17 660,3	17 126,8
davon Hausmüll ²⁾	5 171,1	4 556,8	5 111,1	14 839,0	14 590,7
davon Sperrmüll	903,3	893,7	967,5	2 764,4	2 494,4
davon sonstige Abfälle	19,6	11,9	25,4	56,9	41,8

1) Gesamtmenge Innsbrucker Kommunalbetriebe AG und Abfallwirtschaft Tirol Mitte GmbH

2) inklusive hausmüllähnlicher Gewerbeabfall

DEPONIERUNG AHRENTAL ¹⁾ (in Tonnen)

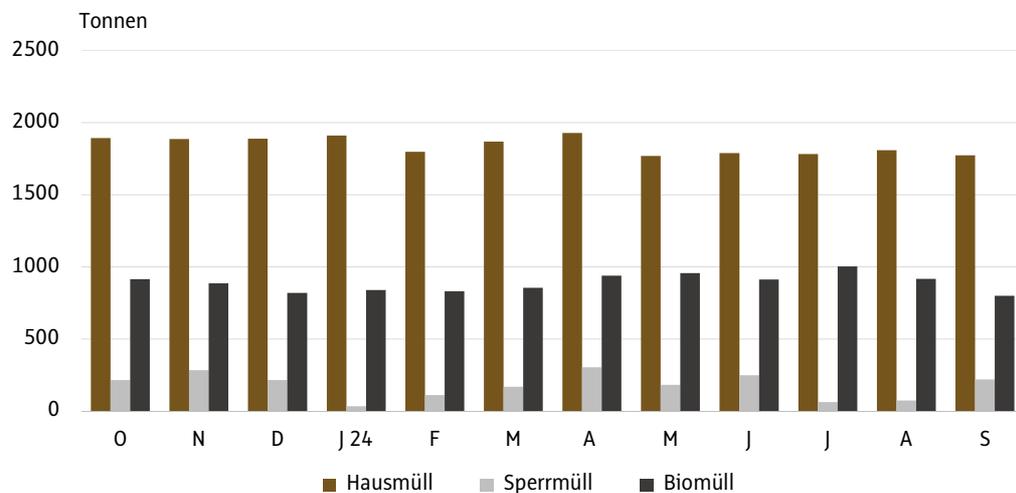
Anlieferung insgesamt	3 126,3	1 129,3	1 388,8	5 644,4	6 774,7
davon Baurestmassen	1 215,4	899,7	1 320,5	3 435,6	5 487,1
davon Massenabfälle	53,2	24,0	11,0	88,2	128,6
davon Reststoffe	1 850,2	213,0	96,6	2 159,8	1 159,0

1) Keine Deponierung unbehandelter Abfälle ab 1.1.2009; Gesamtmenge IKB AG und ATM GmbH

ABFALLBESEITIGUNG DURCH DIE MÜLLABFUHR (in Tonnen)

Abgeführte Müllmenge insgesamt	2 842,9	2 794,9	2 787,9	8 425,7	8 298,0
davon Hausmüll	1 781,0	1 809,2	1 773,7	5 363,8	5 428,4
davon Sperrmüll	60,6	71,0	216,8	348,4	273,8
davon Biomüll	1 001,3	914,8	797,4	2 713,4	2 595,8

Abfallbeseitigung durch die Müllabfuhr



BESEITIGUNG VON ALT- UND PROBLEMSTOFFEN (in Tonnen)

Altpapier und Kartonagen	709,1	609,6	668,2	1 986,9	1 958,4
Altmetalle - Metallverpackung	42,9	38,2	34,3	115,5	115,9
Altkunststoff	274,2	240,0	244,8	758,9	741,6
Altglas (Hohlglas - Container)	319,4	246,4	234,9	800,7	114,4
Altglas (Flachglas)	9,6	13,7	21,9	45,1	46,2
Problemstoffe	23,4	-	15,3	38,7	50,0
Kühlgeräte	15,1	15,2	14,3	44,5	53,5
Altmetalle - Eisenschrott	78,9	79,4	82,2	240,5	230,1
Elektronikschratt	75,2	61,2	71,2	207,6	200,1

Quelle: Innsbrucker Kommunalbetriebe AG

NATIONALRATSWAHL AM 29. SEPTEMBER 2024

1. Einleitung

In der Zweiten Republik fanden bisher 24 Nationalratswahlen statt – die erste am 25. November 1945 und die letzte am 29. September 2024. Die Legislaturperiode des österreichischen Nationalrats dauert fünf Jahre. Von 1945 bis 2008 betrug die Gesetzgebungsperiode vier Jahre. Vorgezogene Neuwahlen sind möglich, wenn die Mehrheit im Nationalrat eine vorzeitige Auflösung beschließt. Bei der Nationalratswahl werden 183 Abgeordnete gewählt. Für eine Kandidatur benötigt es die Einbringung eines Wahlvorschlags. Wahlvorschläge bedürfen der Unterschrift von drei Abgeordneten zum Nationalrat. Andernfalls müssen ihnen Unterstützungserklärungen in je nach Bundesland unterschiedlichem Ausmaß beigegeben werden. Für eine bundesweite Kandidatur ist die Einbringung von insgesamt neun Wahlvorschlägen (einem je Bundesland) mit insgesamt 2.600 Unterstützungserklärungen notwendig. Ein Wahlvorschlag enthält zumindest eine Landesparteiliste sowie allenfalls so viele Regionalparteilisten, wie der Landeswahlkreis Regionalwahlkreise aufweist. Das Bundesgebiet ist in neun Landeswahlkreise eingeteilt. Diese sind wiederum in 39 Regionalwahlkreise untergliedert. Die Zahl der den einzelnen Wahlkreisen zugewiesenen Mandate wurde auf Basis der Bürgerzahl aus der Registerzählung 2021 ermittelt. Der Regionalwahlkreis 7A umfasst das Gebiet der Landeshauptstadt Innsbruck. In ihm kommen zwei Mandate nach dem Hare'schen Verfahren zur Verteilung. Falls eine wahlwerbende Gruppe in keinem Regionalwahlkreis ein „Direktmandat“ erzielt, bedarf es für die Zuweisung von Mandaten im zweiten Ermittlungsverfahren eines bundesweiten Stimmenanteils von mindestens vier Prozent („Vier-Prozent-Klausel“). Rechtsquelle für die Durchführung einer Nationalratswahl ist die Nationalrats-Wahlordnung 1992 (NRWO), BGBl. Nr. 471/1992, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 130/2023.

Ein Rückblick auf die Ergebnisse für Innsbruck seit 1945 zeigt, dass die Wahlbeteiligung von deutlich über 90% in den 1950er- und 1960er-Jahren auf zwischenzeitlich 66,0% im Jahr 2013 gesunken ist. 2019 lag die Wahlbeteiligung bei 71,3%. Bei der Nationalratswahl 2024 ist sie leicht, auf 72,0%, gestiegen. Sieht man sich die Parteienergebnisse an, so lag in Innsbruck 16 Mal die Volkspartei in Führung, sechs Mal hatten die Sozialdemokraten die Nase vorne, einmal (1999) haben die Freiheitlichen und einmal (2013) die Grünen sämtliche Mitbewerber überflügelt. Bei den Urnengängen 1945, 1962 und 1966 erzielte die Volkspartei die absolute Mehrheit.

2. Wahlberechtigte Personen und kandidierende Parteien

Gemäß Art. 26 Abs. 1 B-VG sind die Mitglieder des Nationalrats durch das Bundesvolk zu wählen. Aktiv wahlberechtigt sind alle Männer und Frauen, die die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, am Tag der Wahl das 16. Lebensjahr vollendet haben und vom Wahlrecht nicht ausgeschlossen sind. Auslandsösterreicher (Österreicher mit Hauptwohnsitz im Ausland) müssen in die Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sein, um an bundesweiten Wahlen teilnehmen zu dürfen. Passiv wahlberechtigt (zum Nationalrat wählbar) sind alle wahlberechtigten Männer und Frauen, die am Stichtag die österreichische Staatsbürgerschaft besitzen und am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet haben (Art. 26 Abs. 4 B-VG). Der Ausschluss vom Wahlrecht und von der Wählbarkeit kann gemäß Art. 26 Abs. 5 B-VG nur als Folge einer rechtskräftigen gerichtlichen Verurteilung durch ein Strafgericht vorgesehen werden.

Die Voraussetzungen für das aktive Wahlrecht erfüllten in Innsbruck nach Abschluss des Wählerverzeichnisses 81.342 Personen (inklusive 1.956 Auslandsösterreicher). Gegenüber 2019 ist die Wahlberechtigtenzahl stark gesunken (-5.283 Personen bzw. -6,1%).

In der Zweiten Republik fanden bisher 24 Nationalratswahlen statt. Seit 2008 dauert die Legislaturperiode des Nationalrats fünf Jahre. Im Regionalwahlkreis 7A (Innsbruck-Stadt) werden zwei Mandate vergeben. Rechtsgrundlage ist die Nationalrats-Wahlordnung 1992 (NRWO).

Die niedrigste Wahlbeteiligung wurde 2013 mit 66,0% registriert. 2024 lag die Beteiligungsquote bei 72,0%. Die ÖVP hat in Innsbruck 16 der 24 NR-Wahlen seit 1945 für sich entschieden.

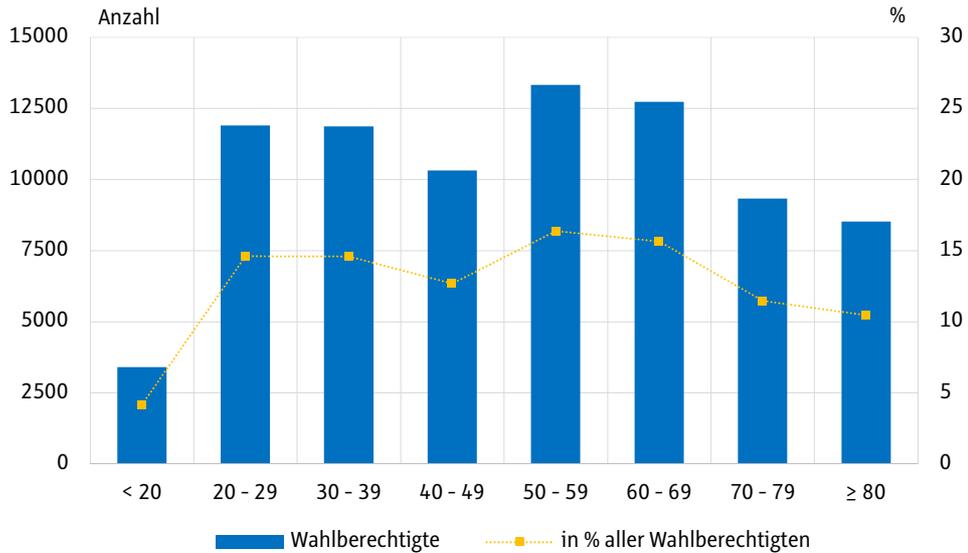
Auslandsösterreicher müssen in die Wählerevidenz einer österreichischen Gemeinde eingetragen sein, um an bundesweiten Wahlen teilnehmen zu dürfen.

Im Vergleich zur NRW 2019 ist die Zahl der Wahlberechtigten stark geschrumpft.

Anders als bei der Gemeinderatswahl, waren bei der Nationalratswahl die 50- bis 59-Jährigen die stärkste Altersgruppe.

Wie ein Blick auf die Altersverteilung in *Grafik 1* zeigt, wies die Kategorie „50 bis 59 Jahre“ mit 13.321 Wahlberechtigten bzw. 16,4% den höchsten Anteilswert auf. Dahinter folgten mit einer Quote von 15,6% die 12.721 60- bis 69-Jährigen. Gleich stark vertreten waren die Alterssegmente „20 bis 29 Jahre“ sowie „30 bis 39 Jahre“ (jeweils 14,6%). Anders als noch bei der Innsbrucker Gemeinderatswahl, bei der alle EU-Bürger mit Hauptwohnsitz in Innsbruck wahlberechtigt gewesen waren und bei der insofern die „Jungen“ einen großen Einfluss auf das Wahlergebnis ausgeübt hatten, waren bei der Nationalratswahl nur 18,8% aller Wahlberechtigten unter 30 Jahre alt. Mehr als die Hälfte, nämlich 54,0%, waren zum Stichtag 50 Jahre oder älter.

Wahlberechtigte nach Altersgruppen bei der Nationalratswahl 2024 Grafik 1



Elf Parteien bzw. Listen sind 2024 angetreten – drei mehr als bei der Nationalratswahl 2019. Neu auf dem Stimmzettel standen die Listen BIER, GAZA, MFG und LMP. Die 2019 als WANDL angetretene Liste ging 2024 in der Liste KEINE auf.

Elf Parteien, drei mehr als noch 2019, standen bei der Nationalratswahl 2024 auf den Tiroler und damit auch auf den Innsbrucker Stimmzetteln. Zur Auswahl standen die bereits im Nationalrat vertretenen Gruppierungen Karl Nehammer – Die Volkspartei (ÖVP), die Sozialdemokratische Partei Österreichs (SPÖ), die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ), die Grünen – die Grüne Alternative (GRÜNE) sowie die NEOS – Die Reformkraft für dein neues Österreich (NEOS). Stimmen und Mandate erhofften sich zudem die Bierpartei (BIER), die Liste GAZA – Stimmen gegen den Völkermord (GAZA), die Kommunistische Partei Österreichs – KPÖ Plus (KPÖ), die Liste MFG Österreich – Menschen – Freiheit – Grundrechte (MFG), die Liste Madeleine Petrovic (LMP) sowie die Liste Keine von denen (KEINE). Im Vergleich zur Nationalratswahl 2019 nicht mehr auf dem Stimmzettel standen die Listen JETZT – Liste Pilz (JETZT) sowie Jede Stimme GILT: Bürgerparlamente & Expertenregierung (GILT). Die 2019 unter dem Namen Wandel – Aufbruch in ein gemeinwohlorientiertes Morgen (WANDL) angetretene Gruppierung ist 2024 in der Liste Keine von denen (KEINE) aufgegangen.

3. Das Wahlergebnis im Vergleich zur Nationalratswahl 2019

2024 wurde erstmals der allergrößte Teil der Wahlkarten in den Wahlsprenkeln selbst ausgezählt – und zwar all jene, die bis Freitag 17 Uhr abgegeben worden sind.

Bevor das Wahlergebnis im Einzelnen analysiert wird, muss eine wichtige methodische Anmerkung erfolgen: Da sich seit der letzten Nationalratswahl 2019 an der Einteilung der Wahlsprenkel nichts geändert hat, besteht für das räumlich darstellbare Urnenergebnis eine uneingeschränkte Vergleichbarkeit der Ergebnisse von 2019 und 2024 auf allen Gliederungsebenen (Wahlsprenkel, Bezirke, Stadtteile). Allerdings hat eine Novellierung der Bundeswahlgesetze im Vorfeld der Nationalratswahl zu dem grundsätzlich sehr wünschenswerten Umstand geführt, dass der allergrößte Teil der Wahlkarten – nämlich all jene, die bis Freitag 17 Uhr abgegeben wurden – von den Sprengelwahlbehörden selbst ausgezählt worden sind.

Bis dato landeten die Wahlkarten in einem eigenen „Topf“ und wurden ausschließlich dem Stadtergebnis insgesamt, nicht aber den einzelnen Wahlsprengeln zugeordnet. Mit der neuen Regelung hat das Urnergebnis (Ergebnis aus den Wahllokalen) wieder die (nahezu) volle Repräsentativität erhalten. Jener kleinere Teil an Wahlkarten, der nach Freitag 17 Uhr in Innsbruck bzw. am Wahltag außerhalb von Innsbruck abgegeben worden ist, wurde getrennt ausgezählt und ist nicht in das Urnergebnis eingegangen.

Auf der anderen Seite ergibt sich durch die angesprochene neue Auszählungspraxis für die statistische Wahlberichterstattung eine Unschärfe, die es beim Vergleich der Ergebnisse von 2019 und 2024 zu berücksichtigen gilt. So wird im Folgenden das Urnergebnis 2019 *ohne* (damals 15.528) *Wahlkarten* mit dem Urnergebnis 2024 *inklusive Wahlkarten* verglichen. Eine Interpretation der Verluste und Zugewinne der einzelnen Parteien in den Wahlsprengeln, Bezirken und Stadtteilen muss diesen Umstand mitberücksichtigen.

Wie nämlich aus Analysen vergangener Wahlgänge bekannt ist, unterscheidet sich das Wahlergebnis der Urnenwähler insofern vom Wahlergebnis der Wahlkartenwähler, als bspw. die GRÜNEN bei den Wahlkarten stets deutlich besser abschneiden als an der Urne, während andererseits die FPÖ bei den Wahlkarten stets deutlich schlechter abschneidet als an der Urne. Das bedeutet für die Interpretation der Urnergebnisse, dass allfällige Zugewinne der GRÜNEN vor diesem Hintergrund bis zu einem gewissen Teil darauf zurückzuführen sein können, dass das Urnergebnis 2019 das damals starke Wahlkartenergebnis der GRÜNEN nicht beinhaltet. Ein allfälliges Minus würde andererseits „gedämpft“, weil es ohne die 2024 in den Wahlsprengeln mitenthaltenen Wahlkarten noch stärker ausgefallen wäre. V. a. in jenen innerstädtischen Bezirken dürfte ein allfälliges Plus der GRÜNEN zu einem nicht unerheblichen Ausmaß auf diesen Umstand zurückzuführen sein, in denen stets sehr hohe Wahlkartenwähleranteile registriert werden. Bei der FPÖ kämen dieselben „Mechanismen“ mit umgekehrten Vorzeichen zum Tragen. Ein allfälliges Plus der FPÖ wäre umso höher einzustufen, als das im Vergleich zu anderen Parteien schlechtere Wahlkartenergebnis 2024 zum größten Teil im Urnergebnis mitgehalten ist. Ein allfälliges Minus könnte andererseits bis zu einem gewissen Grad als „methodisch bedingt“ betrachtet werden. Ebenfalls leicht unterdurchschnittlich schneidet bei den Wahlkarten zumeist die SPÖ ab, während ÖVP und NEOS zumeist etwas besser abschneiden als an der Urne.

Diese methodisch bedingten Unschärfen berühren nicht den in *Tabelle 1* dargestellten Vergleich der *Gesamtergebnisse* der Wahlen 2024 und 2019, sondern lediglich die auf den *Urnergebnissen* basierenden Analysen in den Kapiteln 4 bis 6.

Bei der Nationalratswahl 2024 haben insgesamt 58.592 Männer und Frauen ihre Stimme abgegeben. Daraus resultiert eine Beteiligungsquote von 72,0%. Im Vergleich zur Nationalratswahl 2019 ist die Wahlbeteiligung leicht, um 0,7 Prozentpunkte, gestiegen. Damals hatten noch 71,3% der Wahlberechtigten von ihrem Mitbestimmungsrecht Gebrauch gemacht. Die Quote der ungültigen Stimmen ist im Vergleich zu 2019 um 0,2 Prozentpunkte, von 0,7% auf 0,5%, gesunken.

Als Siegerin ist in Innsbruck, anders als in Bund und Land, die SPÖ aus der Nationalratswahl hervorgegangen. Auf sie entfielen 23,1% der gültigen Stimmen (13.439). Damit konnten die Sozialdemokraten ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Nationalratswahl um 6,2 Prozentpunkte steigern. Absolut betrachtet standen 2024 3.082 Stimmen mehr im Stimmenprotokoll als 2019. Damals war die SPÖ mit 16,9% deutlich hinter der ÖVP (28,7%) und den GRÜNEN (25,1%) auf Platz drei zu liegen gekommen. Für die „Roten“ war es bereits der sechste Sieg bei Nationalratswahlen in Innsbruck seit 1945. Zuletzt schafften sie bei der Nationalratswahl 2017, mitbedingt durch den Absturz der GRÜNEN, den Sprung auf den ersten Rang. In *Grafik 2* wird der Rückfall der ehemaligen Großparteien seit den 1990er-Jahren anschaulich.

Mit der neuen Regelung hat das Urnergebnis wieder die (beinahe) vollständige Repräsentativität erhalten.

Die neue Auszählungspraxis muss bei einem Vergleich der Urnergebnisse 2019 und 2024 berücksichtigt werden.

Die GRÜNEN schneiden bei den Wahlkarten zumeist besser ab als an der Urne. Bei der FPÖ ist es umgekehrt. Zugewinne der FPÖ im Vergleich zu 2019 wären umso höher einzustufen, Zugewinne der GRÜNEN wären z. T. „methodisch bedingt“.

Die neue Auszählungspraxis beeinflusst nicht den Vergleich der Gesamtergebnisse.

Die Wahlbeteiligung ist im Vergleich zu 2019 leicht, um 0,7 Prozentpunkte, gestiegen.

Anders als in Land und Bund, ist in Innsbruck die SPÖ als Siegerin aus der Wahl hervorgegangen. Die Sozialdemokraten steigerten sich um 6,2 Prozentpunkte auf 23,1%.

Auf Platz zwei kam die FPÖ, die sowohl absolut als auch relativ betrachtet die größten Zugewinne erzielte.

Auf den zweiten Platz kam die FPÖ, die sowohl absolut als auch relativ betrachtet die größten Zugewinne einfahren konnte. Sie steigerte ihren Stimmenanteil von 13,4% (2019) auf 22,0% (2024) und somit um 8,6 Prozentpunkte. Insgesamt votierten 12.828 Wahlberechtigte für die „Blauen“. Das waren 4.640 Stimmen mehr als bei der Nationalratswahl 2019. Der Rückstand auf die erstplatzierte SPÖ betrug 611, der Vorsprung auf die drittplatzierte ÖVP 774 Stimmen.

Das Gesamtergebnis im Überblick (inkl. aller Wahlkarten)

Tabelle 1

Wahlmerkmale	Nationalratswahl		+ / -
	2024	2019	2019 - 2024
Wahlberechtigte ¹⁾	81 342	86 625	-5 283
abgegebene Stimmen			
absolut	58 592	61 723	-3 131
in Prozent der Wahlberechtigten	72,0	71,3	0,7
ungültige Stimmen			
absolut	287	434	-147
in Prozent der abgegebenen Stimmen	0,5	0,7	-0,2
gültige Stimmen	58 305	61 289	-2 984
von den gültigen Stimmen entfielen ... % auf ... ²⁾			
ÖVP	20,7	28,7	-8,0
SPÖ	23,1	16,9	6,2
FPÖ	22,0	13,4	8,6
GRÜNE	14,8	25,1	-10,3
NEOS	11,7	11,2	0,5
BIER ³⁾	1,6	.	.
GAZA ³⁾	1,0	.	.
KPÖ	3,9	1,1	2,8
MFG ³⁾	0,3	.	.
LMP ³⁾	0,6	.	.
KEINE ⁴⁾	0,4	0,6	-0,2

Quelle: Stimmenprotokoll, Amt der Tiroler Landesregierung

1) Inklusive Auslandsösterreicher

2) Prozentwerte sind auf eine Kommastelle gerundet, wodurch sich Ungenauigkeiten in der Addition der Prozentwerte auf 100% ergeben können

3) 2019 nicht kandidiert

4) 2019 unter dem Namen WANDL kandidiert

Die ÖVP ist vom ersten auf den dritten Platz zurückgefallen und büßte 8,0 Prozentpunkte ein. Auch 1995 und 1999 landete die ÖVP auf Rang drei.

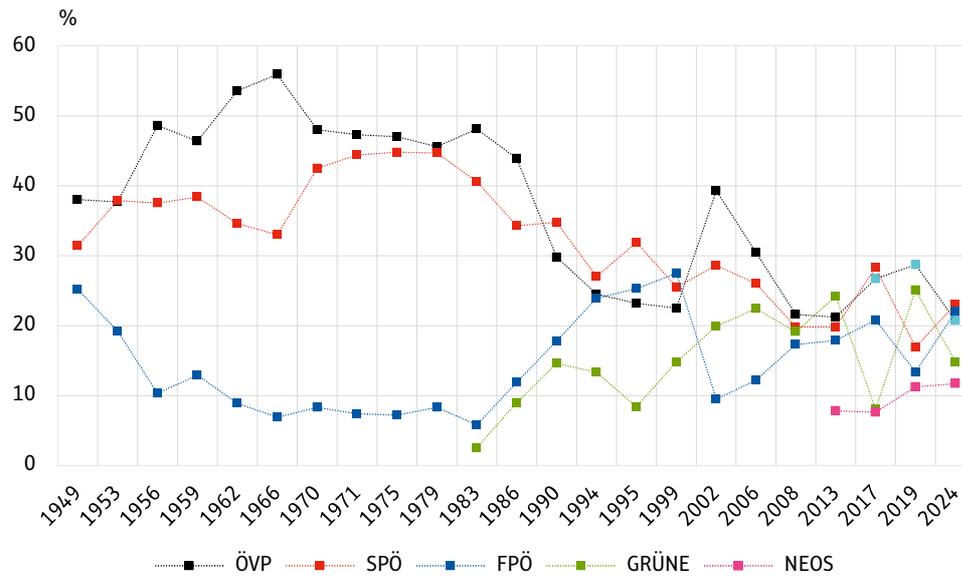
Vom ersten auf den dritten Platz zurückgefallen ist die Volkspartei, die im Vergleich zum Ergebnis 2019 8,0 Prozentpunkte einbüßte und von 28,7% auf 20,7% abstürzte. Votierten zuletzt 17.590 Wahlberechtigte für die „Türkisen“, so waren es diesmal lediglich 12.054 (-5.536 Stimmen). Für die einst so „erfolgsverwöhnte“ Volkspartei war es aber nicht der erste dritte Platz bei Nationalratswahlen in Innsbruck. Auch bei den Wahlgängen der Jahre 1995 und 1999 war die ÖVP hinter SPÖ und FPÖ zurückgefallen.

Die GRÜNEN fielen um 10,3 Prozentpunkte von 25,1% auf 14,8% und damit abgeschlagen auf den vierten Platz zurück.

Noch größere Verluste hatten mit -10,3 Prozentpunkten die GRÜNEN zur Kenntnis zu nehmen. Für sie blieb nach dem zweiten Platz bei der Nationalratswahl 2019 (25,1%) diesmal nur der abgeschlagene vierte Platz (14,8%). Der Rückstand auf die drittplatzierte FPÖ summierte sich auf beträchtliche 7,2 Prozentpunkte. 2019 kam man noch 8,2 Prozentpunkte vor den „Blauen“ zu liegen. In absoluten Zahlen ausgedrückt nahm der Wählerschwund im Vergleich zum Ergebnis 2019 eine Dimension von -6.738 Stimmen an.

Stimmenanteile für ausgewählte Parteien bei den NR-Wahlen seit 1949

Grafik 2



Über ein leichtes Plus durften sich hingegen die NEOS freuen, die im Vergleich zu 2019 ihren Stimmenanteil um 0,5 Prozentpunkte auf 11,2% aufstockten und damit auf Platz fünf kamen. Die KPÖ vermochte sich sogar um 2,8 Prozentpunkte zu steigern, auch wenn unterm Strich mit 3,9% die ganz große Überraschung ausblieb. Im Unterschied zum bundesweiten Ergebnis verfehlten die Kommunisten in Innsbruck die Vier-Prozent-Marke nur knapp. Auch die übrigen Listen spielten bei der Mandatermittlung keine Rolle. Sie erzielten Anteilswerte zwischen 1,6% (BIER) und 0,3% (MFG).

Die NEOS legten auf 11,2% zu (+0,5 Prozentpunkte). Die KPÖ blieb knapp unter der 4%-Marke.

4. Das Ergebnis in den Hochburgen ausgewählter Parteien

Anhand der Ergebnisse in den Parteihochburgen lässt sich beurteilen, wie sehr die einzelnen Parteien ihr Klientel zu mobilisieren vermochten. Die Parteihochburgen werden durch die jeweils zehn besten Bezirksergebnisse der Parteien bei der vorangegangenen Nationalratswahl definiert.

Anhand der Hochburgen-Ergebnisse lässt sich auf Wählerwanderungen schließen.

Die ÖVP kam in ihren Paradebezirken auf einen Stimmenanteil von 24,8% und büßte gegenüber 2019 (35,0%) 10,2 Prozentpunkte ein. Besonders stark gesteigert hat sich in den ÖVP-Domänen die FPÖ, die hier im Vergleich zur Nationalratswahl 2019 ihren Stimmenanteil um 8,4 Prozentpunkte – von 11,5% auf 19,9% – verbesserte. Damit schoben sich die Freiheitlichen in den Hochburgen der Volkspartei auf Rang zwei. Das deutet auf Wählerwanderungen von enttäuschten ÖVP-Wählern hin. Auch die in „türkisen Gefilden“ stets starken GRÜNEN büßten 7,2 Prozentpunkte ein und fielen mit 16,4% auf Rang vier zurück. Profitiert hat davon die SPÖ, die ehemalige GRÜNEN-Wähler an sich binden und in den Hochburgen der Volkspartei 5,8 Prozentpunkte zulegen konnte. Dass die Wahlbeteiligung in den Hochburgen der ÖVP und der GRÜNEN so stark gestiegen ist (vgl. *Tabelle 3*) und um rund zehn Prozentpunkte über jener in den SPÖ- und FPÖ-Hochburgen lag, geht wiederum auf den Umstand zurück, dass diesmal das Gros aller Wahlkartenstimmen in den Wahlsprenkeln ausgezählt wurde. Wie aus vergangenen Wahlgängen bekannt ist, sind es die mobileren Gruppen der ÖVP- und GRÜNEN-Wähler, die bevorzugt mit Wahlkarte wählen.

Die ÖVP verlor in ihren Hochburgen viele Wähler an die FPÖ. Die SPÖ profitierte von Wählerwanderungen von Seiten der in den ÖVP-Hochburgen ebenfalls stark vertretenen GRÜNEN.

In den SPÖ-Hochburgen steigerten sich die Sozialdemokraten im Vergleich zur Wahl 2019 um 3,1 Prozentpunkte, während sie in den ÖVP- und vor allem in den GRÜNEN-Hochburgen mit +5,8 bzw. +10,0 Prozentpunkten weit stärker zulegten. Das deutet darauf hin, dass die Zugewinne der SPÖ nur teilweise auf einer stärkeren Mobilisierung der eigenen Klientel basieren.

Die SPÖ steigerte sich in den ÖVP- und GRÜNEN-Hochburgen weit stärker als in ihren eigenen.

Hinter dem Plus der SPÖ stehen Präferenzverschiebungen im „links-liberalen“ Milieu.

Vielmehr dürften in erster Linie Wählerwanderungen von den GRÜNEN dafür verantwortlich zu machen sein. Auf der anderen Seite hatte die SPÖ in ihren Hochburgen unter der Arbeiterschaft auch eine starke Konkurrenz mit der FPÖ, die aufgrund einer überdurchschnittlichen Mobilisierung ihrer Wählerschaft in den SPÖ-Hochburgen um 11,8 Prozentpunkte zulegen und sich mit 29,4% sogar deutlich vor der SPÖ platzieren konnte.

Das Ergebnis in den Hochburgen ausgewählter Parteien Tabelle 2

Hochburgen von ...	Wahlbeteiligung in %	ungültige Stimmen in %	von den gültigen Stimmen entfielen ... % auf ...			
			ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE
ÖVP	77,2	0,5	24,8	17,6	19,9	16,4
SPÖ	64,1	0,6	19,2	25,5	29,4	9,3
FPÖ	63,6	0,5	19,6	24,0	32,2	8,2
GRÜNE	72,4	0,4	19,6	23,2	15,1	20,4

Quelle: Stimmenprotokoll, Amt der Tiroler Landesregierung (ohne Heimsprenkel und Sondersprenkel 930)

Veränderung in Prozentpunkten in den Hochburgen gegenüber 2019 Tabelle 3

Hochburgen von ...	Veränderung +/- in Prozentpunkten gegenüber EU-Wahl 2019					
	Wahlbeteiligung	ungültige Stimmen	Stimmenanteil für ...			
			ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE
ÖVP	19,6	-0,1	-10,2	5,8	8,4	-7,2
SPÖ	11,8	-0,3	-7,9	3,1	11,8	-10,5
FPÖ	9,5	-0,4	-10,0	-0,1	9,8	-4,6
GRÜNE	21,5	-0,2	-7,7	10,0	5,0	-10,6

Quelle: Stimmenprotokoll, Amt der Tiroler Landesregierung (ohne Heimsprenkel und Sondersprenkel 930)

Die FPÖ brachte es in ihren Domänen auf 32,2%. Das deutet auf eine hohe Teilnahmebereitschaft der freiheitlichen Klientel hin.

In ihren eigenen Hochburgen brachte es die FPÖ auf 32,2% und damit auf den höchsten Anteilswert, den die einzelnen Parteien in ihren eigenen Domänen einfahren konnten. Das Plus von 9,8 Prozentpunkten belegt die starke Teilnahmebereitschaft der freiheitlichen Wählerschaft, die sich noch stärker manifestierte als bei der EU-Wahl vom 9. Juni 2024. Das Plus ist auch vor dem Hintergrund des dämpfenden Effekts der neuen Auszählungspraxis (Wahlkarten in den Wahlsprengeln) als „stark“ zu bewerten. Dass auch ehemalige ÖVP-Wähler diesmal für die Freiheitlichen votierten, zeigt der Rückfall der Volkspartei um 10,0 Prozentpunkte in den „blauen“ Hochburgen. Auf Platz zwei kamen in den FPÖ-Vorzeigedistrikten die Sozialdemokraten mit einem Stimmenanteil von 24,0% (-0,1 Prozentpunkte).

Die GRÜNEN mussten sich diesmal auch in ihren eigenen Hochburgen der SPÖ geschlagen geben.

In den Hochburgen der GRÜNEN mussten diese ein Minus von 10,6 Prozentpunkten verschmerzen. Sie fielen von 31,0% 2019 auf 20,4% zurück. Aufgrund der besagten Wählerwanderungen im „linksliberalen Milieu“ mussten sie sich sogar in ihren eigenen Hochburgen der SPÖ geschlagen geben, die hier auf 23,2% kam (+10,0 Prozentpunkte). Die SPÖ legte in keinem Bereich stärker zu als in den Vorzeigedistrikten der GRÜNEN.

5. Das Ergebnis für ausgewählte Parteien nach Gebietstypen und Sondersprengeln

Die ÖVP büßte in den statushohen Hanglagen im Vergleich zu 2019 7,4 Prozentpunkte ein.

Sieht man sich das Ergebnis in den verschiedenen Gebietstypen an, so findet man die höchsten Sympathien für die ÖVP in den statushohen Wohngebieten in Hanglage, die teilweise einen dörflichen Charakter aufweisen. Hier kamen die „Türkisen“ auf 26,2%. Allerdings verfehlten sie ihr Ergebnis aus der Nationalratswahl 2019 (33,6%) um 7,4 Prozentpunkte.

Ein ähnliches „Schicksal“ traf die in diesem Gebietstyp ebenfalls traditionell starken GRÜNEN, die trotz der diesmal inkludierten Wahlkarten von 23,5% auf 18,3% zurückfielen. Der Einfluss des besagten Mitauszählens der Wahlkartenstimmen in den Wahlsprenkeln auf die Wahlbeteiligung kommt in den Hanglagen sehr deutlich zum Ausdruck. Sie lag in diesem Gebietstyp, der stark von Wahlkartenwählerschaft geprägt ist, mit 79,7% um annähernd 20 Prozentpunkte über der Beteiligungsquote des Gebietstyps 4 (Wohngebiete „einfacher“ Leute), in dem der Stimmzettel bevorzugt „klassisch“ an der Wahlurne abgegeben wird.

Auch die GRÜNEN stürzten in diesem Gebietstyp von 23,5% auf 18,3% ab – trotz der diesmal inkludierten Wahlkarten.

Das Ergebnis für ausgewählte Parteien nach Gebietstypen Tabelle 4

Gebietstyp	Wahlbeteiligung in %	ungültige Stimmen in %	von den gültigen Stimmen entfielen ... % auf ...			
			ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE
Typ 1	70,9	0,4	18,2	24,9	14,1	20,8
Typ 2	79,7	0,5	26,2	16,6	16,7	18,3
Typ 3	62,1	0,6	20,6	25,2	32,6	6,4
Typ 4	60,2	0,7	16,2	27,2	31,6	8,6
Gesamte Stadt ¹⁾	70,3	0,5	20,8	23,2	22,6	14,9

1) ohne Heimsprengel, Sondersprengel 930 und nach Freitag 17 Uhr abgegebene Wahlkarten
Quelle: eigene Berechnungen

Gebietstypenklassifizierung (ermittelt über soziodemografische und städtebauliche Parameter)

- Typ 1** Zentral gelegene Wohngebiete, hoher Studentenanteil, hoher Anteil an Kleinwohnungen, hoher Bildungsstand (überproportionaler Maturanten- und Akademikeranteil)
- Typ 2** Wohngebiete in Hanglage mit teilweise dörflichem Charakter, überdurchschnittlich viele Ein- und Zweifamilienhäuser, hoher Bildungsstand (überproportionaler Maturanten- und Akademikeranteil), hohe Selbständigenquote, niedriger Arbeiteranteil, überdurchschnittliches Einkommen
- Typ 3** Wohngebiete im Osten der Stadt, hohe Wohndichte, unterdurchschnittliches Bildungsniveau (hohe Pflichtschulquote), hoher Arbeiteranteil, niedrige Selbständigenquote, unterdurchschnittliches Einkommen
- Typ 4** Wohngebiete „einfacher“ Leute, hoher Altbaubestand, unterdurchschnittliches Bildungsniveau (hohe Pflichtschulquote), hoher Arbeiteranteil, niedrige Selbständigenquote, unterdurchschnittliches Einkommen

Normalerweise findet man die höchsten Zustimmungsraten für die GRÜNEN im Gebietstyp 1, d. h. in den zentral gelegenen Wohngebieten, die über einen hohen Studentenanteil und ein überdurchschnittliches Bildungsniveau verfügen. Hier erzielten die GRÜNEN bei der Nationalratswahl 2019 einen Stimmenanteil von 30,8%. 2024 fielen sie mit 20,8% deutlich hinter die Sozialdemokraten zurück, die sich im urbanen Milieu als „progressive Alternative“ zu den GRÜNEN anbieten und sich mit 24,9% auf Rang eins schieben konnten (+7,7 Prozentpunkte). Den geringsten Zuspruch erhält in diesem Gebietstyp regelmäßig die FPÖ, die sich im Vergleich zum letzten Wahlgang dennoch um 3,7 Prozentpunkte auf 14,1% steigern konnte.

In den innerstädtischen Gebieten verloren die GRÜNEN 10,0 Prozentpunkte und landeten hinter den Sozialdemokraten.

Reüssiert hat die FPÖ vor allem in den Wohngebieten im Osten der Stadt, die über eine hohe Wohndichte verfügen und einen hohen Arbeiteranteil aufweisen. Hier erzielten die Freiheitlichen 32,6% und landeten damit deutlich, um 7,4 Prozentpunkte, vor der bei Arbeitern ebenfalls starken SPÖ (25,2%). Die GRÜNEN blieben in diesem Gebietstyp mit 6,4% einstellig.

Die FPÖ reüssierte in den östlich gelegenen Gebieten mit hoher Wohndichte.

Auch in den Wohngebieten „einfacher“ Leute mit hohem Altbaubestand und unterdurchschnittlichem Bildungsniveau kamen die Freiheitlichen, wenn auch knapper als im Typ 3, mit 31,6% vor der SPÖ (27,2%) als Erste durchs Ziel.

Auch im Gebietstyp 3 kam die FPÖ knapp vor der SPÖ durchs Ziel.

Das Ergebnis für ausgewählte Parteien in den Sondersprengeln

Tabelle 5

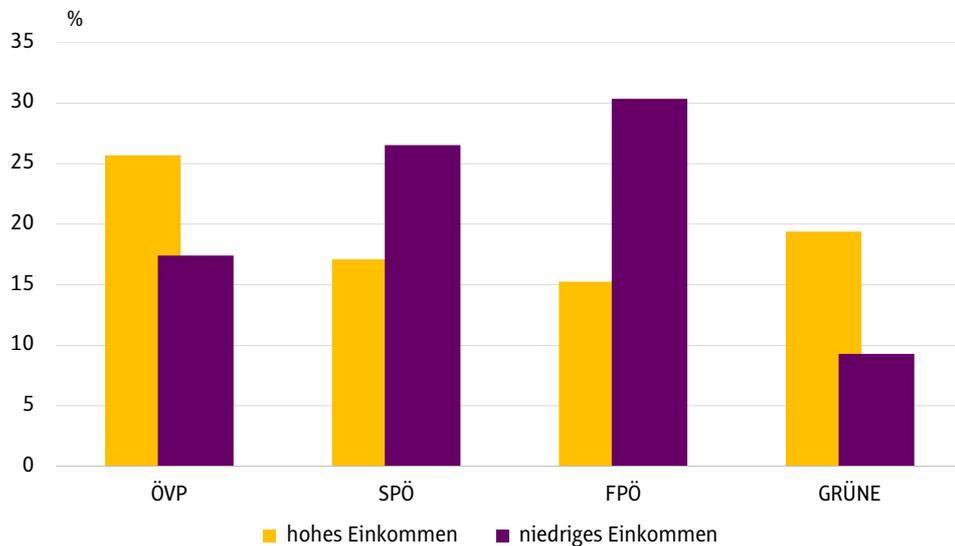
Sonderwahlsprengel	Wahlbet. in %	Stimmenanteil in Prozent für ...			
		ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE
Anteil der Wahlberechtigten unter 30 Jahre > 25 %	66,6	16,0	27,1	19,2	15,9
Anteil der Wahlberechtigten über 65 Jahre > 35 %	67,8	23,4	22,7	29,2	9,1
Altersheimsprengel	40,3	42,0	25,7	16,5	5,9
Einkommen stark überdurchschnittlich	79,4	25,7	17,1	15,2	19,4
Einkommen stark unterdurchschnittlich	60,8	17,4	26,5	30,4	9,3
Gesamte Stadt ¹⁾	70,3	20,8	23,2	22,6	14,9

1) ohne Heimsprengel, Sondersprengel 930 und nach Freitag 17 Uhr abgegebene Wahlkarten

Quelle: eigene Berechnungen

Stimmenanteile ausgewählter Parteien in besonderen Wahlsprengeln

Grafik 3



In den „jungen“ Wahlsprengeln war diesmal die SPÖ die beliebteste Partei. In den „alten“ Wahlsprengeln kam die FPÖ auf 29,2%, die ÖVP verzeichnete 23,4%.

In den Altersheimen war die ÖVP mit 42,0% nicht zu schlagen.

Wahlberechtigte mit überdurchschnittlich hohem Einkommen präferierten die ÖVP und die GRÜNEN. Im untersten Einkommensoktil wurde „blau“ und „rot“ gewählt.

Unterschiedlich ist das Wahlergebnis auch in den ausgewählten Sondersprengeln ausgefallen. In den „jungen Wahlsprengeln“ (Anteil der Wahlberechtigten unter 30 Jahren > 25%) halbierten sich die GRÜNEN und fielen vom ersten auf den vierten Platz zurück. Erzielten sie 2019 bei den „Jungen“ noch 33,8%, mussten sie sich 2024 mit 15,9% zufriedengeben. In Führung lagen in den besagten Sprengeln diesmal die Sozialdemokraten, die sich 27,1% sicherten, weit vor der FPÖ (19,2%) und der ÖVP (16,0%). In den „alten Wahlsprengeln“ (Anteil der Wahlberechtigten über 65 Jahren > 35%) kam die FPÖ mit 29,2% deutlich vor der ÖVP mit 23,4% zu liegen. Knapp dahinter folgte mit einem Anteilswert von 22,7% die SPÖ. Kaum zu punkten vermochten bei den Senioren die GRÜNEN, die mit 9,1% an der Zweistelligkeit scheiterten.

In den Heimsprengeln erzielte die ÖVP mit 42,0% der gültigen Stimmen das bei weitem beste Ergebnis aller Parteien. Etwas mehr als ein Viertel der Stimmen (25,7%) ging an die SPÖ. Die GRÜNEN ernteten in den Heimen 5,9%.

In den Wahlsprengeln mit stark überdurchschnittlichem Einkommen kam die ÖVP mit 25,7% weit vor allen anderen Parteien auf Platz eins. Die GRÜNEN erreichten mit 19,4% den zweiten Platz und überragten ihre gesamtstädtische Quote (ohne Heimsprengel) um 4,5 Prozentpunkte. In den Wahlsprengeln mit stark unterdurchschnittlichem Einkommen waren die FPÖ und die SPÖ nicht zu schlagen. Die FPÖ überragte in diesem Milieu ihr gesamtstädtisches Ergebnis (ohne Heimsprengel) um 7,8 Prozentpunkte und kam auf 30,4%. Die SPÖ erzielte 26,5%. Wenig Zuspruch erfuhren in den Sprengeln des untersten Einkommensoktils die GRÜNEN.

6. Das Ergebnis in den Wahlsprengeln, Bezirken und Stadtteilen

Sieht man sich die Mehrheitsverteilung auf Wahlsprengel Ebene an, so findet man nach der Wahl am 29. September 2024 nicht weniger als 55 Sprengel (+39) mit einer Mehrheit für die SPÖ. Im „Eisenbahnersprengel“ 133 scheiterten die Sozialdemokraten mit 48,6% denkbar knapp an einer absoluten Mehrheit. Die ÖVP stürzte von 83 gewonnenen Wahlsprengeln bei der Wahl 2019 auf 36 Wahlsprengel ab (-47) und hatte damit die größten Einbußen zu verzeichnen. Die FPÖ steigerte sich von damals sieben auf nunmehr 50 Wahlsprengel mit „blauer“ Mehrheit (+43). Die GRÜNEN vermochten von den 2019 gewonnenen 41 Sprengeln lediglich fünf zu „retten“. Einen Sprengel (012) verbuchten mit 21,9% die NEOS für sich.

Von den 37 Bezirken weisen nach der Wahl jeweils zwölf eine türkise (-14), eine rote (+10) bzw. eine blaue (+12) Mehrheit auf. Die GRÜNEN konnten einen der ehemals neun grünen Bezirke „verteidigen“ (Bezirk 03).

Die SPÖ konnte in 55 Sprengeln eine Mehrheit erringen. Im Sprengel 133 scheiterte sie mit 48,6% knapp an der absoluten Mehrheit.

Die FPÖ gewann im Vergleich zu 2019 zwölf Bezirke dazu.

Ausgewählte Parteienergebnisse in den Wahlsprengeln Tabelle 6

Partei, Liste	höchster Stimmenanteil		niedrigster Stimmenanteil		Differenz in %-Punkten
	Prozent	Wahlsprengel	Prozent	Wahlsprengel	
ÖVP	32,4	612	8,0	111	24,4
SPÖ	48,6	133	12,9	310	35,7
FPÖ	44,5	213	8,0	110	36,5
GRÜNE	29,4	110	2,2	133	27,2
NEOS	22,5	801	2,5	213	20,0
BIER	4,1	114	0,4	631	3,7
GAZA	6,3	345	0,0	mehrere	6,3
KPÖ	10,6	212	0,0	612	10,6
MFG	1,9	342, 634	0,0	mehrere	1,9
LMP	2,0	202	0,0	mehrere	2,0
KEINE	1,6	252	0,0	mehrere	1,6

1) ohne Heimsprengel, Sondersprengel 930 und nach Freitag 17 Uhr abgegebene Wahlkarten

Quelle: Stimmenprotokoll, Amt der Tiroler Landesregierung

Bei der ÖVP schwankten die Stimmenanteile in den Wahlsprengeln zwischen 32,4% (Sprengel 612) und 8,0% (Sprengel 111). Über dem ÖVP-Stadtergebnis (001-802: 20,8%) lagen 72 der insgesamt 147 Wahlsprengel und damit etwas weniger als die Hälfte. Weniger als 15% sind auf die ÖVP in 14 Wahlsprengeln entfallen. Einstellig blieb man lediglich im Sprengel 111.

Das Spektrum der sozialdemokratischen Stimmquoten erstreckte sich von 48,6% (Sprengel 133) bis 12,9% (Sprengel 310). Damit lagen zwischen dem besten und dem schlechtesten Sprengelergebnis 35,7 Prozentpunkte. Mit den besagten 12,9% im Sprengel 310 wies die SPÖ das höchste Minimum aller Parteien auf, was den Rückschluss zulässt, dass sie quer durch die Stadt ein gewisses „Grundvertrauen“ genießt. Ihren Stadtdurchschnitt (23,2%) konnten die Sozialdemokraten in 74 Sprengeln übertreffen. Am wenigsten Resonanz erzielten die „Roten“ in den Sprengeln 310, 352, 075, 801, 354, 140 und 353, wo sie jeweils unter der 15%-Marke zu liegen kamen.

Bei den Freiheitlichen fängt der Stimmenanteil bei 8,0% (Sprengel 110) an und steigert sich bis auf 44,5% (Sprengel 213). In 75 Sprengeln erzielte die FPÖ mehr als 20%, in 56 davon konnte sie mehr als ein Viertel aller gültigen Stimmen einheimsen. Mehr als ein Drittel aller Wähler hat in 20 Sprengeln, die fast ausnahmslos in den Stadtteilen O-Dorf, Pradl, Amras und Reichenau liegen, das Kreuz bei der FPÖ gemacht. Auf der anderen Seite blieb sie in 33 vor allem im innerstädtischen Bereich gelegenen Sprengeln unter 15%.

Die ÖVP erzielte Sprengelergebnisse zwischen 8,0% und 32,4%.

Die SPÖ blieb als einzige Partei in allen Sprengeln zweistellig. Ihr Minimum fuhr sie mit 12,9% im Sprengel 310 ein.

Zwischen dem besten und dem schlechtesten Sprengelergebnis der FPÖ lagen nicht weniger als 36,5 Prozentpunkte.

Die GRÜNEN erzielten ihre besten Resultate in innerstädtischen Sprengeln. Im „Eisenbahnersprengel“ 133 votierten nur 2,2% für die GRÜNEN.

Die Grünen tun sich in den Domänen der Freiheitlichen und der Sozialdemokraten traditionell schwer. Im O-Dorf, in der Reichenau und in Teilen Pradls liegen sie konstant unter 10% (40 Sprengel). Im SPÖ-dominierten „Eisenbahnersprengel“ 133 registrierten sie mit 2,2% ihr schlechtestes Sprengelergebnis. Einen Stimmenanteil von über 25% erzielten die GRÜNEN hingegen in den Sprengeln 110 (29,4%), 030 (27,9%), 070 (26,2%) und 113 (25,5%). In 22 weiteren Sprengeln votierte mehr als ein Fünftel der Wähler für die GRÜNEN.

Veränderung in den Bezirken gegenüber der NR-Wahl 2019

Tabelle 7

Stat. Bezirk ¹⁾	Veränderung +/- in Prozentpunkten gegenüber NR-Wahl 2019					
	Wahlbeteiligung	ungültige Stimmen	Stimmenanteil für ...			
			ÖVP	SPÖ	FPÖ	GRÜNE
00	19,1	0,2	-6,2	12,2	7,7	-17,4
01	25,0	-0,1	-5,8	9,4	4,6	-12,9
02	24,0	-0,1	-4,2	10,8	7,2	-16,6
03	32,0	-0,6	-3,3	10,0	3,8	-12,8
04	25,7	-0,1	-2,1	10,2	6,5	-15,4
05	21,1	0,0	-10,1	10,3	2,3	-8,9
06, 07	19,1	-0,4	-6,4	7,7	5,3	-8,3
08	6,1	-0,1	-10,6	-2,3	13,8	-7,8
10	21,4	-0,1	-6,1	9,6	4,7	-12,3
11	21,0	-0,6	-7,2	12,8	3,6	-11,9
12	25,2	0,1	-10,8	4,8	5,7	-3,4
13	21,0	-0,6	-9,7	4,2	7,3	-6,1
14	18,3	-0,6	-12,5	-2,3	10,5	-1,7
15	16,9	-0,8	-7,7	7,9	7,4	-8,5
20	13,0	-0,8	-7,3	2,5	8,4	-8,7
21	18,9	-0,5	-9,6	8,8	6,8	-11,7
22	10,7	-0,5	-11,4	2,1	10,6	-4,4
23	8,7	-1,7	-11,5	0,7	10,6	-6,3
24	13,0	-0,4	-10,4	0,4	10,4	-6,0
25	11,0	-0,1	-8,3	-0,9	8,4	-4,4
26	3,0	-0,1	-10,8	1,4	9,1	-5,2
30	23,0	0,2	-8,7	7,9	6,1	-7,3
31, 41	21,6	0,2	-9,1	6,3	8,7	-7,0
32	17,0	0,1	-5,8	7,3	5,5	-9,0
33	20,9	-0,2	-9,3	7,8	7,2	-9,5
34	14,8	-0,7	-9,0	1,9	10,0	-7,6
35	21,7	-0,3	-9,8	3,9	5,1	-3,4
36	15,5	-0,4	-7,5	4,8	10,2	-9,5
40, 42	20,6	0,1	-10,0	10,6	4,7	-11,6
43	6,0	0,0	-6,4	-2,1	8,5	-4,5
50-52	12,6	-0,4	-10,4	1,6	10,8	-4,3
60	17,4	0,4	-17,0	7,2	11,9	-4,4
61	21,2	-0,4	-9,6	7,3	5,1	-5,3
62	12,7	0,2	-12,8	-1,2	10,0	-2,1
63	6,2	-0,3	-9,9	-2,3	10,0	-2,9
70	15,1	0,2	-25,3	10,5	11,6	-5,2
80	19,2	-0,1	-9,0	8,1	6,4	-9,4

1) Die Namen der Bezirke finden sich im Anhang („räumliches Bezugssystem“)

Quelle: eigene Berechnungen

Bei den NEOS schwankten die Quoten zwischen 2,5% im Sprengel 213 und respektablen 22,5% im Iglser Sprengel 801. Im Sprengel 012 erzielten die „Pinken“ mit einem Stimmenanteil von 21,9% sogar eine relative Mehrheit. In drei weiteren Sprengeln (100, 060, 354) kamen die NEOS auf über 20%. Die KPÖ erzielte in ihrem besten Sprengel (212) mit 10,6% einen zweistelligen Stimmenanteil. Im „612er“ votierte hingegen kein einziger Wahlberechtigter für die Kommunisten. Die übrigen Kleinparteien erlitten dieses „Schicksal“ in mehreren Sprengeln. Die meisten stimmenlosen Sprengel verzeichnete die Liste MFG (50).

Betrachtet man die Zugewinne bzw. Verluste der einzelnen Parteien im Vergleich zur Nationalratswahl 2019, so ergeben sich die in *Tabelle 7* dargestellten Werte. Ins Auge sticht, dass die ÖVP trotz des methodisch bedingten Vorteils des 2024 mitberücksichtigten Wahlkartenergebnisses in allen Bezirken Einbußen verzeichnete. Die Verluste bewegten sich zwischen -2,1 Prozentpunkten im Bezirk 04 Innere-Stadt-Ost und -25,3 Prozentpunkten im Bezirk 70 Vill.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei den GRÜNEN. Auch sie verzeichneten in allen 37 Bezirken rückläufige Stimmquoten. Diese wären noch deutlicher ausgefallen, wäre im Sprengelergebnis 2024 das überproportional starke grüne Wahlkartenergebnis nicht bereits inkludiert gewesen. Die geringsten Verluste standen für die GRÜNEN mit -1,7 Prozentpunkten im Bezirk 14 Sieglanger, die größten mit -17,4 Prozentpunkten im Bezirk 00 Altstadt zu Buche.

Beinahe durchgängige Zugewinne konnte die SPÖ verzeichnen. Von den 37 Bezirken wiesen nur fünf ein leichtes Minus auf (Bezirke 08, 14, 25, 43 und 63). Das größte Plus betrug im Bezirk 11 Wilten-Mitte +12,8 Prozentpunkte. Die Sozialdemokraten steigerten sich, bedingt durch die Wählerwanderungen enttäuschter GRÜNEN-Wähler, vor allem in den innerstädtischen Bezirken (00 bis 05) in bemerkenswertem Ausmaß. Auch hinter den Zuwächsen in eher konservativ geprägten Hanglagebezirken, in denen auch die GRÜNEN stark vertreten sind, stehen die besagten Präferenzverschiebungen im „linksliberalen“ Milieu.

Bei der FPÖ war kein einziger Bezirk mit Verlusten zu finden, und das trotz des methodisch bedingten Nachteils der im Urnenergebnis inkludierten Wahlkartenstimmen, die sich für die Freiheitlichen stets negativ auswirken. Die FPÖ erreichte mit +13,8 Prozentpunkten im Bezirk 08 Saggen-Ost auch das größte Plus aller Parteien auf Bezirksebene. Die zum Teil sehr deutlichen Zugewinne sind zum einen auf eine starke Teilnahmebereitschaft der freiheitlichen Klientel in den von Arbeitern geprägten Bezirken sowie zum anderen auf Wählerwanderungen ehemaliger ÖVP-Wähler zurückzuführen. So stehen für die FPÖ die größten relativen Zugewinne in so unterschiedlichen Bezirken wie 22, 23, 24, 62, 63 (Pradl, O-Dorf) und 60, 70, 34, 36 (Arzl, Vill, Hötting West) zu Buche.

Grafik 4 zeigt die Gewinne und Verluste der verschiedenen Parteien auf Ebene der Stadtteile. Es kommen hier ganz ähnliche Befunde zum Tragen. Durchgängige Verluste finden sich bei der ÖVP und bei den GRÜNEN. Im Stadtteil Vill hat sich die ÖVP im Vergleich zur Nationalratswahl 2019, als sie 49,4% der gültigen Stimmen und damit fast eine absolute Mehrheit errungen hatte, mehr als halbiert und stürzte um 25,3 Prozentpunkte auf 24,1% ab. Sowohl SPÖ (+10,5 Prozentpunkte) als auch FPÖ (+11,6 Prozentpunkte) legten in Vill zweistellig zu und verbuchten damit ihre jeweils höchsten Steigerungsraten. Die ÖVP büßte in fünf weiteren Stadtteilen (Amras, Arzl, Mühlau, Pradl und Dreiheiligen-Schlachthof) mehr als zehn Prozentpunkte ein. Den GRÜNEN widerfuhr dasselbe in den Stadtteilen Innenstadt, Mariahilf-St. Nikolaus und Wilten, wo zahlreiche Stimmen zu den Sozialdemokraten gewandert sind. Die SPÖ legte in den genannten Stadtteilen jeweils um rund zehn Prozentpunkte zu. Ein Minus mussten die Sozialdemokraten lediglich im Olympischen Dorf zur Kenntnis nehmen (-2,3 Prozentpunkte), wo die FPÖ zulasten aller übrigen Parteien ihren Stimmenanteil um 9,5 Prozentpunkte zu steigern in der Lage war. Die FPÖ erzielte mit den oben erwähnten +11,6 Prozentpunkten in Vill zudem die größte Steigerung aller Parteien auf Stadtteilebene.

Die NEOS schafften im Iglser Sprengel 801 22,5%. Ihre einzige Mehrheit entfiel mit 21,9% auf den Innenstadt-Sprengel 012.

Die ÖVP hat im Vergleich zu 2019 in allen 37 Bezirken an Zuspruch verloren.

Auch die GRÜNEN mussten in allen Bezirken Verluste zur Kenntnis nehmen.

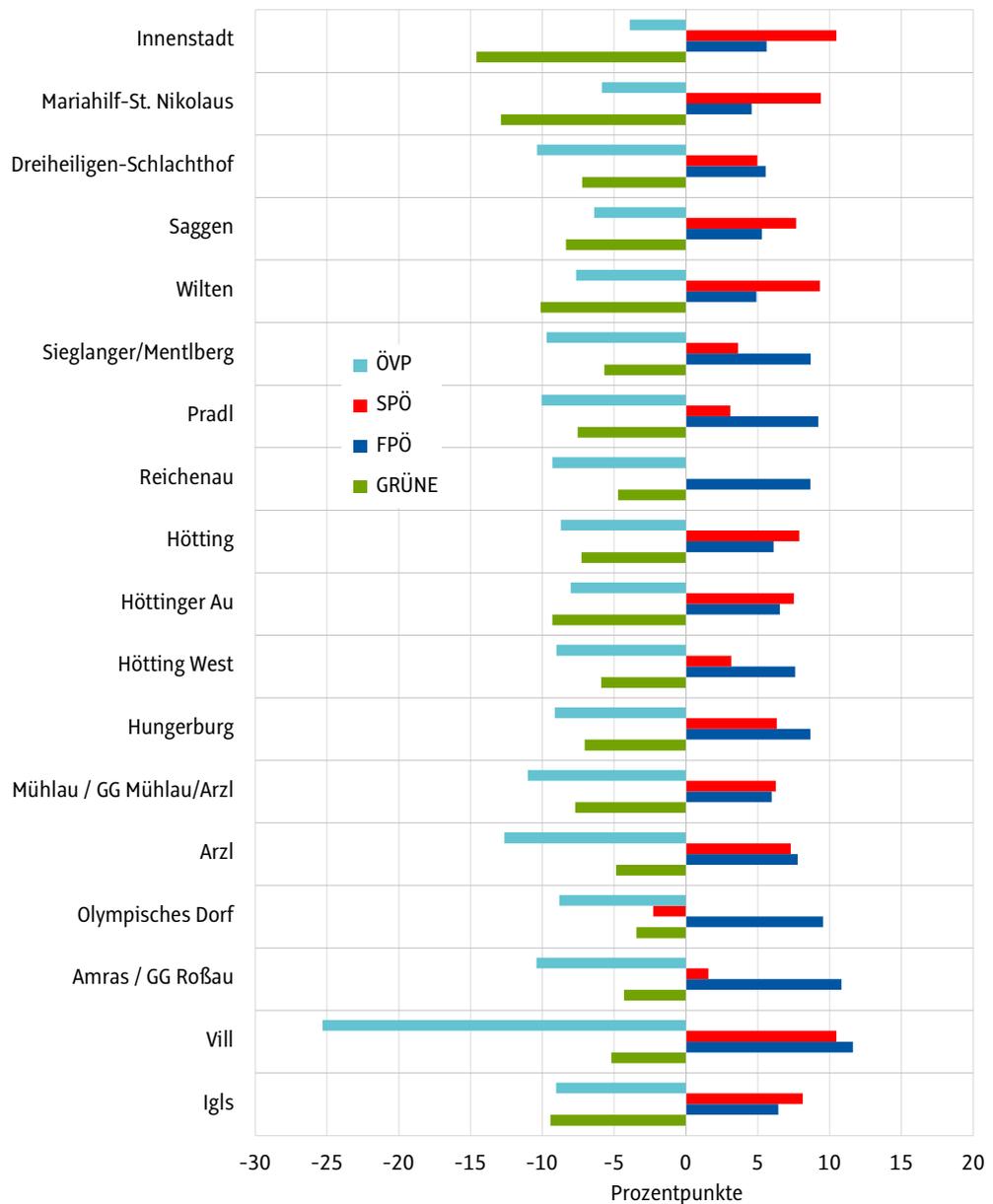
Die SPÖ wies nur in fünf Bezirken ein leichtes Minus auf. Vor allem in den innerstädtischen Bezirken legte sie besonders stark zu.

Die FPÖ verzeichnete ausnahmslos Zugewinne. Mit +13,8 Prozentpunkten gelang den Freiheitlichen im Bezirk 08 Saggen-Ost die größte Steigerung aller Parteien auf Bezirksebene.

Auch auf Stadtteilebene konnte die FPÖ quer durch die Stadt ihre Stimmenanteile erhöhen. In Vill, wo sich die ÖVP halbiert hat, betrug das „blaue“ Plus 11,6 Prozentpunkte. Die SPÖ legte in der Innenstadt sowie in Vill um mehr als zehn Prozentpunkte zu.

Veränderung in den Stadtteilen gegenüber der EU-Wahl 2019

Grafik 4



7. Das Wahlkartenergebnis

Von den 1.805 gültigen Wahlkartenstimmen entfielen die meisten auf die SPÖ (444) und auf die GRÜNEN (353).

Nach Auszählung der 1.811 Wahlkartenstimmen, die noch am Samstag sowie am Wahlsonntag abgegeben wurden, ist die Wahlbeteiligung leicht von 69,8% auf 72,0% gestiegen. Von den 1.805 gültigen Wahlkartenstimmen entfielen 24,6% (444) auf die SPÖ, 19,6% (353) auf die GRÜNEN, 16,7% (301) auf die NEOS, 16,3% (295) auf die ÖVP und 12,9% (233) auf die FPÖ. Auch in dem diesmal aufgrund der neuen Auszählungspraxis auf ein Achtel der Größe von 2019 geschrumpften „Wahlkartentopf“ haben sich somit spezifische Unterschiede manifestiert, die die Wahlkartenwählerschaft von den Urnenwählern unterscheiden, auch wenn diesmal der SPÖ durch die Wählerwanderungen von „grüner“ Seite gleichsam die Rolle der GRÜNEN zugekommen ist.

Nach Auszählung der Wahlkarten konnten die SPÖ, die GRÜNEN, die NEOS und die KPÖ ihr Urnenergebnis leicht aufstocken.

Die SPÖ, die GRÜNEN, die NEOS und die KPÖ konnten ihr Urnenergebnis durch die (Rest)wahlkarten um jeweils 0,1 Prozentpunkte verbessern. Leicht, ebenfalls um 0,1 Prozentpunkte, verloren hat nach Auszählung der Wahlkarten die ÖVP. Die FPÖ büßte unter Mitberücksichtigung derselben 0,3 Prozentpunkte ein, wodurch sie von 22,3% an der Urne auf 22,0% im Endergebnis (Regionalwahlkreis 7A) zurückfiel.

Keine Veränderung ergab sich nach Auszählung der am Samstag und Sonntag abgegebenen Wahlkarten für die Kleinparteien BIER, GAZA, MFG, LMP und KEINE.

Für die Kleinparteien ergaben sich nach Auszählung der (Rest)Wahlkarten keine Änderungen.

Gesamtergebnis der Nationalratswahl 2024 Tabelle 8

Wahlmerkmale	Urnergebnis ¹⁾		Wahlkarten ²⁾		Gesamtergebnis ³⁾	
	absolut	in % ⁴⁾	absolut	in % ⁴⁾	absolut	in % ⁴⁾
Wahlberechtigte	81 342		-		81 342	
abgegebene Stimmen						
absolut	56 781		1 811		58 592	
in Prozent der Wahlberechtigten	69,8		-		72,0	
ungültige Stimmen						
absolut	284		3		287	
in Prozent der abgegeb. Stimmen	0,5		0,2		0,5	
gültige Stimmen	56 497		1 805		58 305	
von den gültigen Stimmen entfielen auf:	absolut	in % ⁴⁾	absolut	in % ⁴⁾	absolut	in % ⁴⁾
ÖVP	11 759	20,8	295	16,3	12 054	20,7
SPÖ	12 995	23,0	444	24,6	13 439	23,1
FPÖ	12 595	22,3	233	12,9	12 828	22,0
GRÜNE	8 296	14,7	353	19,6	8 649	14,8
NEOS	6 533	11,6	301	16,7	6 834	11,7
BIER	885	1,6	44	2,4	929	1,6
GAZA	543	1,0	12	0,7	555	1,0
KPÖ	2 172	3,8	100	5,5	2 272	3,9
MFG	177	0,3	4	0,2	181	0,3
LMP	322	0,6	14	0,8	336	0,6
KEINE	220	0,4	8	0,4	228	0,4

1) Inklusive Wahlkarten, die bis Freitag 17 Uhr abgegeben wurden

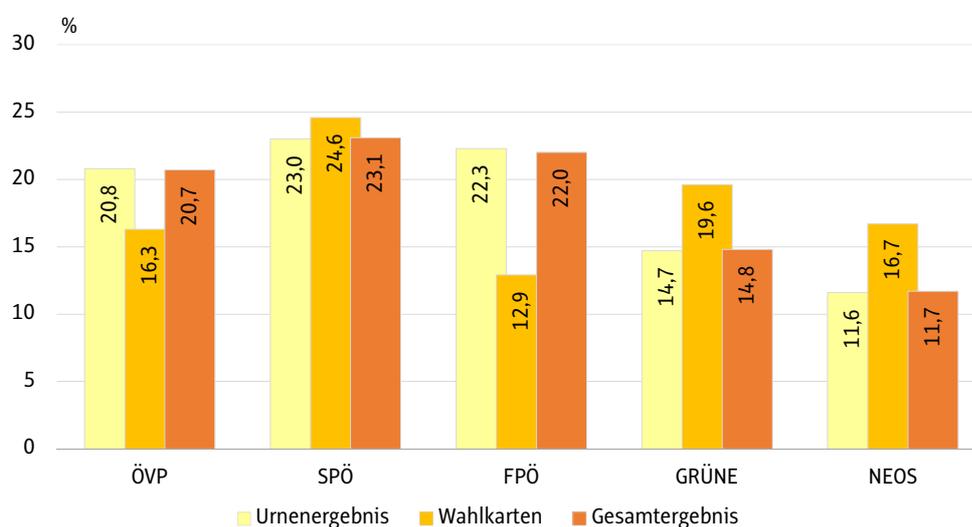
2) Wahlkarten, die nach Freitag 17 Uhr abgegeben wurden

3) Ergebnis Regionalwahlkreis 7A

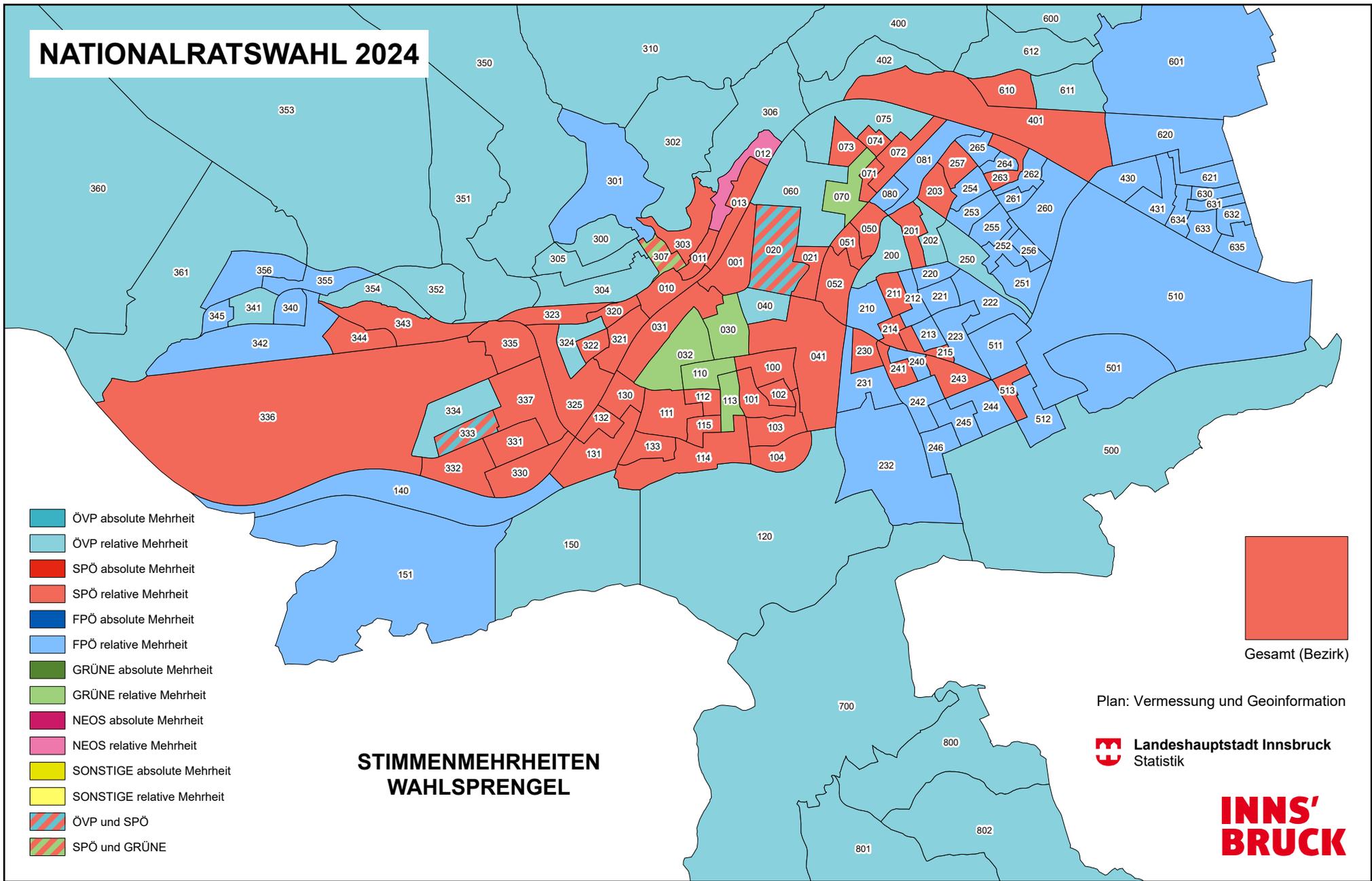
4) Die Prozentwerte sind auf eine Kommastelle gerundet, sodass sich Ungenauigkeiten in der Addition der Prozentwerte auf 100% ergeben können

Quelle: Stimmenprotokoll

Ergebnisse der Nationalratswahl 2024 Grafik 5



NATIONALRATSWAHL 2024



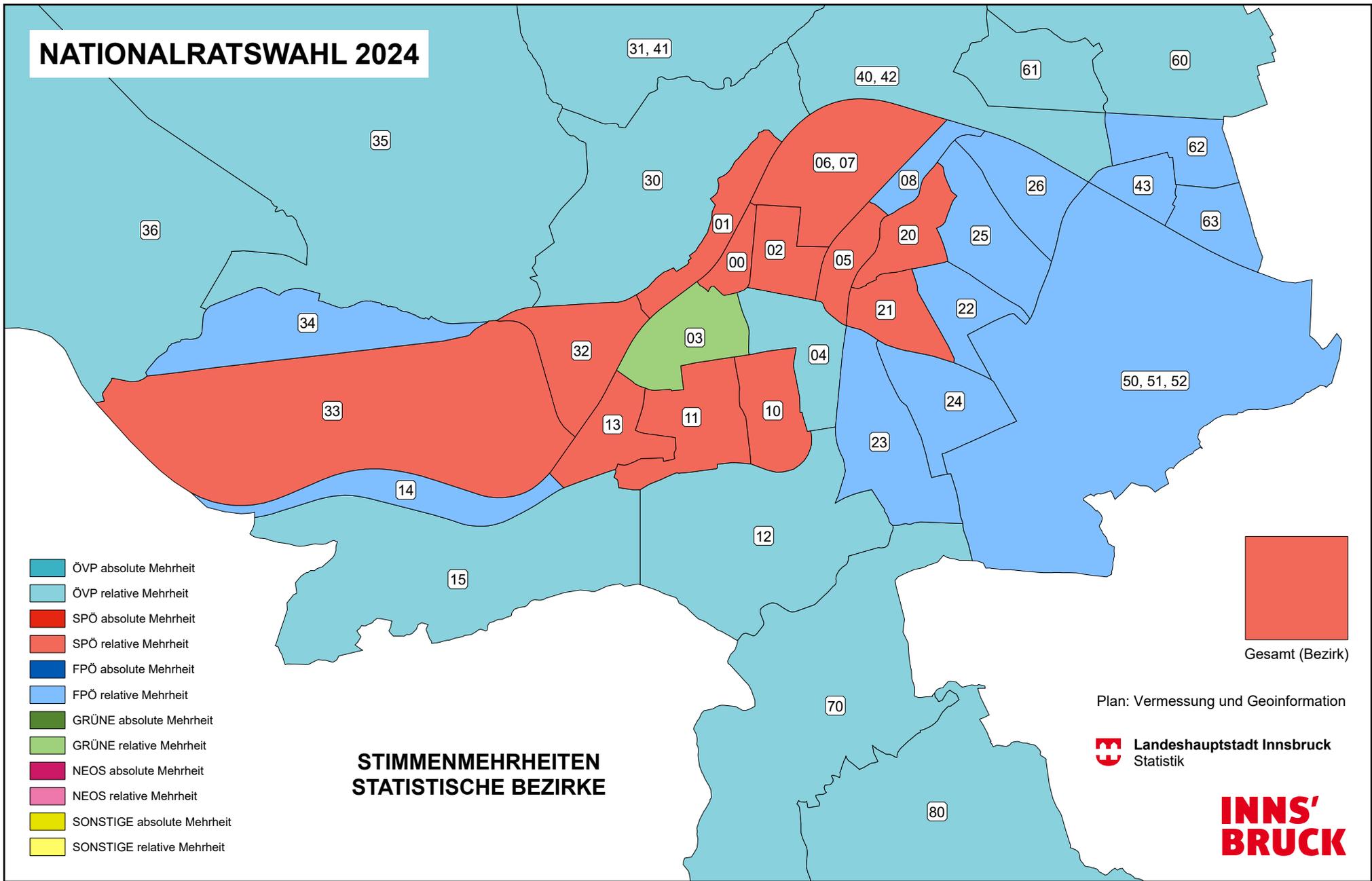
Gesamt (Bezirk)

Plan: Vermessung und Geoinformation

 Landeshauptstadt Innsbruck
Statistik

**INNS'
BRUCK**

NATIONALRATSWAHL 2024



- ÖVP absolute Mehrheit
- ÖVP relative Mehrheit
- SPÖ absolute Mehrheit
- SPÖ relative Mehrheit
- FPÖ absolute Mehrheit
- FPÖ relative Mehrheit
- GRÜNE absolute Mehrheit
- GRÜNE relative Mehrheit
- NEOS absolute Mehrheit
- NEOS relative Mehrheit
- SONSTIGE absolute Mehrheit
- SONSTIGE relative Mehrheit

**STIMMENMEHRHEITEN
STATISTISCHE BEZIRKE**

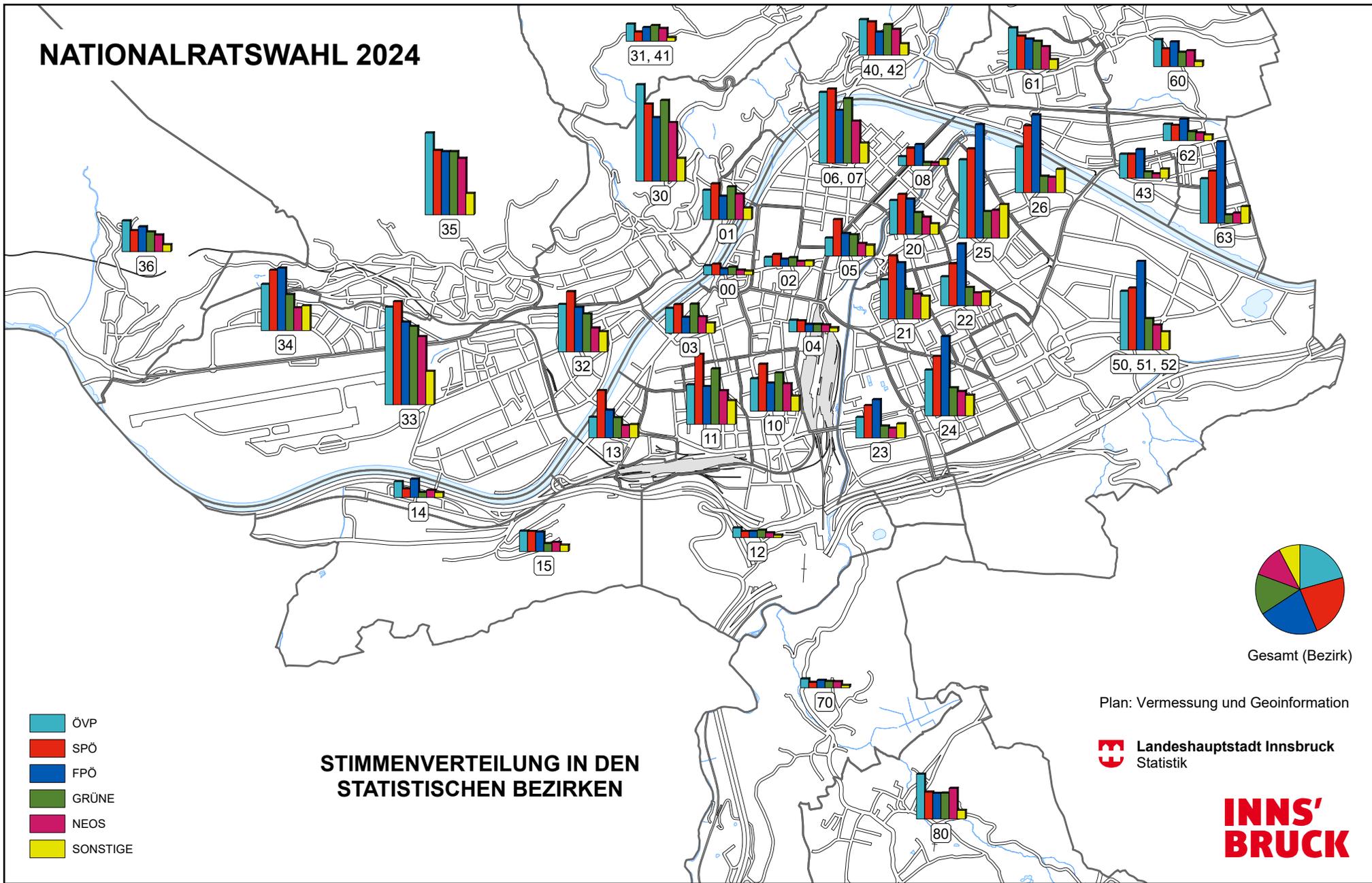
Gesamt (Bezirk)

Plan: Vermessung und Geoinformation

Landeshauptstadt Innsbruck
Statistik

**INNS'
BRUCK**

NATIONALRATSWAHL 2024



STIMMENVERTEILUNG IN DEN STATISTISCHEN BEZIRKEN

- ÖVP
- SPÖ
- FPÖ
- GRÜNE
- NEOS
- SONSTIGE



Gesamt (Bezirk)

Plan: Vermessung und Geoinformation

Landeshauptstadt Innsbruck
Statistik

INNS' BRUCK

Räumliches Bezugssystem

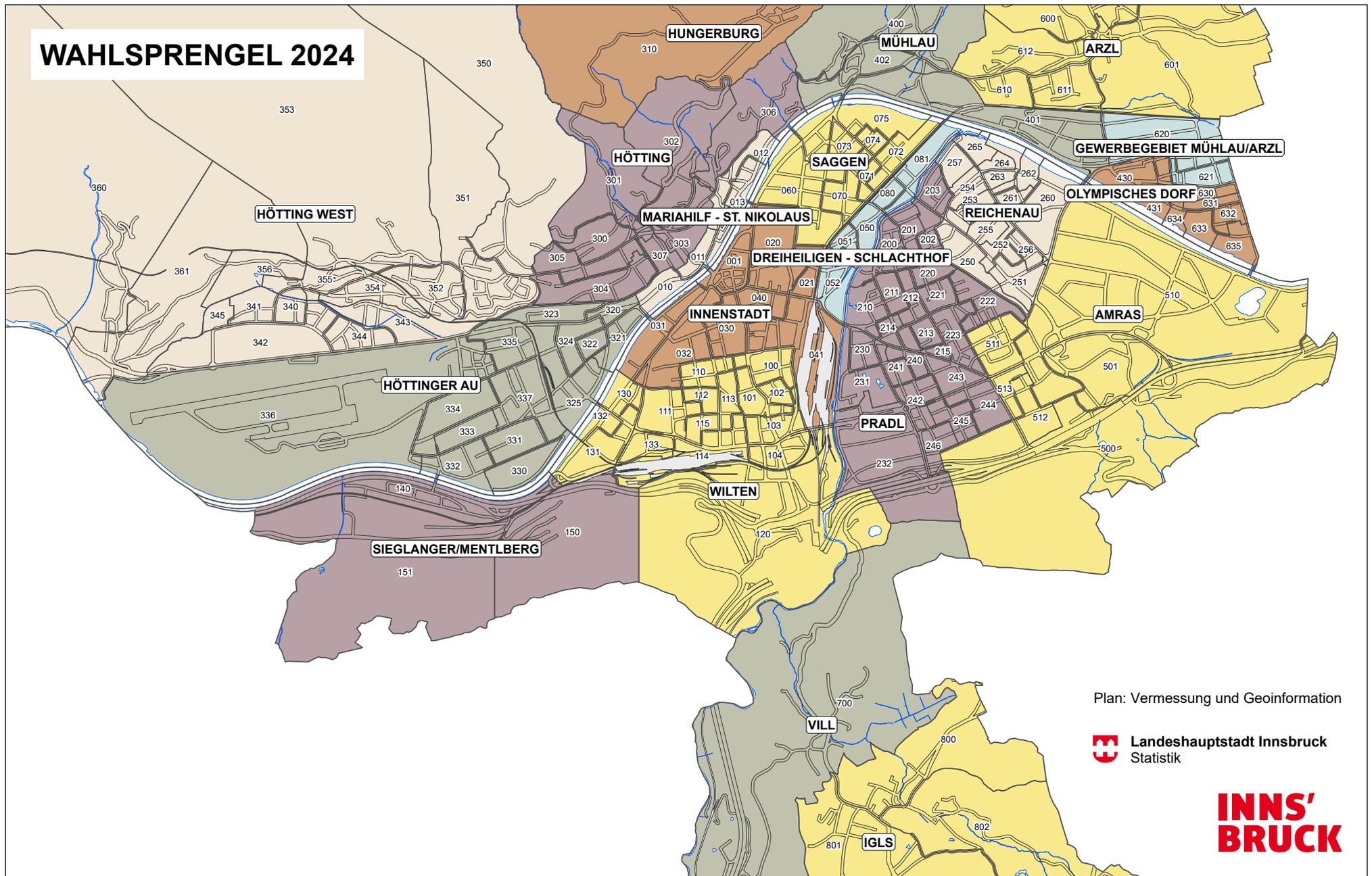
Katastralgemeinde		Statistischer Stadtteil		Statistischer Bezirk		Wahl- sprengel
Nr.	Name	Nr.	Name	Nr.	Name	
0	Innsbruck	1	Innenstadt	00	Altstadt	001
		2	Mariahilf-St. Nikolaus	01	Linkes-Innufer	010-013
		1	Innenstadt	02	Innere-Stadt-Nord	020, 021
		"	"	03	Innere-Stadt-West	030-032
		"	"	04	Innere-Stadt-Ost	040, 041
		3	Dreiheiligen-Schlachthof	05	Dreiheiligen	050-052
		4	Saggen	06	Saggen-West	060-075
		"	"	07	Saggen-Nord	1)
		3	Dreiheiligen-Schlachthof	08	Saggen-Ost	080, 081
		1	Wilten	5	Wilten	10
"	"			11	Wilten-Mitte	110-115
"	"			12	Wilten-Süd	120
"	"			13	Wilten-West	130-133
6	Sieglanger/Mentlberg			14	Sieglanger	140
"	"			15	Mentlberg	150, 151
2	Pradl			7	Pradl	20
		"	"	21	Pradl-Mitte-West	210-215
		"	"	22	Pradl-Mitte-Ost	220-223
		"	"	23	Pradl-Süd	230-232
		"	"	24	Pradl-Ost	240-246
		8	Reichenau	25	Reichenau-West	250-257
		"	"	26	Reichenau-Ost	260-265
		3	Hötting	9	Hötting	30
12	Hungerburg			31	Hungerburg-Hötting	310
10	Höttinger Au			32	Höttinger-Au-Ost	320-325
"	"			33	Höttinger-Au-West	330-337
11	Hötting West			34	Lohbachsiedlung	340-345
"	"			35	Hörtnaglsiedlung	350-356
"	"			36	Hötting-West	360, 361
4	Mühlau			13	Mühlau	40
		12	Hungerburg	41	Hungerburg-Mühlau	2)
		14	Gewerbegeb. Mühlau/Arzl	42	Mühlau-Ost	3)
		16	Olympisches Dorf	43	Mühlau-Schießstand	430, 431
		5	Amras	17	Amras	50
"	"			51	Amras-West	4)
18	Gewerbegebiet Roßau			52	Amras-Nord	4)
6	Arzl	15	Arzl	60	Arzl-Dorf	600, 601
		"	"	61	Arzl-West	610-612
		14	Gewerbegeb. Mühlau/Arzl	62	Arzl-Süd	620, 621
		16	Olympisches Dorf	63	Arzl-OD	630-635
7	Vill	19	Vill	70	Vill	700
8	Igls	20	Igls	80	Igls	800-802

1) im stat. Bezirk 06 enthalten; 2) im stat. Bezirk 31 enthalten;

3) im stat. Bezirk 40 enthalten; 4) im stat. Bezirk 50 enthalten;

Sondersprengel sind in der Aufstellung nicht berücksichtigt

WAHLSPRENGEL 2024



Plan: Vermessung und Geoinformation

 Landeshauptstadt Innsbruck
Statistik

**INNS'
BRUCK**

Schwerpunktt Themen in den Statistischen Quartalsblättern seit 2006

Schwerpunktt hema	StQ-Nummer
Nationalratswahl am 29. September 2024	3/2024
Europawahl am 9. Juni 2024	2/2024
Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl am 14. April 2024	1/2024
Engere Wahl des Bürgermeisters am 28. April 2024	1/2024
Die Reichenau im Fokus	4/2023
Einkommen im Stadtteilvergleich	3/2023
Energiedaten im Gebäudebereich	2/2023
Hötting im Fokus	1/2023
Das Olympische Dorf im Fokus	4/2022
Familiennamen in Innsbruck	4/2022
Bundespräsidentenwahl am 9. Oktober 2022	3/2022
Landtagswahl am 25. September 2022	3/2022
Amras im Fokus	2/2022
Die Innenstadt im Fokus	1/2022
Bevölkerungsstand und -struktur am 1.1.2022	4/2021
Struktur des Gebäude- und Wohnungsbestandes im Bereich Technik-/Peerhofsiedlung	3/2021
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2020	2/2021
Nachhaltige Entwicklungsziele (SDGs) in Innsbruck	1/2021
Die Auswirkungen der Corona-Krise auf den Innsbrucker Arbeitsmarkt	4/2020
Geburten und Fertilität 2019	3/2020
Die „Corona-Krise“ in Innsbruck	1/2020
Gebäude- und Wohnungsbestand im Stadtteil „O-Dorf“	4/2019
Nationalratswahl am 29. September 2019	3/2019
Demografische Strukturen und Trends 2018	2/2019
Europawahl am 26. Mai 2019	1/2019
Bevölkerungsstand und -struktur am 1.1.2019	4/2018
Gemeinderats- und Bürgermeisterwahl am 22. April 2018	3/2018
Engere Wahl des Bürgermeisters am 6. Mai 2018	3/2018
Kraftfahrzeug-Zulassungen 2017	2/2018
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2017	2/2018
Landtagswahl am 25. Februar 2018	1/2018
Fertiggestellte Wohnungen 2016	4/2017
Nationalratswahl am 15. Oktober 2017	3/2017
Volksbefragung Olympia 2026	3/2017
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2016	2/2017
Vornamen der Innsbrucker Bevölkerung	1/2017
Engere Wahl des Bundespräsidenten am 4. Dezember 2016	4/2016
Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik 2006–2015	3/2016
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2015	2/2016
Bundespräsidentenwahl 2016	1/2016
Witterungsverhältnisse 2015	4/2015
Natürliche Bevölkerungsbewegung 2014	3/2015
Kulturstatistik 2014	2/2015
Wohnbautätigkeit 2014	1/2015

Schwerpunkthemen in den Statistischen Quartalsblättern seit 2006

Schwerpunktthema	StQ-Nummer
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2014	2/2015
Bevölkerungsstand und -struktur am 31.12.2014	4/2014
Bildungsstand der Innsbrucker Bevölkerung	3/2014
Niedergelassene Ärzte 2014 in Innsbruck	2/2014
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2013	2/2014
Europawahl am 25. Mai 2014	1/2014
Bevölkerungsstand am 31.12.2013 mit Rückblick	4/2013
Nationalratswahl am 29. September 2013	3/2013
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2012	2/2013
Landtagswahl am 28. April 2013	1/2013
Das Wetter 2012	4/2012
Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik 2002–2011	3/2012
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2011	2/2012
Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen 2012	1/2012
Bevölkerungsstand am 31.12.2011	4/2011
Vornamen 2011	4/2011
Geburtenentwicklung 1996–2010	3/2011
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2010	2/2011
Der Tourismus im 25-jährigen Rückblick	1/2011
Neuabgrenzung der Innsbrucker Stadtregion	4/2010
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2009	3/2010
Hauptwohnsitzwanderungen 2002–2009	2/2010
Bundespräsidentenwahl am 25. April 2010	1/2010
Bevölkerungsstand – Vergleich 2000 und 2009	4/2009
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2008	3/2009
Arbeitsmarktdaten im Rückblick	2/2009
Europawahl am 7. Juni 2009	1/2009
Bevölkerungsstand zum 1.1.2009	4/2008
Nationalratswahl am 28. September 2008	3/2008
Landtagswahl am 8. Juni 2008	2/2008
Bevölkerungsstand zum 1.1.2008	1/2008
Tourismus in Innsbruck – 20 Jahre im Rückblick	4/2007
Vornamen 2007	4/2007
Verkehrsunfälle mit Personenschaden 2006	3/2007
Wann feiern Innsbrucks BürgerInnen Geburtstag?	3/2007
Demografischer Bericht 2006	2/2007
Familiennamen in Innsbruck	2/2007
Bevölkerungsstand zum 1.1.2007	1/2007
Jahreswetter 2006	4/2006

Anmerkung:

Zusätzlich enthält die Rubrik „Quartal aktuell“ jeweils Kurzbeiträge in Textform zu verschiedensten Themenbereichen. Regelmäßig Bezug genommen wird jeweils auf den Verlauf des Wetters im Berichtszeitraum.